

Inhaltsverzeichnis

1. European Round Table for Industry
2. Kategorie:EU
3. Lobbyismus in der EU
4. BASF
5. European Chemical Industry Council
6. Mercedes-Benz
7. BDI
8. E.ON
9. Siemens
10. BMW
11. BP
12. European Policy Centre
13. Transatlantic Business Dialogue
14. Transatlantic Policy Network
15. Transparenzregister EU
16. Businesseurope
17. CEFIC

European Round Table for Industry

Der **European Round Table for Industry** (ERT) (dt.: Europäischer Runder Tisch für Industrie), ehemals European Roundtable of Industrialists, ist eine einflussreiche Lobbygruppe, die sich aus leitenden Geschäftsführern und Vorständen von über 50 der größten transnationalen Unternehmen innerhalb der Europäischen Union zusammensetzt. Damit sind im ERT Konzerne mit europaweit insgesamt ca. 5 Millionen Angestellten und einem Gesamtumsatz von über zwei Billionen Euro vertreten. [\[1\]](#) Nach eigenen Angaben war und ist das Kernthema des ERT die Sicherung, Vertiefung und Erhaltung des europäischen Binnenmarkts sowie der gesamteuropäischen Wettbewerbsfähigkeit. [\[2\]](#)

European Round Table for Industry (ERT)



Rechtsfo internationaler gemeinnütziger
rm Verein nach belgischem Recht (a.i.s.b.
l.)
Tätigkeit Vertretung von Arbeitgeberinteressen
sbereich
Gründun 07.04.1983
gsdatum
Hauptsit Boulevard Brand Whitlocklaan 165,
z 1200 Brüssel
Lobbybü
ro
Lobbybü Boulevard Brand Whitlocklaan 165,
ro EU 1200 Brüssel
Webadre ert.eu
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	3
2 Organisationsstruktur und Personal	3
2.1 Vorsitzender des ERT	3
2.2 Stellv. Vorsitzende des ERT	3
2.3 Struktur des ERT	4
2.4 Verbindungen	5
3 Finanzen	5
4 Lobbystrategien und Einfluss	5
5 Fallstudien und Kritik	6
6 Weiterführende Informationen	8
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
8 Einelnachweise	9

Kurzdarstellung und Geschichte

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

Der European Roundtable of Industrialists wurde am 6./7. April 1983 von 17 Geschäftsleuten und Industriellen in Paris gegründet.^[3] Pehr Gyllenhammar, damaliger Chef des Automobilkonzerns Volvo, war die treibende Kraft hinter der Initiative und nach deren Gründung der erste Vorsitzende. Offizielles Ziel der beteiligten Unternehmen war es die Regierungen der europäischen Nationalstaaten auf die „desolate Lage der europäischen Wirtschaft“ aufmerksam zu machen. Die Mitglieder des ERT konstatierten der europäischen Wirtschaft eine mangelnde Dynamik, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und Japan.^[4] Der ERT gründete sich nach eigener Aussage, um der in den Verträgen von Rom in Aussicht gestellten Perspektive eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes neuen Antrieb zu geben.

Unter den Gründungsmitgliedern befanden sich weiterhin die Geschäftsführer bzw. Vorstandsvorsitzenden von u.a. Thyssen, Siemens, Fiat, Shell, Philips, Renault und Nestlé. Von Beginn an unterhielt der ERT dabei enge Kontakte zur Europäischen Kommission und zu einzelnen Kommissaren. Vor allem bei dem Kommissar für Industrie und Binnenmarkt Etienne Davignon stieß der ERT auf offene Ohren.^[5]

Das übergeordnete Anliegen der ERT-Gründungsmitglieder war es nach eigener Aussage den „Wettbewerb und die Wettbewerbsfähigkeit auf gesamteuropäischer Ebene“ zu fördern.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Vorsitzender des ERT

- Jean-François van Boxmeer, Vorsitzender der **Vodafone** Group, Lead Director von **Mondelez**, Mitglied des Gesellschafterausschusses von **Henkel** und ehem. Vorstandsvorsitzender und CEO von **Heineken**^[7]

Stellv. Vorsitzende des ERT

- Nany McKinstry, CEO und Vorstandsvorsitzende des niederländischen Tech- und Dienstleistungsunternehmens Wolters Kluwer
- Dimitri Papalexopoulos, Vorsitzender der griechischen **TITAN Cement Group**

Struktur des ERT

Darüber hinaus hat der ERT 56 weitere Mitglieder. Zu den 52 Mitgliedern aus EU-Staaten kommen vier aus der Schweiz. Unter ersteren befinden sich folgende deutsche Mitglieder:

- **Martin Brundemüller**, Vortstandsvorsitzender von [BASF](#), Präsident des [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC) und des [International Council of Chemical Associations](#) (ICCA), Aufsichtsratsmitglied von [Mercedes-Benz](#) und Präsidiumsmitglied des [BDI](#)
- **Leonhard Birnbaum**, CEO von [E.ON](#)
- **Belén Garijo**, CEO und Vorstandsvorsitzende von [Merck](#)
- **Timotheus Höttges**, CEO der [Deutschen Telekom](#)
- **Ola Källenius**, Vorstandsvorsitzender von [Mercedes-Benz](#)
- **Christian Klein**, CEO und COO von [SAP](#)
- **Martina Merz**, CEO und Aufsichtsratsvorsitzende der [thyssenkrupp AG](#)
- **Jim H. Snabe**, Vorsitzender von [Siemens](#)
- **Oliver Zipse**, Vorstandsvorsitzender von [BMW](#)

(Stand: Februar 2023) Quelle: [\[7\]](#)

- Zweimal im Jahr treffen sich die Mitglieder des ERT persönlich zu sogenannten Plenarsitzungen, auf welchen sowohl die inhaltlichen Schwerpunkte und Prioritäten des ERT festgelegt werden, als auch über die Einsetzung und Arbeit von Arbeitsgruppen beraten und entschieden wird. In diesen werden Positionspapiere erarbeitet.
- Der ERT unterhält ein Büro in Brüssel, welches von einem Generalsekretär geleitet wird. [\[8\]](#) Seit Januar 2019 ist **Frank Heemskerk**, ehemaliger Abgeordneter und Außenhandelsminister (2007-2010) der niederländischen Partij van de Arbeid (dt. Partei der Arbeit) Generalsekretär. [\[9\]](#) Kontakte zu den Spitzenpolitikern stellt das Sekretariat auch über das Brüsseler [Siemens](#)-Büro her, dessen Leiter **Peter Witt** zuvor stellvertretender deutscher EU-Botschafter war. [\[10\]](#)[\[11\]](#)

Ehemalige Vorsitzende des ERT:

- 2018-2022 Carl-Henric Svanberg [BP](#), [Volvo](#)[\[12\]](#)
- 2014-2018 Benoit Potier [Air Liquide](#)[\[13\]](#)
- 2009-2014 Leif Johansson, [Ericsson](#)
- 2005-2009 Jorma Ollila, [Nokia](#)
- 2001-2005 Gerhard Cromme, [ThyssenKrupp](#)
- 1999-2001 Morris Tabaksblat, [Reed Elsevier](#)
- 1996-1999 Helmut Maucher, [Nestlé](#)
- 1992-1996 Jérôme Monod, [Suez Lyonnaise des Eaux](#)
- 1988-1992 Wisse Dekker, [Philips](#)
- 1983-1988 Pehr Gyllenhammar, [Volvo](#)

Quelle: [\[14\]](#)

Verbindungen

- Der European Roundtable of Industrialists unterhält seit seiner Gründung enge Beziehungen zur **EU-Kommission**.[\[15\]](#)
- Nach eigenen Angaben arbeitet der ERT von jeher eng mit dem europäischen Arbeitgeberverband **BusinessEurope** zusammen.[\[16\]](#)
- Weiterhin wird mit Lobbyinstitutionen kooperiert, bei denen sich die Mitgliedschaften überlappen:
 - **EU-Russia Industrialists' Round Table** (IRT)
 - **European Policy Centre** (EPC)
 - **Transatlantic Business Dialogue** (TABD)
 - **Transatlantic Policy Network** (TPN)
 - **World Business Council for Sustainable Development** (WBCSD)
 - **JAYE - European Climate Foundation**
 - **Atomium Culture**

Quelle: [\[17\]](#)

- Ferner gründete der ERT über die Zeit mehrere Institute und Initiativen, um Inhalte gezielt und themenspezifisch platzieren zu können. So wurde 1994 das **European Centre for Infrastructure Studies** (ECIS) (dt.: Europäisches Zentrum für Infrastrukturstudien) gegründet, welches jedoch drei Jahre später wieder aufgelöst wurde. Weiterhin gründete der ERT das **European Centre for Infrastructure Studies** sowie die **Association for the Monetary Union of Europe** (dt.: Die Vereinigung für die europäische Währungsunion)[\[18\]](#)

Finanzen

Der ERT wird ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge der Konzerne bzw. Einzelmitglieder finanziert. Im **Transparenzregister der EU** gibt der ERT an 400.000-500.000€ im Jahr 2021 für direkten Lobbyismus in den Institutionen der Europäischen Union ausgegeben zu haben.[\[19\]](#)

In diesen Zahlen sind allerdings weder die Ausgaben der Mitglieder und Mitgliedsunternehmen eingerechnet, welche anfielen um an den Veranstaltungen des ERT teilzunehmen, noch die separaten jährlichen Ausgaben der einzelnen Konzerne für ihre eigenen Lobbyaktivitäten. Ebensowenig sind die Lobbyausgaben der zahlreichen ERT-Ableger und nahestehenden Organisationen enthalten.[\[20\]](#) (Stand 2014)

Lobbystrategien und Einfluss

Nach eigenen Angaben versucht der European Roundtable of Industrialists insbesondere über Studien, Positionspapiere und Vieraugengespräche auf politische Entscheidungsträger der nationalen bzw. europäischen Ebene Einfluss zu nehmen.[\[21\]](#) Auf europäischer Ebene werden gezielt Mitglieder der **Europäischen Kommission**, des **Europäischen Rats**, des **Rats der Europäischen Union** (Ministerrat) sowie

Abgeordnete des **Europäischen Parlaments** vom ERT adressiert. Auch auf den nationalen Ebenen der verschiedenen Staaten versuchen die ERT-Mitglieder direkten Einfluss auf Regierungsmitglieder und Parlamentarier zu nehmen, und versorgen Medien und Meinungsmacher sowie potentielle Interessenverbündete mit vorgefertigten Informationen.^[22] Der ERT röhmt sich selbst damit, „hervorragende Analysen und intelligente Argumente“ zu liefern.^[23]

Der ERT selbst verfügt über keine beim EU-Parlament akkreditierten Mitarbeiter, welche zu diesem zugangsberechtigt sind (Stand: Januar 2014).^[24] Der ERT nimmt vielmehr über die Gründung von themenfokussierten Instituten und Initiativen Einfluss auf politische Entscheidungsträger, Prozesse und allem voran Inhalte. Diese werden entweder durch den ERT selbst gegründet oder indirekt durch dessen Mitgliedsunternehmen. Es gehört zur Strategie des ERT und seiner Schwesterorganisationen jährlich eine Vielzahl an Publikationen in Form von Studien, Positionspapieren und Handlungsempfehlungen zu veröffentlichen um somit nicht nur Druck auf Akteure auszuüben, sondern auch Inhalte gezielt zu beeinflussen.

Die expliziten Ziele des ERT sind:

- Vertiefung und Sicherstellung des europäischen Binnenmarktes
- ein kontinentales Verkehrsinfrastrukturnetz
- leistungsfähige Bildungssysteme
- die Reform der Rentensysteme
- die Liberalisierung der Versorgungswirtschaft und
- ein flexibler Arbeitsmarkt.

Quelle:^[25]

Weiterhin will der ERT die Abschaffung von Reglementierungen bzw. deren Vereinheitlichung auf europäischer Ebene erreichen. Nach eigenen Angaben war der ERT maßgeblich an der Initiierung des Eurotunnels, des europaweiten Fern- und Schnellzugschienennetzes, sowie der Erweiterung des transskandinavischen Straßen- und Schienennetzes sowie dessen Verbindung mit dem Norden Deutschlands beteiligt.^[26]

Fallstudien und Kritik

- Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom ERT, vom Dachverband Europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände **Business Europe** und **CEVIC**, **dem Verband der europäischen Chemieindustrie**. Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.

- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggfs. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industrielobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. ^[9] Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzentstehungsprozess ggfs. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament.^{[32][30]} In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a “Clean, Just *and Competitive* Transition“ wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen.^[33]

- Das Netzwerk ALTER-EU, dem LobbyControl angehört, hat am 27. Juli 2015 eine Beschwerde eingereicht, da die Angaben des ERT im EU-Lobbyregister unglaubwürdig sind.^[34]
- Der ERT fordert in einem im Januar **2012** erschienenen Positionspapier, zum „Wohle der Wettbewerbsfähigkeit“ europäischer Konzerne sämtliche staatlichen Regulierungen und Auflagen für privatwirtschaftliche Unternehmen, welche sich im Implementierungs- bzw. politischen Entscheidungsprozess auf EU-Ebene befinden und keinen erwiesenermaßen positiven Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum haben, sofort außer Kraft zu setzen. Weiterhin sollen alle bereits existierenden staatlichen Regulierungen hinsichtlich ihrer „wachstumshemmenden“ Auswirkungen untersucht werden. Wobei am Ende jene gestrichen werden müssten, die nicht im Sinne freien Wirtschaftswachstums stehen und deren Wegfall keine „grundlegenden Schutzmechanismen“ berühren. Weiterhin fordert der ERT die Einsetzung eines „unabhängigen Überprüfungsmechanismus“, d.h. einer Kommission, welche jedes gesetzliche Vorhaben, welches für europäische Unternehmen verbindlich werden soll, im Vorhinein bezüglich der Nützlichkeit hinsichtlich wirtschaftlichen Wachstums untersucht sowie die für die Unternehmen daraus resultierenden Kosten kalkuliert. Eine Bewertung gesetzlicher Initiative müsste nach dem Kriterium der wirtschaftlichen Wachstumsförderlichkeit erfolgen und eine Garantie enthalten, dass all jene politischen Vorhaben gestoppt werden, welche nicht im Interesse des Wirtschaftswachstums stehen.^{[35][36]}
- Die *Lissabon-Strategie*^[37] der EU ist ein im Jahr **2000** beschlossenes gemeinsames Programm der europäischen Staats- und Regierungschefs, mit dem Ziel die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Damit übernahm die EU direkt die lange zuvor erklärten Ziele des ERT und übernahm auch im Detail Forderungen des ERT, indem in der *Lissabon-Strategie* gefordert wurde „die Liberalisierung in Bereichen wie Gas, Strom, Postdienste

und Beförderung zu beschleunigen“. Baron Daniel Janssen, damaliger Vorstandsvorsitzender des Chemiekonzerns [Solvay](#), nannte diesen neuen Weg der EU eine „doppelte Revolution“: „reducing the power of the state and of the public sector in general through privatisation and deregulation“ und „transferring many of the nation-states' powers to a more modern and internationally minded structure at European level.“^[38]

- Die Nachfolgerin der *Lissabon-Strategie*, die sogenannte Strategie *Europa 2020*^[39], ist eine Neuauflage der Ziele aus dem Jahr 2000. Im März **2010** von der [Europäischen Kommission](#) vorgeschlagen, wurde diese im Juli des selben Jahres vom [Rat der Europäischen Union](#) - dem Gremium der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten - angenommen. Der ERT veröffentlichte im Februar des selben Jahres ein Positionspapier mit dem Namen *ERT's Vision for a competitive Europe in 2025*^[40], in welchem langfristige Ziele und Prioritäten genannt und konkrete politische Handlungsvorschläge gemacht wurden. Im Strategiepapier der Europäischen Kommission, *Europa 2020*, werden eben diese politischen Ziele und politischen Handlungen auch aufgeführt und vorgeschlagen, u.a. die Flexibilität des Arbeitsmarkts sowie Reformen die Sozialsysteme betreffend.^[41]
- *Corporate Europe Observatory* (CEO) kritisiert den großen Einfluss, den der ERT auf die Arbeit der sogenannten *Delors-Kommissionen* genommen hatte. Diese waren die ersten europäischen Kommissionen, unter dem EG-Präsidenten Jacques Delors. Von 1985-1994 erarbeiteten insgesamt drei Delors-Kommissionen die Grundlagen zur Schaffung des europäischen Binnenmarkts und der Währungsunion. In diesem Prozess nahm der ERT essenziellen Einfluss und konnte politische Inhalte entscheidend mitprägen. Weiterhin wurde über die einzelnen Mitgliedskonzerne Druck auf die nationalen Regierungen ausgeübt, um den europäischen Einigungsprozess zu beschleunigen. CEO kritisiert, dass der Einfluss des ERT auf Kosten einer angemessenen Regulierung und Bändigung der Marktkräfte, sowie zu Lasten eines „sozialen Europas“ gegangen ist.^[42]

Weiterführende Informationen

- [The Brussels Business](#), Trailer auf youtube.com zum Dokumentarfilm von Fritz Moser über den Einfluss von Konzernen und Lobbyisten im europäischen Einigungsprozess, Erscheinungsjahr 2012
- [Dr. Winfried Wolf - Hochgeschwindigkeit und Großprojekte](#), Vortrag auf youtube.com von Dr. Winfried Wolf, Verkehrsexperte, Publizist und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac-Deutschland, u.a. über den Einfluss des ERT auf die Politik der EU, vom 13.07.2011
- Jürgen Roth: Der European Round Table of Industrialists: die europäische Elite und einige ihrer Geheimnisse, in: Der stille Putsch Wie eine geheime Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt, München 2014, S. 85 - 103

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [About ERT Leaflet](#) ert.com, abgerufen am 07.02.2023
2. ↑ [About ERT - Milestones](#) www.ert.eu, abgerufen am 10.04.2014
3. ↑ [ERT Highlights](#), S. 7, abgerufen am 09.10.2014
4. ↑ [ERT Highlights](#), S. 6, abgerufen am 09.10.2014
5. ↑ [ERT Highlights](#), S. 7, abgerufen am 09.10.2014
6. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT structure, S. 9, Stand: 2010, abgerufen am: 10.04.2014
7. ↑ [7,07,1](#) Webseite ERT - Members abgerufen am 07.02.2023
8. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT structure, S. 10, Stand: 2010, abgerufen am: 10.04.2014
9. ↑ [About](#), ert.eu, abgerufen am 07.02.2023
10. ↑ Jürgen Roth: Der stille Putsch, München 2014, S. 88
11. ↑ Peter Witt wird neuer Leiter des Siemens-Verbindungsbüros in Brüssel, Presseerklärung der Siemens AG vom 14. Juli 2010, Webseite Siemens, abgerufen am 13. 4. 2014
12. ↑ Svanberg appointed Chairman, ert.eu, abgerufen am 07.02.2023
13. ↑ Benoit Potier, ert.eu, abgerufen am 07.02.2023
14. ↑ [About ERT - Milestones and Chairmen](#) abgerufen am 01.02.2013
15. ↑ [Corporate Europe Observatory 2000: Europe Inc. Regional & Global Restructuring & the Rise of Corporate Power](#), Writing the Script: The European Roundtable of Industrialists, S. 22ff., abgerufen am 10.04.2014
16. ↑ [ERT highlights](#), S. 11, abgerufen am 09.10.2014
17. ↑ [Transparenzregister der EU](#), Eintrag des ERT vom 07.01.2014, abgerufen am 09.10.2014
18. ↑ [Corporate Europe Observatory 2000: Europe Inc. Regional & Global Restructuring & the Rise of Corporate Power](#), Writing the Script: The European Roundtable of Industrialists, S. 19, abgerufen am 20.08.2012
19. ↑ [Transparenzregister der EU](#), Eintrag des ERT vom 20.10.2022 abgerufen am 07.02.2023
20. ↑ [Transparenzregister der EU](#), Eintrag des ERT vom 21.06.2012, abgerufen am 09.04.2014
21. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT Milestones, S. 11, Stand: 2010, abgerufen am: 09.10.2014
22. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT communications, S. 11, Stand: 2010, abgerufen am: 15.08.2012
23. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT Milestones, S. 13, Stand: 2010, abgerufen am: 15.08.2012
24. ↑ [Transparenzregister der EU](#), Eintrag des ERT vom 24.01.2012, aktualisiert am 7.01.2014, abgerufen am 15.04.2014
25. ↑ [Publication: ERT Highlights](#), ERT Milestones, S. 11, Stand: 2010, abgerufen am: 15.08.2012
26. ↑ [About ERT - Milestones](#), www.ert.eu, abgerufen am 15.08.2012
27. ↑ [Antwerpener Erklärung zur EU Industrie](#), Verbands Website, abgerufen am 28.10.2024
28. ↑ [The Antwerp Declaration](#), Website der Lobby Initiative, abgerufen am 28.10.2024
29. ↑ [The Antwerp Declaration](#), Website der Lobby Initiative, abgerufen am 28.10.2024
30. ↑ [30,030,1](#) [Competitiveness: inside the troubling corporate blueprint for the coming Commission](#), Corporate Europe Website, abgerufen am 28.10.2024
31. ↑ [The Antwerp declaration - Signatories](#), Website der Lobby Initiative, abgerufen am 28.10.2024
32. ↑ [Political Guidelines der EC 2024-2029](#), EU Website, abgerufen am 28.10.2024, s.7
33. ↑ [Presseerklärung der Kommissionspräsidentin](#), Website der EU Kommission, abgerufen am 28.10.2024

34. ↑ [<http://alter-eu.org/sites/default/files/documents/FINAL%20EUTR%20complaints%2027.7.15.pdf>] 27 July 2015: ALTER-EU complaints to the EU transparency register regarding misleading entries], (pdf) Alter EU, 27. Juli 2015, zuletzt aufgerufen am 29.7.2015
35. ↑ [Creating growth in Europe](#), ERT Statement vom 12.01.2012, abgerufen am 20.08.2012
36. ↑ [The Roundtable goes for full conquest](#), corporateeurope.org Artikel vom 13.07.2012, abgerufen am 20.08.2012
37. ↑ [Europäischer Rat, 23. und 24. März 2000, Lissabon, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, I.5.](#), Website des Europäischen Parlaments, europarl.europa.eu, abgerufen am 22.08.2012
38. ↑ [The Pace of Economic Change in Europe](#), in: Tokyo 2000, The Annual Meeting of the Trilateral Commission, S. 77ff., abgerufen am 22.08.2012
39. ↑ [Europe 2020](#) Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 22.08.2012
40. ↑ [ERT%u2019s Vision for a competitive Europe in 2025](#), ERT Website - Publications vom Februar 2010, abgerufen am 22.08.2012
41. ↑ [Europe%u2019s 2020 strategy: big business as usual](#), corporateeurope.org, Artikel von März 2010, abgerufen am 22.08.2012
42. ↑ [Europe Inc. in crisis - the EU's alliance with big business is a dead-end](#), corporateeurope.eu, Artikel vom 16.04.2012, abgerufen am 22.08.2012

Kategorie:EU

Nimmt man aufgrund der Daten im EU-Transparenzregister eine konservative Schätzung vor, kommt man zu einer Zahl von mehr als 30.000 LobbyistInnen, die in Brüssel arbeiten. Ein Großteil von ihnen ist im Auftrag von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig. Sie genießen privilegierte Zugänge zu den KommissarInnen. Sie beeinflussen Richtlinien, bevor diese überhaupt entstanden sind. Sie überhäufen die Abgeordneten mit ihren Änderungsanträgen für Gesetzesvorlagen und sie bezahlen professionelle Lobbyagenturen dafür, im Zweifelsfall tief in ihre Trickkisten der Lobbystrategien zu greifen.

Seiten in der Kategorie „EU“

Folgende 124 Seiten sind in dieser Kategorie, von 124 insgesamt.

A

- [Archiv:ACTA](#)
- [Archiv:Adrian Severin](#)
- [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#)
- [Amazon](#)
- [AmCham EU](#)
- [Andreas Schwab](#)
- [Angelika Niebler](#)
- [Anwaltskanzleien](#)
- [APCO Worldwide](#)
- [Apple](#)
- [Archiv:Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie \(ITRE\)](#)
- [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#)

B

- Benita Ferrero-Waldner
- Bruegel
- Bundesverband Deutscher Banken
- Burson-Marsteller
- Archiv:Business Coalition for Transatlantic Trade
- Businesseurope

C

- Canada Europe Roundtable for Business
- Cash-for-laws-Affäre
- CETA - Comprehensive Economic and Trade Agreement
- Charlie McCreevy
- Chronik der TiSA-Verhandlungen
- Archiv:Chronik der TTIP-Verhandlungen
- Climate Change, Biodiversity & Sustainable Development
- COPA-COGECA
- Archiv:Cross-Industry Initiative

D

- Deutscher Raiffeisenverband
- Deutscher Weinbauverband
- Deutscher Zigarettenverband
- Diana Banati
- Die Affäre um John Dalli
- DIGITALEUROPE

E

- Edelman
- Elmar Brok
- Erika Mann
- Archiv:Ernst Strasser
- Archiv:Euro 50 Group
- EuroCommerce
- EuropaBio
- European Automobile Manufacturers Association
- European Banking Federation
- European Centre for International Political Economy
- European Chemical Industry Council
- European Council on Foreign Relations
- European Crop Protection Association
- European Energy Forum

- European Federation for Investment Law and Arbitration
- European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations
- European Food Information Council
- European Internet Forum
- European Logistics Platform
- European Organisation for Security
- European Parliamentary Financial Services Forum
- European Policy Centre
- European Round Table for Industry
- European Services Forum
- Europäische Agentur für Flugsicherheit
- Europäische Arzneimittelagentur
- Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung
- Europäische Bankenaufsichtsbehörde
- Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
- Europäische Chemikalienagentur
- EUTOP
- Expertengruppen der EU-Kommission

F

- Fleishman-Hillard
- FoodDrinkEurope
- Forum Europe
- Friends of Europe

G

- German European Security Association
- Google
- Archiv:Gplus
- Günter Verheugen
- Günther Oettinger

H

- Archiv:High Level Working Group on Jobs and Growth
- Hill+Knowlton Strategies

I

- Intergroups

J

- JEFTA
- Jonathan Hill

- José Manuel Barroso

K

- Kangaroo Group
- Karenzzeit EU
- Klaus Regling
- Klaus-Heiner Lehne
- Knowledge4Innovation
- Kreativwirtschaft

L

- Lobbyismus in der EU
- LobbyPlanet Brüssel
- Lobbyregister EU
- Lobbyregulierung auf EU-Ebene

M

- Markus Ferber
- Marten Westrup
- Martin Bangemann
- Archiv:Meglena Kuneva
- Archiv:Michel Petite
- Microsoft
- Miguel Arias Cañete
- Mogens Peter Carl
- Monika Hohlmeier
- MSLGROUP

O

- Archiv:Ogilvy & Mather

P

- Pascal Lamy
- Peter Skinner
- Philip Morris
- Archiv:Pia-Noora Kauppi
- Archiv:Politische Debatte über Seitenwechsel auf europäischer Ebene

R

- Regulatorische Kooperation
- Archiv:Rumiana Jeleva

S

- Security & Defence Agenda
- Seitenwechsler auf EU-Ebene
- Archiv:Sharon Bowles
- Sky and Space
- Stiftung Wissenschaft und Politik
- Archiv:Suzy Renckens

T

- TISA - Trade in Services Agreement
- Transatlantic Business Dialogue
- Archiv:Transatlantic Economic Council
- Archiv:Transatlantic Trade and Investment Partnership
- Archiv:TTIP Advisory Group

V

- Verband der Chemischen Industrie
- Verhaltenskodex für EU-Abgeordnete
- Viviane Reding

W

- Werner Langen
- Wirtschaftsbeirat Bayern

Lobbyismus in der EU

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

In der **Europäischen Union** haben zahlreiche Gesetze mit zentraler Bedeutung für Gesellschaft und Umwelt ihren Ursprung – wie die Sicherheit von Nahrungsmitteln, die Bekämpfung des Klimawandels oder die Regulierung der Finanzmärkte.

Betroffen sind von diesen Gesetzen auch zahlreiche Großindustrien. Großunternehmen haben daraus längst Schlüsse für ihre Lobbyarbeit gezogen und sind mit ihren Lobbyniederlassungen und Wirtschaftsverbänden in Brüssel präsent. Organisationen der Zivilgesellschaft haben ihre Präsenz in den vergangenen Jahren zwar ebenfalls steigern können – verglichen mit den Ressourcen europäischer und internationaler Großunternehmen bleiben ihre Einflussmöglichkeiten aber eher gering.

Nimmt man aufgrund der Daten im [EU-Transparenzregister](#) eine konservative Schätzung vor, kommt man zu einer Zahl von mehr als 30.000 LobbyistInnen, die in Brüssel arbeiten. Ein Großteil von ihnen ist im Auftrag von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig.

Das gemeinsame [Transparenzregister von EU-Kommission und EU-Parlament](#) zählte im Juli 2018 11814 Lobbyorganisationen.^[1]

Brüssel gilt heute nicht nur als die Hauptstadt der Europäischen Union. Sondern nach Washington auch als zweitgrößte Anlaufstelle für Lobbyisten. Eine enorme Fülle an politischem Einfluss der Unternehmen ist zu beobachten. Die extrem hohe Präsenz und die großen Ressourcen, die für die Lobbyarbeit eingesetzt werden, sind dafür ein Grund. Daneben gibt es allerdings zahlreiche weitere.

Interessante Inhalte? Die [Lobbypedia](#) soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie [LobbyControl](#) jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der [LobbyControl-Gemeinschaft](#). Dankeschön!



Jetzt spenden!

Inhaltsverzeichnis

1 Einflussnahme auf die Europäische Kommission	15
2 Privilegierter Zugang zur EU-Kommission	15
3 Zugang über Expertengruppen	16
4 Einflussnahme auf das Europäische Parlament	16
5 Einflussnahmen über Expertise	16
6 Einflussnahme über Intergroups	17
7 Einzelne Abgeordnete und Nebentätigkeiten	17
8 Fragwürdige Methoden der Einflussnahme	17
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	18
10 Einelnachweise	18

Einflussnahme auf die Europäische Kommission

Die [EU-Kommission](#) ist die einzige Institution in der EU mit Gesetzgebungskompetenz. Bei ihr nehmen also Richtlinien und Verordnungen normalerweise ihren Ausgang. Daher ist sie der erste Anlaufpunkt für Lobbyakteure.

Privilegierter Zugang zur EU-Kommission

Transparenz-Initiativen beobachten vor allem die privilegierten Zugänge kritisch, die Vertreter und Lobbyisten der Großunternehmen und der Wirtschaftsverbände zur Kommission genießen. Spätestens seit der Gründung des Europäischen Binnenmarkts spielt der Gedanke der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Raums eine zentrale Rolle in der Politik der europäischen Institutionen.

Über Jahre hinweg und durch zahlreiche Lobbykampagnen ist es einflussreichen Lobbygruppen wie dem [European Roundtable of Industrialists](#) (ERT), aber auch dem Arbeitgeber-Dachverband [BusinessEurope](#) und globalen Konzernen gelungen, diesen Wettbewerbsgedanken prioritär in Strategien (Lissabon-Strategie, Europa 2020) und Vertragsanhängen^[2] zu verankern. Die Europäische Kommission pflegt schon dadurch einen sehr engen Austausch mit den großen Wirtschaftsverbänden und den Eliten der europäischen Konzerne. Es ist völlig normal, dass die großen Verbände zu politischen Vorhaben in ihrem Bereich als erste informiert werden, und die Kommissare gehen regelmäßig zu Veranstaltungen und Vorträgen der Unternehmen und Verbände, um zu sprechen und zuzuhören.^[3]

Wer nicht von Haus aus mit mindestens einem Kommissar oder seinem Generaldirektor einen engen Austausch pflegt, kann sich über das Anheuern einer Lobbyagentur oder die Anstellung eines [Seitenwechslers](#) Zugang verschaffen.

Zugang über Expertengruppen

Einen weiteren privilegierten Zugang haben Unternehmen und Wirtschaftsverbände über die [Expertengruppen der EU-Kommission](#). Die Kommission, als bürokratisches Monster verschrien, hat selber bei weitem nicht ausreichend Experten für all ihre speziellen Gesetzesanliegen. Mit etwa 30.000 Mitarbeitern hat sie weit weniger Personal als beispielsweise die Stadt Hamburg. Zur Lösung dieses Problems setzt sie so genannte Expertengruppen ein, um Expertise für ein bestimmtes Vorhaben zu erhalten. Es gibt etwa 1.000 davon bei der Europäischen Kommission. Sie haben großen Einfluss auf die Formulierung von Vorschriften und Richtlinien. Daher ist es so relevant, wie sie besetzt sind. Hier können Lobbyakteure zum frühesten Zeitpunkt Pflöcke einschlagen, die so leicht nicht wieder umzuwerfen sind. Die Unternehmen und Wirtschaftsverbände, gut ausgestattet mit Personal, geben ihre Expertise gerne. Denn sie wissen, dass man neue Gesetze am effektivsten beeinflusst, bevor sie entstehen.

- Sieh auch → [Dominanz der Finanzbranche in den Expertengruppen der EU](#)

Einflussnahme auf das Europäische Parlament

Das [Europäische Parlament](#) hat seit dem Vertrag von Lissabon sehr viel an Macht hinzugewonnen, in den allermeisten Bereichen entscheidet es jetzt mit. Es kann Vorschläge der EU-Kommission genehmigen, ändern und in manchen Fällen sogar blockieren. Dadurch ist es zu einem wichtigen Adressaten für LobbyistInnen geworden.

Einflussnahmen über Expertise

Lobbyagenturen, Rechtsanwaltskanzleien usw. helfen den Abgeordneten gerne, die Komplexitäten von Richtlinien und die Bedürfnisse ihrer Auftraggeber zu verstehen. Dabei ist die Darstellung natürlich geprägt von den eigenen Interessen. Viele Lobbyakteure sehen es als Service, Änderungsvorschläge direkt in Form eines Änderungsantrags einzureichen - ein Service, den Nichtregierungsorganisationen in dieser Masse nicht bieten können. Bei stark umstrittenen Richtlinien kann es durchaus 1.000 bis 1.500 Änderungsanträge geben.^[4]

Einflussnahme über Intergroups

Zahlreiche Abgeordnete im Europäischen Parlament lassen sich allerdings ganz bewusst für die Interessen der Industrie einspannen.^[5] Ein typisches Format der Zusammenarbeit sind so genannte **Intergroups**, interfraktionelle Arbeitsgruppen, von denen es etwa 60-80 im Europäischen Parlament geben dürfte. Viele von ihnen sind eigentlich Lobbyplattformen.^[6] Abgeordnete verschiedener Fraktionen treffen sich hier mit Vertretern von Unternehmen zu Arbeitsfrühstücken, Businesslunches, Cocktailabenden. Häufig gibt es fachliche Vorträge. Derartige Aktivitäten, aber auch die normalen Veranstaltungen werden durch die Unternehmen, die Mitglieder sind, finanziert.

Einzelne Abgeordnete und Nebentätigkeiten

Nicht wenige Abgeordnete im **Europäischen Parlament** gehen neben ihrem Mandat einer weiteren Tätigkeit nach. Unter den deutschen Abgeordneten sind dies ca. 25%. (Quelle ?) Nicht bei allen entsteht dadurch sofort ein Interessenkonflikt. Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass Abgeordnete bestimmte Interessen besonders vertreten. Es ist auch grundsätzlich nicht problematisch, seine Landwirtschaft oder die Arztpraxis, die Tätigkeit, in der man zuvor gearbeitet hat, weiterzuführen, sofern sich dies mit der Tätigkeit als Abgeordnete/-r zeitlich vereinbaren lässt. Fragen werfen alle Tätigkeiten auf, durch die Geld oder andere Leistungen eines Akteurs mit einem klaren Interesse an EU-Politik (Unternehmen, Verbände etc.) an den oder die Abgeordnete fließen.

Fragwürdige Methoden der Einflussnahme

Zusätzlich zu den ungleichen Machtverhältnissen und den privilegierten Zugängen sind es vor allem die großen Unternehmen und Wirtschaftsverbände, die sich das Beauftragen professioneller Lobbyagenturen leisten können: Diese stellen nicht nur ihre gut gefüllten Adressbücher zur Verfügung – darunter zahlreiche ehemalige Kommissar/-innen und hohe Kommissionsbeamte sowie ehemalige Abgeordnete und deren Personal. Sie verfügen auch über die besten „Spin Doctors“ und gut gefüllte Trickkisten mit Lobbystrategien, die oft jenseits der Grenzen ethisch korrekter Lobbyarbeit liegen.

PR-Agenturen wie unter anderem **Burson-Marsteller** oder **Fleishman-Hillard** helfen gerne, wenn es zum Beispiel darum geht, handfeste Industrieinteressen in das Mäntelchen von Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft oder wenigstens eines Teils von ihr zu kleiden. Da werden zum Beispiel so genannte „Front Groups“ gegründet – unter anderem in Form wissenschaftlich klingender Initiativen wie das **Bromine Science and Environment Forum**. In Wahrheit wird hier die Lobbyarbeit gegen das Verbot bromierter Flammschutzmittel von Burson Marsteller koordiniert und von den vier weltgrößten Herstellern von bromierten Flammschutzmitteln bezahlt. Die Öffentlichkeit sieht zunächst nicht, wessen Interessen dahinterstecken. Auch das Vortäuschen von Bürgerinitiativen ist eine immer wieder angewandte Strategie.^{[7][8]}

Auch die Arbeit zahlreicher **Denkfabriken** ist zu hinterfragen. So erhielt die Brüsseler Denkfabrik **Center for the New Europe** 2003 und 2004 insgesamt 120.000\$ für seine „Aufklärungsbemühungen“ zur Erderwärmung durch den Ölgiganten **Exxon Mobil**.^[9]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 16.07.2018.
2. ↑ EU-Vertrag von Amsterdam, Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“, Abs. 9. Demnach muss die EU-Kommission, bevor sie neue Rechtsvorschriften erlässt, „umfassende Anhörungen durchführen“ und zudem dafür Sorge tragen, dass „die finanzielle Belastung und der Verwaltungsaufwand (...) der Wirtschaft und der Bürger so gering wie möglich gehalten werden und in einem angemessenen Verhältnis zu dem angestrebten Ziel stehen“.
3. ↑ ALTER-EU: Bursting the Brussels Bubble - The Battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU, Brussels, 2010
4. ↑ zum Beispiel bei der Richtlinie REACH, vgl.: Adamek, Sascha; Otto: Kim: Der gekaufte Staat: S.
5. ↑ [Spinwatch: Too Close for comfort](#), Spinwatch, UK, Juli 2008, abgerufen am 12.12.2012
6. ↑ [Lobbying under the radar](#), www.corporateeurope.org vom 24.5.2011, abgerufen am 12.12.12
7. ↑ [Astroturf: Eine neue Lobbystrategie in Deutschland](#), Anna Irmisch, Seite 23, 2011 Verlag für Sozialwissenschaften
8. ↑ [Campaign for Creativity erhält Worst-EU-Lobby-Award](#), www.lobbycontrol.de vom 16.12.05, abgerufen am 10.12.12
9. ↑ [Centre for the New Europe](#), www.soucwatch.org abgerufen am 10.12.12

BASF

Der Umsatz der BASF-Gruppe liegt im Gesamtjahr 2025 bei voraussichtlich 59,7 Milliarden Euro (2024: 61,4 Milliarden Euro, 2021: 78,6 Milliarden Euro).^[1]

Der Konzern ist in den folgenden Bereichen tätig: Chemicals, Materials, Industrial Solutions, Nutrition & Care und Agricultural Solutions.^[2]

BASF SE



The Chemical Company

Rechtsform Societas Europaea
(Aktiengesellschaft)

Tätigkeitsbereich Chemiebranche

Gründungsjahr 1865
atum

Hauptsitz Ludwigshafen

Lobbybüro

Lobbybüro Avenue de Cortenbergh 60, B-
EU 1000 Brussels

Webadresse www.bASF.com

Inhaltsverzeichnis

1 Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy	19
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	19
3 Parteispenden und Sponsoring	20
4 Austausch zwischen Wirtschaft und Politik	20
5 Mitgliedschaften	20
6 Fallbeispiele und Kritik	20
6.1 2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie	20
6.2 2022: Engagement gegen Gasembargo	20
6.3 Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung	21
6.4 2016: Wahlkampffinanzierung USA	21
6.5 2015: Asset-Tausch mit Gazprom	21
6.6 2012: Das Bienensterben	22
6.7 Lobbyisten in Ministerien	22
7 Weiterführende Informationen	22
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	22
9 Einelnachweise	22

Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy

BASF ist u.a. am europäischen Gas- und Ölunternehmen [Wintershall Dea](#) mit 72,7 % beteiligt.^{[3][4]} Die restlichen Anteile hält die Luxemburger Investmentfirma Letter one, die zum Einflussbereich des russisch-israelischen Oligarchen Michail Friedman gehört.^[5] Am 02.03.2022 gab [Wintershall Dea](#) bekannt, keine zusätzlichen Projekte zur Förderung von Gas und Öl voranzutreiben oder umzusetzen und die Finanzierung von [Nord Stream 2](#) in Höhe von rund 1 Milliarde Euro abzuschreiben.^[6] Das Öl- und Gasgeschäft von Wintershall Dea ohne Russland-Bezug ist im September 2024 an das britische Öl- und Gasunternehmen [Harbour Energy Plc](#) übertragen worden.^[7] BASF und LetterOne bleiben Eigentümer von Wintershall Dea und sind im Rahmen der Transaktion auch Gesellschafter von Harbour Energy geworden.^[8]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt – teilweise im Rahmen von selbst organisierten parlamentarischen Abenden und Diskussionsveranstaltungen.^[9] BASF nimmt auch über den [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) und den [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC), denen der Konzern angehört, Einfluss auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt BASF an, im Jahr 2023 3.720.001 bis 3.730.000 Euro auszugeben und 31 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 6,90) zu beschäftigen.^[10] Auch im Europäischen Transparenzregister ist BASF eingetragen und hat dort für das Jahr 2021 3.000.000 bis 3.499.999 Euro Lobbyausgaben und 27 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 16,8) angegeben.^[11] Seit 2015 gab es 36 Treffen mit der EU-Kommission (Stand: 09.04.2022). 2021 erhielt BASF Finanzhilfen der EU in Höhe von 2.117.513 Euro.

Parteispenden und Sponsoring

Nach eigenen Angaben unterstützt BASF keine politischen Parteien. Das gelte auch für Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Kandidaten im Wahlkampf. In den USA hätten Mitarbeiter der BASF Corporation von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ein „Political Action Committee (PAC)“ zu gründen. Das „BASF Corporation Employee PAC“ sei eine freiwillige, staatlich registrierte Vereinigung von Mitarbeitern. Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen werde durch die „Political Relations and Advocacy-Policy“ geregelt. Jegliches Sponsoring werde in angemessener Weise transparent gemacht.

Quelle: [\[12\]](#)

Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Laut ihrer Webseite gibt es keine aktuellen Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF SE und der deutschen BASF-Gruppengesellschaften bei internationalen Organisationen, Regierungen, Ministerien sowie der öffentlichen Verwaltung - bzw. von Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der BASF. BASF halte den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik für wichtig und sei sich der mit dem sog. „Drehtür“-Effekt verbundenen Interessenkonflikte bewusst. In Bezug auf die sog. „Cooling-off“-Perioden halte sich BASF an geltende Vorschriften.

Quelle: [\[13\]](#)

Mitgliedschaften

Die 84 Organisationen, in denen BASF Mitglied ist, sind [hier](#) abrufbar. Dazu gehören der [Wirtschaftsrat der CDU](#), das [Wirtschaftsforum der SPD](#), der [Grüne Wirtschaftsdialog](#) und die [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Auf europäischer Ebene ist BASF u.a. Mitglied im [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC) und [BusinessEurope](#).

Fallbeispiele und Kritik

2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie

Am 20. Februar fand auf dem BASF-Gelände in Antwerpen ein Treffen zwischen dem belgischen Premierminister Alexander De Croo, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und hochrangigen Unternehmensvertreter:innen der Chemiebranche statt. Bei dem Treffen, das von der Ratspräsidenschaft Belgiens organisiert wurde, sollte es um die Zukunft des Chemiesektors und das umweltpolitische Projekt des „EU Industrial Deal“ gehen. Umweltorganisationen blieben bei diesem Exklusivgipfel jedoch außen vor. [\[14\]](#) Den privilegierten Zugang der Chemiebranche zur Politik und den Ausschluss der Zivilgesellschaft kritisierten LobbyControl und 72 andere Organisationen in einem [offenen Brief](#) an den belgischen Premierminister.

2022: Engagement gegen Gasembargo

Die Debatte um ein mögliches Gasembargo gegen Russland als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine veranschaulichte die Abhängigkeit energieintensiver Unternehmen, wie der BASF, von Erdgasimporten. BASF-Konzernchef Martin Brudermüller trat nur wenige Wochen nach Beginn der russischen

Invasion im Frühjahr 2022 immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit. In zahlreichen Interviews stellte er die russischen Gaslieferungen als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar, [15] warnte davor, dass ein Embargo „unseren Wohlstand zerstören“ würde [16] und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“. [17] Dies geschah trotz gegenteiliger Ansichten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) [18] oder auch der Leopoldina. [19]

Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die BASF übt Einfluss auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf nationaler und europäischer Ebene aus. Auf nationaler Ebene ist die BASF Mitglied im Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) und finanziert das DRSC maßgeblich mit. [20] Auf europäischer Ebene ist die BASF Mitglied und Finanzier der value balancing alliance (vba). [21]

Der BASF Finanzvorstand Dr. Hans-Ulrich Engel ist einer von 40 Unterzeichnern eines Appels an den damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner. Der Appel forderte die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) durch die weniger weitreichenden International Sustainability Standards Board (ISSB)- Standards zu ersetzen. [22]

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte. [23]

2015: Asset-Tausch mit Gazprom

Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten BASF und deren Tochter [Wintershall](#) vermehrt mit dem russischen Staatskonzern [Gazprom](#). Anfang der 2010er Jahre strebten die drei Unternehmen einen Tausch von Vermögenswerten an: Während Wintershalls Gashandel- und -speichergeschäft an [Gazprom](#) übertragen werden sollte, sollte [Wintershall](#) im Gegenzug Anteile an Gazproms Gasfeldern in Sibirien erhalten. Trotz der damit einhergehenden, steigenden Bedeutung Gazproms für den deutschen Gasmarkt wurde das Geschäft von dem damaligen Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) im Jahr 2013 zunächst genehmigt. [24] Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, verzögerte sich der Verkauf jedoch aufgrund der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen. Der damalige BASF-Chef Kurt Bock setzte sich daraufhin bei [Gabriel](#) für den Verkauf ein und drängte in einem Brief, das geplante Tauschgeschäft auch ohne neue Genehmigung zuzulassen. [25] Gabriel leistete diesem Vorschlag Folge und vermerkte handschriftlich "Ich unterstütze den Antrag". [26] Darüber hinaus erteilte er für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe. [27]

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das [Bees Biodiversity Network](#). Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der **Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH**, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der **EU-Kommission** zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins [[Bundeskabinett]] – und trat im **Europaparlament** als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [BASF-Gruppe legt vorläufige Zahlen für das Gesamtjahr 2025 vor](#) basf.com vom 22.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
2. ↑ [BASF-Bericht 2023](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.05.2025
3. ↑ [Die heikle Russland-Connection von BASG](#), manager-magazin.de vom 30.03.2022, abgerufen am 12.04.2022
4. ↑ [Wintershall Dea GmbH Konzernabschluss zum 31.Dezember 2020](#), unternehmensregister.de, abgerufen am 13.04.2022
5. ↑ [Oligarch Friedman klagt über „Hausarrest“ in Londoner 70-Millionen-Villa](#), stern.de vom 29.03.2022, abgerufen am 13.04.2022

6. ↑ [Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab](#), wintershalldea.com, abgerufen am 12.04.2022
7. ↑ [Verkauf vollzogen: E&P-Assets von Winterhall Dea an Harbour Energy übertragen](#), wintershalldea.com vom 03.09.2024, abgerufen am 17.04.2025
8. ↑ [Verkauf des E&P-Geschäfts von Wintershall DEA an Harbour Energy vollzogen](#), chemanger-online.de vom 17.04.2024, abgerufen am 17.04.2025
9. ↑ [BASF](#), lobbyregister.de, abgerufen am 04.05.2025
10. ↑ [BASF SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 08.04.2022
11. ↑ [BASF SE](#), ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 09.04.2022
12. ↑ [Politische Spenden und Sponsoring](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
13. ↑ [Austausch zwischen Wirtschaft und Politik](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
14. ↑ [Lobbyismus in der EU. Blockieren und profitieren: Ein Exklusivgipfel für die Chemieindustrie](#), lobbycontrol.de, vom 20.02.2024, abgerufen am 05.03.2024
15. ↑ „[„Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“](#) faz.net vom 04.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
16. ↑ Ebd.
17. ↑ [BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren](#) faz.net, vom 29.04.22 zuletzt aufgerufen am 04.08.22
18. ↑ [Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert](#) diw.de vom 08.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
19. ↑ [Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt](#) leopoldina.org vom 08.03.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
20. ↑ [Kapitalmarktorientierte Industrieunternehmen und Verbände](#), Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., abgerufen am 13.02.2025
21. ↑ [About us](#), Value balancing alliance, abgerufen am 13.02.2025
22. ↑ [Notwendiger Endorsement-Prozess für die Überführung der ISSB-Standards in EU-Recht](#), Deutsches Aktieninstitut vom 25.03.2022, abgerufen am 13.02.2022
23. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
24. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
25. ↑ Ebd.
26. ↑ Ebd.
27. ↑ Ebd.

European Chemical Industry Council

Der **European Chemical Industry Council** (Cefic) ist der einflussreichste Verband der europäischen Chemieindustrie. Unter seinen 670 Mitgliedern finden sich große Konzerne wie [Bayer](#) und [BP](#) sowie nationale Wirtschaftsverbände wie der deutsche [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI). 2017 gab CEFIC laut EU-Transparenzregister 12,3 Mio. € für Lobbyarbeit in Brüssel aus.^[1] Damit ist er finanzstärkster Lobbyverband in Brüssel.^[2]

European Chemical Industry Council (Cefic)



European Chemical Industry Council (Cefic)

Rechtsform

Tätigkeitsber Lobbytätigkeit für die europäische
eich Chemieindustrie

Gründungsda 1972

tum

Hauptsitz Avenue E. van Nieuwenhuyse, 4 box 1, B-1160 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse www.cefic.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	24
1.1 Ausgaben für Lobbyarbeit	25
2 Fallbeispiele	26
2.1 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC	26
2.2 Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission	27
2.3 Better Regulation 2015	27
2.4 Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren	28
2.5 Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)	29
2.6 Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen	30
2.7 EU-Chemikalienverordnung REACH	30
2.8 Lobbyarbeit für Glyphosat	31
3 Organisationsstruktur und Führungspersonal	31
3.1 Mitglieder	31
3.2 Führungspersonal	32
4 Verbindungen	32
4.1 Knowledge4Innovation	32
4.2 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	32
4.3 Alliance for a Competitive European Industry	32
5 Geschichte	32
6 Zitate	32
7 Einelnachweise	33

Lobbystrategien und Einfluss

CEFIC betreibt Lobbyarbeit auf europäischer Ebene gegenüber **EU-Kommission**, **EU-Parlament**; er ist in über 90 Arbeitszusammenhängen der EU-Kommission und anderen EU-Institutionen eingebunden, etwa in **Expertengruppen** (35) und anderen beratenden Gremien.^[3] Es liegt nahe, dass CEFIC auch versucht, Einfluss auf den Europäischen Rat und die Ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten zu nehmen - darüber liegen aber leider aufgrund der mangelnden Transparenzregulierungen keine Daten vor. CEFIC vertritt nicht nur die unmittelbaren Interessen der Branche, sondern beschäftigt sich auch mit Fragen der Gesundheits-, Energie-, Wettbewerbs-, Klima- und Umweltpolitik sowie der Lebensmittelsicherheit, die die Chemiebranche indirekt auch betreffen.

CEFIC betreibt seine Lobbyarbeit in enger Abstimmung mit dem [American Chemistry Council](#); viele seiner Mitglieder sind in beiden Organisationen, so etwa die deutschen Chemieriesen [Bayer](#) und [BASF](#).^[4] Bayer und BASF wiederum haben nochmal ihre eigenen Dependancen vor Ort.

Außerdem ist CEFIC Mitglied des [International Council of Chemical Associations](#) (ICCA), des Weltverbands der Chemieindustrie. Er hat mit weiteren Chemieverbänden ([American Chemistry Council](#) (ACC), Japan's Chemical Industry Association) die [CEFIC Long-range Research Initiative](#) (LRI) gegründet, um die Auswirkungen von Chemikalien auf die Gesundheit und die Umwelt zu untersuchen und den zuständigen EU-Instanzen zur Verfügung zu stellen.^[5] KritikerInnen, wie etwa Corporate Europe Observatory, geben zu Bedenken, dass diese Institution versucht, der Arbeit von unabhängigen Behörden mit eigenen – auf die Bedürfnisse der Industrie zugeschnittenen – Testmethoden zuvorzukommen. Bruno Hubesch, der Leiter des LRI-Programmes, formulierte es einmal so: „LRI is not science for science - it's science for policy impact.“ [deutsch: Das LRI ist nicht Wissenschaft für die Wissenschaft – es ist Wissenschaft für politischen Einfluss.]^[6]

Ausgaben für Lobbyarbeit

Laut dem EU-Transparenzregister (Stand: August 2018) sind bei CEFIC mehr als 150 Personen beschäftigt. ^[7] Davon sind 72 in Lobbyaktivitäten eingebunden, 7 davon haben eine Akkreditierung für das [EU-Parlament](#).^[8]

CEFIC verfügte 2017 über ein Budget von 41 Mio. €, von dem er 12,3 Mio. € für Lobbyarbeit ausgab. Die Entwicklung der Ausgaben kann der Tabelle entnommen werden:

Zeitraum	Ausgaben
Januar - Dezember 2017	12.300.000 €
Januar - Dezember 2016	12.100.000 €
Januar - Dezember 2015	10.220.000 €
Januar - Dezember 2014	10.100.000 €
Oktober 2012 - September 2013	6.000.000 €
Oktober 2011 - September 2012	6.000.000 €
Oktober 2010 - September 2011	6.000.000 €
2009	4.000.000 €

Quelle: [lobbyfacts.eu](#)

CEFIC wurde 2009 aus dem freiwilligen Lobbyregister der EU geworfen, da der Verband anfangs unrealistisch niedrige Lobbyausgaben in Höhe von 50.000 € deklariert hatte, obwohl sein Gesamtbudget bei 37,9 Mio. Euro lag.^[9] Erst nachdem CEFIC diese Angabe auf 4 Mio. Euro korrigiert hatte, wurde er wieder in das Register aufgenommen.^[10]

Fallbeispiele

Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom ERT, vom Dachverband Europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände [Business Europe](#) und CEFIC. Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.
- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggfs. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industrielobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. ^[9] Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzentstehungsprozess ggfs. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament.^{[32][30]} In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a “Clean, Just and Competitive Transition” wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen.^[33]

Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission

2017 stieß die Europäische Kommission die Plastik-Strategie an, mit dem Ziel, dass bis 2030 alle Plastikverpackungen in der EU wiederverwendbar oder recyclebar sein sollen. Nachdem die Europäische Kommission im Januar 2017 die Roadmap „Strategy on Plastics in a Circular Economy“ (zu deutsch: Strategie zu Plastik in einer Kreislaufwirtschaft“) veröffentlicht hatte, setzten sich die Interessengruppen der Plastikindustrie, darunter auch CEFIC, bis zur Veröffentlichung der finalen Strategie 12 Monate später intensiv für eine Gestaltung der Plastik-Vorgaben in ihrem Sinne ein. Im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 1. Januar 2018, trafen sich Vertreter der beiden involvierten Generaldirektionen Umwelt und Wachstum 44 Mal mit Interessensgruppen zur Plastik-Strategie. 89% davon (39 Treffen) fanden mit Industrievertretern statt. CEFIC hatte als eine der finanzstärksten Lobbygruppen im Jahr 2017 alleine 5 Treffen mit der Kommission – nur zur Plastikstrategie. [11] CEFIC arbeitet dabei auch eng mit PlasticsEurope zusammen, sie haben ihre Büros im gleichen Gebäude [12]. PlasticsEurope traf sich insgesamt 13 Mal mit der Kommission. Die Kommission ging mit der Strategie proaktiv auf Lobbygruppen der Plastik-Industrie zu – mit dem Ziel, freiwillige Selbstverpflichtungen der Konzerne einholen zu können, eines der Kernelemente der Strategie. [13] [14] Sie konnte aber bisher keine ausreichenden Ergebnisse erzielen. Die Industrie blieb mit ihren Zugeständnissen häufig weit hinter den Vorstellungen der Kommission zurück [15]. In der freiwilligen Verpflichtung, die PlasticsEurope veröffentlichte, ist nur noch von 60% recyclebarem oder verwertbarem Plastik bis 2030 die Rede, die vollständige Umstellung siedelt PlasticsEurope dabei im Jahre 2040 an. Mit „Verwertung“ ist hier allerdings Energieverwertung, also Verbrennung, gemeint. KritikerInnen bewerten dieses Verfahren als Gefahr für Umwelt und Gesundheit. [16] Sie bedauern auch, dass in der freiwilligen Verpflichtung keinerlei verbindliche Handlungspläne und Zusagen zu finden sind. Das zweite Ziel der Kommission war es, dass bis 2025 10 Millionen Tonnen an recyclem Plastik in neuen Produkten wiederverwendet werden. Auch dazu forderte sie die Industrie zu Vorschlägen auf, die bislang nur unzureichend Anwendung finden.

Im Mai 2018 verabschiedete die EU ein Verbot von Einweg-Plastik, was allerdings noch auf nationaler Ebene legislativ umgesetzt werden muss. Zuvor geleakte Dokumente zu dem Gesetzesvorhaben kommentierte **Business Europe**, eine Lobbyorganisation, die wie CEFIC sehr einflussreich ist, wie folgt: “We are concerned about some very far-reaching proposals ... Rather than a ban, it is better to focus on the current voluntary pledging campaign to make plastics more circular” [deutsche Übersetzung: Wir sind besorgt über einige sehr weitreichende Vorschläge. Besser als ein Verbot ist es, sich auf die aktuell laufende Kampagne zur freiwilligen Selbstverpflichtung zu konzentrieren, um Plastik wiederverwertbar zu machen].

Better Regulation 2015

Ebenso wie **BusinessEurope** unterstützt CEFIC die Better Regulation-Agenda. [17] Derzeit tritt CEFIC für eine Erweiterung der – zu deutsch – besseren Rechtsetzung ein.

Was aber verbirgt sich hinter der „besseren Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue **ExpertInnengremien** geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. Schon die Grundannahme ist fragwürdig: Demnach werden staatliche Regulierungen – das umfasst beispielsweise auch Gesetzgebung zum Umwelt- und Verbraucherschutz – als „Last“ verstanden. Dabei werden oft sie im Interesse des Allgemeinwohls erlassen. In der Theorie können über diese sogenannte REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen

Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen. [18] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten, [19] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie beispielsweise auch CEFIC zu Gute.

Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren

Hormonaktive Substanzen (oder endokrine Diskruptoren) stecken in tausenden Alltagsprodukten – von Plastik bis zu Kosmetika. Sie haben die Eigenschaft, das hormonelle System von Organismen zu beeinflussen, weshalb sie höchstwahrscheinlich ernstzunehmende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Die EU-Gesetzgebung hat auf diese Stoffe reagiert.

Mit der Überarbeitung des europäischen Pestizid- und Biozidrechts von 2009-2012 wurde gesetzlich verankert, dass Wirkstoffe mit endokrin wirksamen Eigenschaften, die schädliche Auswirkungen auf den Menschen bzw. schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt haben können, von der zukünftigen Verwendung auszuschließen bzw. nur noch bei spezifischen Ausnahmefällen einzusetzen sind. Allerdings fehlte bis dato ein von allen Seiten anerkanntes Verfahren zur Bestimmung von endokrin wirksamen Substanzen. [20]

Die konkrete Regulierung dazu musste noch durch die Kommission ausformuliert werden. Die Kommission war zwar bis zum 14. Dezember 2013 dazu verpflichtet, diese zu erlassen – aber massive Lobbykampagnen zogen diesen Prozess in die Länge. Außerordentlich viel Einsatz gegen diese Regulierungen zeigten vor allem die Lobbyverbände CEFIC und ECPA sowie die Unternehmen Bayer und BASF. 2015 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass die Kommission zu lange untätig war und dadurch EU-Gesetz missachtet hatte. Daraufhin kündigte die Kommission endlich an, die Kriterien, nach denen endokrine Substanzen festzulegen sind, zu veröffentlichen.

Am 4. Juli 2017 einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten dann auf eine Liste an Kriterien, die auf einem Vorschlag der Generaldirektion für Gesundheit und Ernährungssicherheit (DG SANTE) basierte. Drei Forschungsgesellschaften zur Endokrinologie hatten den Vorschlag zuvor scharf kritisiert und bemängelt, dass er die öffentliche Gesundheit nicht wirksam schützen könne. KritikerInnen schätzten die neuen Kriterien zur Bestimmung von endokrinen Substanzen als zu weich ein und beanstandeten, dass Substanzen, die eigens endokrin entwickelt worden sind – wie zum Beispiel einige Pestizide – nicht darunter fallen. Warum hat der Prozess aber so lange gedauert und wie konnte es zu diesem umstrittenen Vorschlag kommen?

Eigentlich hatte zu Beginn die Generaldirektion Umwelt den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten. Sie hatte bereits anerkannte ExpertInnen des Gebiets zu Rate gezogen, unter anderem Professor Andreas Kortenkamp [21]. Bevor dieser Vorschlag allerdings veröffentlicht werden konnte, erreichten LobbyistInnen, dass er (vor Veröffentlichung!) einer Folgenabschätzung unterzogen werden musste – was den Prozess sehr in die Länge zog. Daraufhin schaltete sich die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit ein

und fragte ein Gutachten der European Food Safety Authority, kurz EFSA, an. 8 der 18 Mitglieder der Arbeitsgruppe der ESFA hatten, wie sich später herausstellte, einen Interessenskonflikt, einer hatte Verbindungen zu CEFIC. [22]. Zeitgleich veröffentlichte die WHO einen Bericht, indem sie eindringlich vor endokrinen Disruptoren warnte. Die Juncker-Kommission übertrug die Entwicklung der Kriterien offiziell auf die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit. Später kamen E-Mails ans Licht, aus denen hervorging, dass auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe schon von vornherein festgestanden hatten. Die Industrielobby startete eine Kampagne, indem sie eine wissenschaftliche Kontroverse konstruierte. WissenschaftlerInnen, die Verbindungen in die Industrielobby hatten, stellten die Erkenntnisse unabhängiger WissenschaftlerInnen in Frage. [23]. Eine Gruppe der vernetzten ForscherInnen traf sich sogar mit einem EU-Kommissar – wie sich später herausstellte, wurde der Besuch von dem European Risk Forum, einer Denkfabrik, die von der Tabaklobby initiiert wurde und unter anderem auch von CEFIC mitfinanziert wird, bezahlt. Unter den WissenschaftlerInnen, die als Gegenöffentlichkeit zu den unabhängigen WissenschaftlerInnen in Sachen endokrine Disruptoren auftraten, befanden sich drei, die bereits zu Glyphosat ein von Monsanto bezahltes, positives Gutachten erstellt hatten: Helmut Greim, Colin Berry und Alan Boobis. [24]

Während der TTIP-Verhandlungen erhöhte sich der Druck gegen die Regulierung endokriner Disruptoren erneut. Die AmCham EU forderte explizit von der Kommission, keine Kriterien zur Regulierung zu beschließen. [25] Bei den Gesprächen stilisierte die Industrielobby die Regulierungen zu den endokrinen Diskruptionen sogar zu „potenziellen Handelshemissen“ - was besonders vor dem Hintergrund von Investitions-Schiedsgerichten, wie sie in TTIP angedacht waren, folgenreich ist.

Der Vorschlag, den die Kommission 2016 präsentierte, wurde von unabhängiger, wissenschaftlicher Seite scharf kritisiert. [26] Einen Monat nach Veröffentlichung des Vorschlags erhielt der damalige Kommissar für Gesundheit Andriukaitis einen Besuch von den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Kanadas, Brasiliens, Uruguays und Argentiniens – spezifisch zum Thema endokrine Disruptoren. Kurze Zeit später, im Dezember 2016 strebte die Kommission eine Veränderung der Ausnahmeregelung in der Pestizidverordnung an. Die Kriterien für die Ausnahmeregelungen wurden weiter gesteckt. Dies führte zu heftigen Diskussionen und auch zu Konflikten zwischen Parlament und Kommission. Denn die Veränderungen der Ausnahmeregelungen gingen so weit, dass das Parlament der Kommission vorwarf, das Gesetz im Wesensgehalt verändern zu wollen, statt es nur durchzusetzen. Das darf die Kommission als Exekutivorgan allerdings nicht. Daraufhin entfernte die Kommission dieses Schlupfloch aus ihrem Vorschlag – führte aber ein anderes ein, nämlich die Ausnahmeregelung für extra endokrin designte Substanzen – wie zum Beispiel Pestizide, die Ungeziefer durch hormonelle Veränderungen bekämpfen. Umweltschutz Organisationen wie CIEL oder ClientEarth kritisierten diese Regelung heftig.

Das europäische Parlament blockierte den Vorschlag der Europäischen Kommission zu den Kriterien für endokrine Disruptoren am 04.10.2017 mit 389 zu 235 Stimmen, mit 70 Enthaltungen [27]. Die Kommission ist nun dazu aufgefordert, zeitnah einen neuen Vorschlag vorzulegen.

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

CEFIC konnte die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP nachhaltig beeinflussen und stimmte sich dazu eng mit seinem US-amerikanischen Gegenstück, dem American Chemistry Council (ACC) ab. Das langfristige Ziel ist eine Angleichung von Regulierungen und Standards in den USA und Europa. [28][29] Eine Senkung der in der EU durch die Chemie-Richtlinie REACH eingeführten Standards scheint möglich, sollte nach Inkrafttreten des TTIP-Vertrags die regulatorische Kooperation nach den Vorstellungen von CEFIC eingeführt werden. Diese Sichtweise wird gestützt durch ein durchgesickertes Dokument (engl. Leak) der TTIP-Verhandlungs runde vom Dezember 2013, das von ClientEarth und CIEL ausgewertet wurde. Danach

würden die Vorschläge des European Chemical Industry Council und des [American Chemistry Council](#) den Schutz der Verbraucher und der Umwelt vor giftigen Chemikalien verschlechtern. Der Fortschritt bei der Regulierung von solchen Chemikalien käme zum Stillstand, wirtschaftlichen Interessen würde Vorrang vor gesundheitlichen und Umweltaspekten eingeräumt. Die Regulierung würde weniger transparent und weniger demokratisch ausgestaltet. So soll die Koordinierung und Harmonisierung von Regulierungen einem parlamentsfernen "Cooperation Committee" übertragen werden, das aus Vertretern von EU- und US-Regulierungsbehörden für die Chemische Industrie bestehen soll.^[30]

Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen

Gleich zu Beginn der Verhandlungen ermöglichte die EU-Kommission dem CEFIC, eigene Vorschläge einzureichen und räumte ihm einen besonderen Zugang zu den Verhandlungen ein, konkret in Form eines engen Kontakts zur Generaldirektion Handel (im Folgenden GD Handel abgekürzt).^[31] Während der ersten zwei Jahre der TTIP-Verhandlungen hatte der CEFIC 16 zum Teil intensive Lobby-Kontakte mit Vertretern der EU-Kommission; der ACC bekam auf weitere drei Treffen.^[32] Dabei halfen Vertreter der GD Handel sogar, die richtigen Ansprechpartner in der EU-Diplomatie für einzelne Lobby-Ziele zu finden (etwa in der *High Level Working Group on Jobs and Growth*).^[33] Auch in einer zweiten Phase 2013/4 stimmten sich Verantwortliche der GD Handel eng mit dem CEFIC ab, um die Texte für die Verhandlungsrunden auszuwählen.^[34]

Im November 2014 begann die Amtszeit der neuen, von **Jean-Claude Juncker** geführten EU-Kommission. Es gab weiterhin regelmäßige Treffen mit CEFIC. Von fünf dieser Treffen gibt es nicht einmal Protokolle, so dass die Gesprächsinhalte verborgen bleiben.^[35] In dieser Phase verfolgte der CEFIC das Ziel, die REACH-Verordnung weiter abzuschwächen^[36] und die regulatorische Kooperation einzuführen^[37]. Geschäftsführer Mandery stellte im Mai 2015 öffentlich fest, dass die Vorschläge von CEFIC weitgehend übernommen worden sind.^[38] Diese Einschätzung wird intern von Vertretern der EU-Kommission geteilt.^[39]

EU-Chemikalienverordnung REACH

Von 1999 bis Juni 2007 wurde über die Richtlinie REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) verhandelt und beraten. Die Verhandlungen über die Schaffung von gesamteuropäischen Regeln in Bezug auf Chemikalien waren die "möglicherweise größte Lobby-Schlacht der EU-Geschichte".^[40] Die ursprünglich ambitionierten Ziele der EU-Kommission wurden aufgrund der Lobbyarbeit der europäischen Chemieindustrie stark eingeschränkt und die Pflicht zum Ersatz gefährlicher Stoffe aufgehoben.^[41] Ein Hebel in der Argumentation seitens der chemischen Industrie war die sogenannte Folgenabschätzung, die oft auf Vorhersagen beruht - und eben nicht auf einer breiten Datenbasis. Hierbei werden Gesetzesinitiativen, bevor sie in den gewählten Parlamenten besprochen werden, nach den Auswirkungen auf den Handel beurteilt. Wer den möglichen Nutzen eines Gesetzes für den Schutz der Umwelt und der Gesundheit relativieren will, kann die finanziellen Belastungen übertrieben darstellen. Diese Strategie wurde im Fall der EU-Chemikalienverordnung angewendet. Ursprünglich zielte REACH darauf ab, die rund 100.000 in Europa hergestellten und verwendeten Chemikalien auf ihre Gesundheits- und Umweltverträglichkeit hin zu testen und gefährliche Substanzen durch weniger gefährliche zu ersetzen. Die Gesetzesinitiative stieß bei der europäischen Chemieindustrie auf vehementen Widerstand. Als wirksamste

Waffe im Kampf gegen die geplante Regulierung erwiesen sich mehrere Szenarien, die eine „Deindustrialisierung Europas“ an die Wand malten. Dazu wurde unter anderem in großflächigen Zeitungsanzeigen die Angst vor Arbeitsplatzverlusten geschürt. [42] Die verantwortlichen EU-Politiker ließen sich von der Vorhersage millionenfacher Arbeitsplatzverluste so sehr verunsichern, dass sie den Geltungsbereich der Chemikalienverordnung stark einschränkten und die Pflicht zur Substitution gefährlicher Stoffe aufhoben. [43][44][45]

CEFIC spielte in dieser jahrelangen Lobbykampagne eine zentrale Rolle. Es lassen sich mehrere Phasen ihrer Tätigkeit unterscheiden: zunächst versuchte der Verband, die chemische Industrie als Partner bei Problemlösungen erscheinen zu lassen; dann wurde der Ton in der Auseinandersetzung verschärft und der Verband trat als strikter Gegner von REACH auf. In dieser Zeit wurden einige Studien lanciert, die der oben skizzierten Strategie entsprachen. [46]

Lobbyarbeit für Glyphosat

Überraschenderweise vertritt CEFIC sein Mitglied [Bayer](#) nicht direkt im Falle Glyphosat. Bayer ist Mitglied in mehreren Lobbyverbänden, auch in CEFIC. Für die Problematik rund um die umstrittene Chemikalie wurde eigens eine Glyphosat-Task Force ins Leben gerufen – unter Leitung der Anwaltskanzlei [Hume Brophy](#). Diese Gruppe organisiert Kampagnen für die Neuzulassung von Glyphosat in Herbiziden, obwohl die Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation diese Substanz als möglicherweise krebserregend für Menschen eingestuft hat. [47] Monsantos hauseigene Lobbyisten wurden als erste Lobbyisten für den Zugang zum EU-Parlament gesperrt. [48]

Organisationsstruktur und Führungspersonal

Mitglieder

Der Verband hat 492 Mitglieder (Stand August 2018) und 113 Partner. Diese werden in die folgenden Gruppen unterteilt:

- Corporate Members (ACOM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa und einem weltweiten Chemieumsatz von über 1 Mrd. Euro. Zu den Corporate Members gehören 71 Unternehmen, u. a. die deutschen Unternehmen [BASF](#), [Bayer](#), [Lanxess](#) und [Merck](#).
- Federation Members (AFEM) sind europäische Verbände der Chemieindustrie (19). Zu ihnen gehört u. a. der [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- Business Members (ABM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa, die nicht nur chemische Erzeugnisse herstellen, mit einem weltweiten Chemieumsatz von unter 1 Mrd. Euro. Zu den Business Members gehört insgesamt 402 Unternehmen u. a. Stockmeier Chemie
- Associated Companies sind außereuropäische Chemieunternehmen (39). Zu ihnen gehören z. B. Halliburton
- Partner Associations sind europäische Verbände (21), die nur einen Sektor der chemischen Industrie vertreten. Zu ihnen zählt z. B. die [European Crop Protection Association](#) (ECPA)
- Partner Companies sind europäische Unternehmen, die eng mit der europäischen chemischen Industrie zusammenarbeiten (53). Zu ihnen gehört z. B. [Südzucker](#)[49]

Führungspersonal

Die Mitglieder des **Cefic Board and Executive Committee** sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehört unter anderem Saori Dubourg - Vorstandsmitglied von **BASF**. Ihr Präsident ist Daniele Ferrari, gleichzeitig geschäftsführendes Vorstandsmitglied von Versalis, Vorstandsmitglied von Matrica, Präsident von PlasticsEurope und Vizepräsident von Federchimica.

Generaldirektor

- **Marco Mensink** (ab Mai 2016, Nachfolger von **Hubert Mandery**)

Dauerhaft mit **EU-Beziehungen** beauftragte Person:

- **Vincent Navez**, Executive Director Legal Affairs

(Stand: August 2018)

Verbindungen

Knowledge4Innovation

CEFIC ist Mitglied von [Knowledge4Innovation](#), einer branchenübergreifenden europäischen Lobbyorganisation.

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

CEFIC gehörte zu den Mitgliedern der EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM 2009 - 2012^[50], einer Konsultationsplattform für Interessengruppen der EFSA, und der EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access.^[51]

Alliance for a Competitive European Industry

CEFIC gehört zu den führenden europäischen Wirtschaftsverbänden, die sich mit [BusinessEurope](#) zur **Alliance for a Competitive European Industry** zusammengeschlossen haben.

Geschichte

Die Abkürzung CEFIC ist auf die ursprünglich französische Bezeichnung *Conseil Européen des Fédérations de l'Industrie Chimique* zurückzuführen.

Zitate

"Unsere Vorschläge, die von der EU-Kommission übernommen worden sind, können die regulatorische Kooperation deutlich beschleunigen, hohe Standards beibehalten und dabei effiziente Regeln erreichen. (im Original: Our proposals which have largely been taken over by the European Commission can boost regulatory cooperation, maintaining high standards while achieving regulatory efficiencies.)"^[52]

Der ehemalige CEFIC-Geschäftsführer Hubert Mandery im Mai 2015 über den Einfluss seines Verbandes auf die TTIP-Verhandlungen.

Einelnachweise

1. ↑ Profil CEFIC, lobbyfacts.eu, zuletzt aufgerufen am 06.08.2018
2. ↑ tagesaktuelle Auswertung, lobbyfacts.eu, aufgerufen am 30.11.2018
3. ↑ Profil European Chemical Industry Council, EU-Transparenzregister, zuletzt aufgerufen am 10.08.2018
4. ↑ Member Companies, Webseite des American Chemistry Councils, aufgerufen am 10.08.2018
5. ↑ LRI The Long-range Research Initiative, Webseite cefic-iri, abgerufen am 22.11.2018
6. ↑ [<http://cefic-iri.org/wp-content/uploads/2014/03/CW54-LRI-copy.pdf>] Chemical Watch 2013, cefic-iri.org, abgerufen am 22.11.18
7. ↑ EU-Transparenzregister ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 04.12.18
8. ↑ [1] lobbyfacts.eu, abgerufen am 21.11.18
9. ↑ Chemieverband fliegt aus dem Lobby-Register. Die Presse, 21. Juli 2009, zuletzt aufgerufen am 04.12.2018
10. ↑ Chemieverband CEFIC wieder im EU-Lobbyregister , Webseite von LobbyControl, 6. Oktober 2009, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
11. ↑ Plastic Promises Corporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
12. ↑ The Industry Sectors cefic.org, abgerufen am 22.11.18
13. ↑ [2] asktheeu.org, abgerufen am 22.11.18
14. ↑ [3] European Commission am 16.01.2018, abgerufen am 22.11.18
15. ↑ Voluntary Commitment Plastics Europe, abgerufen am, 30.11.18
16. ↑ Plastic Promises Corporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
17. ↑ [4], cefic.org, abgerufen am 21.11.18
18. ↑ TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung, LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
19. ↑ Better Regulation: Why and How, Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
20. ↑ Hintergrundinformation EDCs, PAN Germany Januar 2016, abgerufen am 23.11.18
21. ↑ State of art assessment of endocrine disruptors European Commission, Januar 2012, abgerufen am 23.11.18
22. ↑ Conflict of interests at EFSA – season 10 stephanehorel.fr, abgerufen am 23.11.18
23. ↑ Studie: A Toxic Affair – How the chemical lobby blocked action on hormone disrupting chemicals Corporate Europe Observatory, abgerufen am 23.11.18
24. ↑ [5] corporateeurope.org am 27.09.17, abgerufen am 23.11.18
25. ↑ EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie! lobbycontrol.de am 1.Juni 2015, abgerufen am 23.11.18
26. ↑ Proposals European Commission, abgerufen am 23.11.18
27. ↑ Identifying endocrine disruptors - meps block plans exempting some pesticides European Parliament am 04.10.2017, abgerufen am 23.11.18
28. ↑ Offiziell an CEO freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf asktheeu.com: hier Protokoll eines Treffen zwischen Maria Asenius (DG Handel) und der CEFIC Geschäftsführung am 4. Dezember 2014
29. ↑ siehe in dem Zusammenhang auch: Bode, Thilo: TTIP. Die Freihandelslüge. München 2015, S. 143 -153.

30. ↑ ACC-CEFIC joint proposal enhancing US-EU chemical regulatory cooperation under TTIP ciel.org, Webseite abgerufen am 04.12.2018
31. ↑ Offiziell an CEO freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier insbesondere Brief an Giorgio Squinzi (Präsident CEFIC) vom 25. Juli 2012, gesendet von Tajani and De Gucht.
32. ↑ Datensätze als Grundlage einer Auswertung, (XLS), Corporate Europe Observatory, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
33. ↑ Offiziell an CEO freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier Email-Verkehr zwischen Mitarbeitern der GD Handel
34. ↑ Offiziell an CEO freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2014-1259, hier: Batch2 Doc 27, Betreff: Report: Meeting with CEFIC – discussion of draft CEFIC/ACC proposals for TTIP. Importance: High, 11 December 2013
35. ↑ Offiziell an CEO freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf asktheeu.com, hier: Korrespondenz/Treffen mit Cefic oder ACC zu TTIP seit Sept 2014, insbesondere Liste von Treffen
36. ↑ Offiziell an CEO freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf asktheeu.com: Treffen von "Head of Trade Cabinet" Maria Asenius mit dem Cefic Executive Committee - 4. Dezember 2014, 12.15-13.00
37. ↑ Offiziell an CEO freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf asktheeu.com: GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13 "Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09 /09/2015"
38. ↑ Rede von Hubert Mandery vom 12 Mai 2015, Cefic Webseite, archiviert am 29.12.2015, zuletzt aufgerufen am 6.9.2015
39. ↑ Offiziell an CEO freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf asktheeu.com: GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13. Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09 /09/2015
40. ↑ LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel. LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 28
41. ↑ Siehe auch: Riss, Jorgo: Chemical Warfare - the lobbying battle on REACH. In: Bursting the Brussels Bubble. The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Alter-EU (Hg). Brüssel 2010. Seiten 33 - 47
42. ↑ Chemielobby macht Druck auf Bundesregierung, lobbycontrol.de am 30.11.2006, abgerufen am 21.11.18
43. ↑ Lobbyismus in der EU Immer erst die Industrie fragen, Bericht von Lobbycontrol vom über die Studie eines Forscherteams der britischen Universität Bath, Webseite Lobbycontrol, 23. März 2010, zuletzt abgerufen am 31. August 2016
44. ↑ Research Article: "Working the System"—British American Tobacco's Influence on the European Union Treaty and Its Implications for Policy: An Analysis of Internal Tobacco Industry Documents, Webseite "journals.plos.org", hier besonders "Box 2", 12. Januar 2012, zuletzt aufgerufen am 05.12.18
45. ↑ Studie TOXIC LOBBY - How the chemicals industry is trying to kill REACH (pdf), Greenpeace International, Mai 2006, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
46. ↑ Bulldozing REACH - the industry offensive to crush EU chemicals regulation Corporate Europe Observatory, März 2005, archiviert am 8.1.2009, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
47. ↑ A match made in hell Corporate Europe Observatory am 27.04.17, abgerufen am 23.11.18
48. ↑ Monsanto banned from European Parliament the Guardian am 28.09.17, abgerufen am 23.11.18
49. ↑ Cefic Members, Webseite Cefic, abgerufen am 05.12.2018

50. ↑ [http:// EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM](#)
51. ↑ [Members of EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access](#)
52. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 May 2015](#), Cefic-Internetseite, zuletzt aufgerufen am 4.12.2018

Mercedes-Benz

Die **Mercedes-Benz Group AG**, zuvor Daimler AG, ist einer der größten Automobilhersteller der Welt. Im Jahr 2021 hatte Mercedes-Benz einen Umsatz von 167,9 Mrd. EUR und beschäftigte 172.425 Mitarbeiter:innen.^[1] Ebenso wie andere Autokonzerne setzt Mercedes-Benz bei seiner Lobbyarbeit auf engen Kontakt zur Spaltenpolitik. Hierzu dienen Gespräche mit Mitgliedern der Bundesregierung, Staatssekretär:innen, EU-Kommissar:innen sowie Abgeordneten des Bundestags und des EU-Parlaments. Seit November 2013 ist [Eckart von Klaeden](#) (CDU) Cheflobbyist von Mercedes-Benz. Zuvor war er Staatsminister im [Bundeskanzleramt](#).

Mercedes-Benz Group

Rechtsform	Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich	Automobilbranche
Gründungsdatum	1998
Hauptsitz	Stuttgart
Lobbybüro	Rue Froissart 133, B-1040 Brüssel
Webadresse	group.mercedes-benz.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	36
1.1 Lobbyisten	36
1.2 Seitenwechsler	36
1.3 Mitgliedschaften	36
1.4 Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel	37
1.5 Auf EU-Ebene relevante Mitgliedschaften	38
1.6 Parteispenden	38
2 Fallbeispiele und Kritik	39
2.1 Formelle und informelle Treffen	39
2.2 Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung	39
2.3 Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor	40
2.4 Lobbyisten bremsten geplante effektive Diesel-Abgastests aus	40
2.5 Schulmaterial und Aktionen mit Genius	40
2.6 Verdeckte PR: "Tramp a Benz"	41
2.7 BigBrotherAward	41
2.8 Lobbyist:innen in Ministerien	41
2.9 Bundesbeamt:innen bei DaimlerChrysler	42
3 Geschäftstätigkeit	42
4 Personal und Organisation	42
4.1 Vorstand	42
4.2 Aufsichtsrat	42
5 Anteilseigner	42
6 Geschichte	43
7 Weiterführende Informationen	43
8 Einzelnachweise	43

Lobbystrategien und Einfluss

Die deutsche Autolobby gehört zu den mächtigsten und einflussreichsten Lobby-Akteuren in Deutschland und besitzt besonders enge Kontakte zur Politik. Sinnbild dafür sind zahlreiche Seitenwechsler:innen, die aus vorherigen politischen Ämtern u.a. auch zu Mercedes-Benz gewechselt sind, sowie Mercedes-Benz' Mitgliedschaften in zahlreichen Verbänden, wie beispielsweise dem Verband der Automobilindustrie ([VDA](#)).

Lobbyisten

- [Eckart von Klaeden](#), Vice President, Head of External Affairs, Vorstandsvorsitzender des [Forum Ebenhausen](#) (Freundeskreis der [Stiftung Wissenschaft und Politik](#)), von 10/2009 - 09/2013 Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, ehem. Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mike Reichert, Director for Government Relations Berlin and European Affairs
- Holger Krahmer, Head of EU Affairs - Automotive

Seitenwechsler

- [Eckart von Klaeden](#) (CDU): Vom Staatsminister bei der Bundeskanzlerin zum Mercedes-Benz-Cheflobbyisten (2013)
- Martin Jäger (CDU): Vom Außenministerium zum Mercedes-Benz-Cheflobbyisten (2008), dann deutscher Botschafter in Afghanistan (2013), dann Wechsel zum [Bundesministerium der Finanzen](#) als Sprecher (2014), 10/2016 bis 2018 Staatssekretär Innenministerium Baden-Württemberg, März 2018 bis September 2021 [Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit](#)
- Dieter Spöri (SPD): Vom baden-württembergischen Wirtschaftsminister (bis 1996) zum Cheflobbyisten (1999-2008)
- Holger Krahmer (FDP): 2004 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 2019 Head of EU Affairs bei Mercedes-Benz
- Daniel Mack (Grüne): 2012 bis 2013 Abgeordneter des hessischen Landtags, seit dem 01.01.2020 Leiter der Verkehrs-, Umwelt- und Digitalpolitik im Berliner Büro von Mercedes-Benz

Quellen: [\[2\]](#)[\[3\]](#)[\[4\]](#)[\[5\]](#)[\[6\]](#)[\[7\]](#)

Mitgliedschaften

Darüber hinaus übt Mercedes-Benz über Mitgliedschaften in zahlreichen Interessengruppen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse in Deutschland aus. So ist Mercedes-Benz unter anderem in folgenden Verbänden organisiert:

- AmCham American Chamber of Commerce in Germany e.V.
- [Atlantik-Brücke](#) e.V.
- Bundesverband Taxi und Mietwagen e.V.
- Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR) e.V.
- Deutscher Wasserstoff- u. Brennstoffzellenverband (DWV) e.V.
- Deutsches Verkehrsforum e.V.
- Deutscher Feuerwehrverband e.V.

- econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.
- Frauen in die Aufsichtsräte e.V. (FidAR)
- International Chamber of Commerce Deutschland (ICC) e.V.
- Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Transparency International Deutschland e.V.
- [VDA](#) Verband der Automobilindustrie e.V.
- VDMA Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.
- [Wirtschaftsforum der SPD](#) e.V.
- [Wirtschaftsrat der CDU](#) e.V.
- [Adlerkreis](#) (Persönliche Mitgliedschaft des Leiters des Bereichs External Affairs im Rahmen der Unternehmensfunktion)
- [Collegium](#) (Persönliche Mitgliedschaft des Leiters des Bereiches External Affairs Berlin im Rahmen der Unternehmensfunktion)

Quelle: [\[8\]](#)

Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel

Auch auf EU-Ebene nehmen die Autobauer über "Expertengruppen" und ihre Verbände direkten Einfluss auf die Gesetzgebung in Kommission und Parlament. [\[9\]](#) So erhielt die VW-Tochter Porsche 2007 gemeinsam mit [Daimler](#) und [BMW](#) für eine gemeinsame Kampagne, deren Ziel die Verwässerung und Verzögerung von verpflichtenden CO2-Reduktionszielen war, den „Worst EU Lobbying“ Award.[\[10\]](#)

Lobbyausgaben, Lobbyist:innen und Zahl der Treffen mit der EU-Kommission

Unternehmen /Verband	Ausgaben für Lobbytätigkeit in der EU in Mio. Euro	Zahl der akkreditierten Lobbyist:innen	Zahl der Lobbyist: innen (Vollzeitäquivalent)	Zahl der Treffen mit der EU- Kommission
Volkswagen AG	3,13	4	19,25	81
Mercedes-Benz	2,13	5	8,5	44
BMW	1,38	0	4,5	63
Verband der Automobilindustrie (VDA)	1,63	0	13	50
Summe	8,27	9	45,25	238

Quellen: [\[11\]](#)[\[12\]](#)[\[13\]](#)[\[14\]](#) (Stand der Angaben: 09/2021)

Anmerkungen:

(1) Ausgaben für Lobbytätigkeit: Bei von-bis-Angaben wird der Mittelwert genannt. Die Lobbyausgaben werden pro Jahr angegeben: Volkswagen AG (2019), Mercedes-Benz (2020), BMW (2020), VDA (2019).

(2) Lobbyist:innen: Im [EU Transparenz-Register](#) wird die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen und die Zahl der Lobbyist:innen (absolut und umgerechnet auf Vollzeitstellen) veröffentlicht. Die Anzahl der akkreditierten Lobbyist:innen entspricht hierbei denen, die einen Ausweis und somit Zugang zum EU-

Parlament haben. Laut Erläuterungen bei [LobbyFacts](#) ist die Zahl der akkreditierten Lobbyist:innen eine exakte Größe, die aus Unterlagen des EU-Parlaments ermittelt wird. In ihr sind jedoch die nicht-akkreditierten Lobbyist:innen nicht enthalten. Die Zahl der Lobbyist:innen wird aufgrund der Angaben der betreffenden Organisationen ermittelt und ist nicht durchgehend genau, weil die Zahl der an der Lobbyarbeit beteiligten Personen oft nach unterschiedlichen Kriterien berechnet wird. Die Zahl der Lobbyist:innen kann deshalb nur näherungsweise angegeben werden.

Auf EU-Ebene relevante Mitgliedschaften

Organisationen und Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission: GEAR2030 Working Groups and Project Teams sowie WLTP, LDV RDE, 96/53 Directive („weights and dimensions for trucks“)

Verbände und Netzwerke:

- European Automobile Manufacturers Association (ACEA)
- European Council for Automotive (EUCAR)
- Verband der Automobilindustrie (VDA)
- American Chamber of Commerce to the European Union (AmCham EU)
- Businesseurope
- BDA
- BDI
- Transatlantic Policy Network (TPN)

Quelle: [\[15\]](#)

Parteispenden

Mercedes-Benz gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendete der Konzern insgesamt 7.443.471,98 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Spenden verteilen sich von 2009 bis 2018 wie folgt:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2009	150.000	40.000	150.000	45.000	40.000	425.000
2010	150.000	40.000	167.331,24	45.000	40.000	442.331,24
2011	150.000	45.000	150.000	45.000	45.000	435.000
2012	150.000	45.000	150.000	45.000	45.000	435.000
2013	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
2014	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
2015	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
2016	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
2017	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
2018	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
Summe	1.200.000	410.00	1.217.331,2	420.00	410.00	3.657.331,2
	0	0	4	0	0	4

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Im April 2019 teilte der Konzern mit, 2019 keine Parteispenden zu tätigen. [16] Die Entscheidung wurde von den Schatzmeistern der CSU [17] und der FDP [18] öffentlich scharf kritisiert. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Thomas Bareiß (CDU) nannte die Entscheidung "verantwortungslos, Demokratie gefährdend und dumm" [19] LobbyControl wies in der Debatte darauf hin, dass diese Entscheidung möglicherweise gar keinen Rückzug aus der Parteienfinanzierung bedeute, sondern lediglich eine Umstellung auf das intransparente [Parteisponsoring](#), die [BMW](#) und [Volkswagen](#) bereits vor Jahren vollzogen haben. [20]

Fallbeispiele und Kritik

Formelle und informelle Treffen

Für die Autolobby im Allgemeinen sowie auch für Mercedes-Benz im Speziellen sind zahlreiche Seitenwechsler:innen tätig, welche privilegierte Zugänge zu politischen Entscheidungsträger:innen besitzen. So traf sich zum Beispiel Eckart von Klaeden, wie eine Recherche von abgeordnetenwatch und Zeit-Online nachweist, in der Legislaturperiode zwischen 2017 und 2021 77 Mal mit Bundesminister:innen und Staatssekretär:innen und belegt somit in einem Ranking der am eifrigsten lobbyierenden Seitenwechsler:innen im genannten Zeitraum den dritten Platz. [21][22] Thomas Bareiß, 2018 bis 2021 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, lud für den 16.10.2019 neben weiteren Personen auch von Klaeden zu einem „weiteren kleinen und ungezwungenen Abendessen und Gedankenaustausch“ bei sich zu Hause „im vertraulichen und gleichgesinnten Rahmen“ ein. Den privaten Charakter des Treffens illustriert auch die für die Einladung gewählte Anrede „Liebe Kollegen und Freunde“. [23] Von Klaeden nahm an diesem Abendessen teil. [24]

Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung

Einem Bericht des Thinktanks *InfluenceMap* zufolge, hat sich die deutsche Automobilindustrie mit Lobbyarbeit und „grünen“ PR-Kampagnen gegen Klimaregulierungen auf deutscher und europäischer Ebene eingesetzt. Den drei größten Autobauern, BMW, [Volkswagen](#) und Mercedes-Benz sowie den Industrieverbänden, [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA) und [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA), stehe dabei ein jährliches Lobbybudget von 10 Millionen € zur Verfügung. Die Positionen von Unternehmen und Verbänden unterscheiden sich jedoch grundlegend, wie am Beispiel von VW deutlich wird. Während VW eine zunehmend aufgeschlossene Position im Bereich Klimaschutzregulierung vertrete, würden BMW, der VDA und der ACEA mit Lobbyarbeit versuchen, klimapolitisch wirksame Maßnahmen, wie Emissionsstandards oder einen Ausstieg des Verbrennungsmotors zu schwächen. [25] So hatte sich etwa der BMW-Vorstandsvorsitzende und gleichzeitiger Präsident des ACEA, [Oliver Zipse](#), bei einem Treffen mit der EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean gegen Vorschriften zur Abschaffung des Verbrennungsmotors ausgesprochen. [26] Diese Haltung widerspreche dem Inhalt von PR-Kampagnen, in denen BMW mit

„nachhaltiger Mobilität“ wirbt, so die Kritik in dem Bericht. Auch der VDA hatte sich in einem Schreiben an den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans, ausdrücklich gegen ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor positioniert. [27] Insgesamt könnten sich vereinzelt positive Anstrengungen der deutschen Autobauer im Bereich Klimaschutz nicht durchsetzen, wenn sich die Industrieverbände des VDA und des ACEA, welche die Interessen der deutschen Autokonzerne vertreten, diesen entgegenwirken. [28][29]

Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor

Mercedes-Benz war einer der Gründer des Lobbyvereins Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT), der fragwürdige Experimente in Auftrag gegeben hat, um die angebliche Unbedenklichkeit von Dieselabgasen zu beweisen. [30]

Lobbyisten bremsten geplante effektive Diesel-Abgastests aus

Laut einem Bericht des „Spiegel“ haben sich Mercedes-Benz-Cheflobbyist Eckart von Klaeden und der damalige VDA-Präsident Matthias Wissmann im Frühjahr 2015 im Bundeskanzleramt erfolgreich gegen strenge Abgastest bei Diesel eingesetzt, die die EU-Kommission gefordert hatte. [31] Diese wollte die Autos vor der Zulassung nicht mehr nur auf dem Prüfstand testen, sondern auf der Straße mit dem „Real Driving Emissions“ (RDE)-Messverfahren. In einer E-Mail vom 18. März 2015 an seinen alten Kollegen, den Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundeskanzleramt, warnte Eckart von Klaeden: „Was zunächst wie eine untergeordnete technische Entscheidung klingt, kann enorme Konsequenzen für die Automobilindustrie im Hinblick auf die zukünftige Nutzung von Dieselmotoren haben“. Der Entwurf der Kommission könnte nicht akzeptiert werden. Auch VDA-Präsident Matthias Wissmann schrieb eine E-Mail an Kanzleramtsminister Peter Altmaier („lieber Peter“) mit dem Ziel, das Regulierungsvorhaben der EU zu bremsen. Altmaier erhielt daraufhin von seinen Beamten eine „Stellungnahme“, in der es hieß, man werde das Umweltministerium und das Verkehrsministerium „bitte“, bei der Sitzung in Brüssel „explizit die von VDA/Daimler geäußerte Befürchtung“ zu den Messverfahren „anzusprechen“ und das von Wissmann geforderte „realistische Gesamtkonzept“ bei den „weiteren Diskussionen berücksichtigen“. Innerhalb von 24 Stunden änderte die Bundesregierung ihre Haltung. In dem Vorschlag Deutschlands für die Sitzung des Technischen Ausschusses in Brüssel am 24. März 2015 war das konkrete Datum für die Einführung strenger Abgastests erst einmal verschwunden. Bei der eigentlichen Entscheidung im Herbst 2015 kam die Bundesregierung den Herstellern weit entgegen.

Quelle: [32]

Schulmaterial und Aktionen mit Genius

Mercedes-Benz ist mit seinem Bildungsprogramm **Genius** auch an Schulen aktiv. Es werden Schulmaterialien mit Präferenz für Individualverkehr und Auto verbreitet und Fahrtrainings (genannt "RoadSense") für Schüler zwischen 13 und 14 Jahren mit Mercedes-Benz-Autos durchgeführt. [33] Außerdem gibt es Workshops in der Ravensburger Kinderwelt. [34] oder im Europa Park [35]

Verdeckte PR: "Tramp a Benz"

Im März 2011 sprach der deutsche PR-Rat eine Rüge gegen Mercedes-Benz, **Jung von Matt** und Stefan Gbureck aus, die sich auf deren verdeckte PR bezüglich der Internetaktion "Tramp a Benz" richtete. So wirkte der Blog nach außen als eine persönliche Aktion und es wurde nicht ersichtlich wer dahinter steckt. Der Blogger Stefan Gbureck stellte sich als einziger Urheber einer vermeintlichen Kunstaktion dar, jedoch wurde er von Mercedes-Benz beauftragt und finanziell unterstützt. Ebenso bei der Umsetzung unterstützt wurde der Blogger durch Jung von Matt, den eigentlichen Urheber. [\[36\]](#)

BigBrotherAward

2011 erhielt Mercedes-Benz den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage wegen der Forderung von Bluttests von Produktionsmitarbeitenden. [\[37\]](#)

Lobbyist:innen in Ministerien

Mercedes-Benz hatte Mitarbeitende im Verkehrs-, Wirtschafts- und Außenministerium; in letztgenanntem war im Zuge des sog. **Austauschprogramms** auch ein Beamter des Außenministeriums bei dem Automobilhersteller, der ihn nach dieser Zeit direkt anstellte.

Lobbyist:innen im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer, mindestens zwischen 2001 und 2003. [38]
Mitarbeitende	Leiter der Abteilung Konzernstrategie-Verkehrspolitik bei DaimlerChrysler, Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	Zum Zeitpunkt der Vergabe des Milliardenauftrags für die LKW-Maut, bei dem DaimlerChrysler zum Bewerberkonsortium gehörte, hatte der Mitarbeiter einen eigenen Schreibtisch im Ministerium und Zugang zu vertraulichen Informationen, Referenten und dem Referatsleiter

Die Journalisten Sascha Adamek und Kim Otto beschreiben in ihrem Buch "Der gekauft Staat" den Einsatz des von Dr.-ing. Heinrich Osterloh im Verkehrsministerium. Zentral ist dabei die Frage, ob er Einfluss auf die Vergabe des Auftrags für die LKW-Maut an das Konsortium aus DaimlerChrysler und Telekom namens "Toll Collect" hatte. Hierzu sind die Angaben widersprüchlich: Laut BMVBS hatte er Kontakt zum zuständigen Referatsleiter, wobei DaimlerChrysler dieser Aussage widerspricht. Bereits 2001 war Osterloh Mitarbeiter einer Monitoringgruppe des Bundesverkehrsministeriums, die im November 2001 eine Studie zum Thema Maut veröffentlichte und dem Ministerium empfahl, die Vernetzung der Verkehrsträger zu beschleunigen. Während seiner Zeit im Ministerium erhielt Toll Collect den Zuschlag, wobei andere Bieter benachteiligt wurden, wie Adamek und Otto mit Verweis auf auf das OLG Düsseldorf darstellen.

Lobbyist:innen im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer ab 01.03.2006 bis spätestens Oktober 2007 [39]
Mitarbeitende	Holger Meinel, Daimler-Chrysler Manager und Teilnehmer am Austauschprogramm Seitenwechsel.economy: Seitenwechsel - Schreibtisch Tauschen, abgerufen 27.09.2011 Mitarbeit im Grundsatzreferat der Innovations- und Technologiepolitik. Im Gegensatz zu anderen Lobbyist:innen äußert er sich öffentlich auf der Homepage der

Bearbeitete Themen	Bundesregierung über das Programm. In seinen Äußerungen wird klar, dass es darum gehe, "den Staat zu bewegen" und Politik zu machen. Der Artikel erklärt außerdem, das "Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollständig in das Tagesgeschäft eingebunden werden" und "[...] in dieser Zeit von ihrer Heimatinstitution weiter ihr Gehalt [erhalten]". [40]
---------------------------	---

Bundesbeamt:innen bei DaimlerChrysler

2006 war ein Beschäftigter des Auswärtigen Amtes bei DaimlerChrysler. [\[41\]](#) DaimlerChrysler hat aktiv am Austauschprogramm mit der Bundesregierung und den Bundesministerien teilgenommen, in dessen Zuge über 100 Konzernmitarbeitende teilweise über Jahre in Ministerien gearbeitet haben. Demgegenüber stehen lediglich zwölf Beamte:innen, einer davon bei DaimlerChrysler. Sein Wissen über politische und administrative Abläufe scheint sich für den Konzern ausgezahlt zu haben, denn er wurde anschließend in ein wohl besser vergütetes reguläres Beschäftigungsverhältnis bei Daimler übernommen. [\[42\]](#)

Lobbyist:innen im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2007 [43] [44]
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	k.A.

Geschäftstätigkeit

Die Geschäftsfelder der Mercedes-Benz-Group AG bestehen aus der [Mercedes-Benz AG](#) und der [Mercedes-Benz Mobility AG](#).

Personal und Organisation

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender des Vorstands ist Ola Källenius

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat ist [hier](#) abrufbar. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist Bernd Pischetsrieder

Anteilseigner

Die größten Anteilseigner sind:

- chinesischer Investor Li Shufu (Tenaciou3 Prospect Investment Limited): 9,69 %
- Staatsfonds von Kuwait (Kuwait Investment Authority): 6,84%
- chinesische BAIC-Group (größter Einzelaktionär): 9,98%

Quelle: [\[45\]](#)

Geschichte

Die Vorgängerorganisation der Daimler AG war die 1926 gegründete Daimler-Benz Aktiengesellschaft. 1998 entstand durch die Fusion mit der US-amerikanischen Chrysler AG die DaimlerChrysler AG. 2007 trennte sich Daimler von Chrysler und benannte sich in Daimler AG um. Seit dem 01.02.2022 heißt der Konzern nach der Abspaltung des LKW-Geschäfts Mercedes-Benz Group AG. [46]

Weiterführende Informationen

[Schwarzbuch Autolobby 2 von Greenpeace, 15.04.2016](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Geschäftsbericht 2021](#) group.mercedes-benz.com, abgerufen am 06.05.2022
2. ↑ [Schwarzbuch Autolobby](#), 2016, greenpeace.de, abgerufen am 28.07.2017
3. ↑ [Strobl verliert wichtigsten Mitarbeiter](#), FAZ vom 16.03.2018, abgerufen am 06.05.2022
4. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 06.05.2022
5. ↑ [LinkedIn-Profile von Holger Krahmer](#), abgerufen am 06.05.2022
6. ↑ [Daniel Mack](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 10.05.2022
7. ↑ [Mack leitet Digitalpolitik bei Daimler](#), politik-kommunikation.de vom 24.02.2020, abgerufen am 10.05.2022
8. ↑ [Mercedes-Benz Group AG](#), lobbyregister.bundestag.de vom 07.04.2022, abgerufen am 30.05.2022
9. ↑ [Die Macht der deutschen Autolobby in Brüssel](#), lobbycontrol.de vom 21.09.2015, abgerufen am 15.10.2015
10. ↑ [Die Gewinner der Worst Eu Lobbying Awards sind...](#), lobbycontrol.de vom 04.12.2007, abgerufen am 27.07.2017
11. ↑ [Volkswagen Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
12. ↑ [Daimler Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
13. ↑ [Bayerische Motorenwerke Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
14. ↑ [Verband der Automobilindustrie](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
15. ↑ [EU Transparenz-Register](#), abgerufen am 06.08.2017
16. ↑ [Daimler streicht Parteispenden Manager Magazin](#) vom 21.4.2019
17. ↑ „[Daimler leistet einen Beitrag zur Schwächung der Demokratie](#)“ Welt vom 24.4.2019
18. ↑ [Hermann-Otto Solms rügt Parteispenden-Stopp durch Daimler](#) Welt vom 25.4.2019
19. ↑ [CDU-Politiker nennt Daimler "verantwortungslos"](#) t-online.de vom 23.4.2019, abgerufen am 30.5.2022
20. ↑ „[Unternehmen betreiben politische Landschaftspflege](#)“ Cicero vom 24.4.2019
21. ↑ [Wie Sigmar Gabriel für die Deutsche Bank lobbyierte](#) Zeit-Online vom 08.09.2021
22. ↑ [Sigmar Gabriel lobbyierte bei Merkel für die Deutsche Bank](#) abgeordnetenwatch.de vom 07.09.2021
23. ↑ [Einladung Abendessen PSt Thomas Bareiß 16.10.19](#) fragdenstaat.de abgerufen am 10.05.2022
24. ↑ [Wie Sigmar Gabriel für die Deutsche Bank lobbyierte](#) Zeit-Online vom 08.09.2021
25. ↑ https://influencemap.org/evoke/14054/file_proxy German Automakers and Climate Policy. German automakers dominate the fight to weaken climate regulation. An InfluenceMap Report, November 2021. S. 13f.
26. ↑ [ebd.](#), S. 4

27. ↑ ebd., S. 13
28. ↑ Deutsche Autobauer dominieren den Kampf gegen nationale und europäische Klimaregulierung influencemap.org, abgerufen am 18.11.2021
29. ↑ Thinktank: Deutsche Autobauer bremsen Verkehrswende aus n-tv.de, vom 11.11.2021, abgerufen am 18.11.2021
30. ↑ Bundesregierung muß Autolobby endlich besser kontrollieren, lobbycontrol.de vom 29.01.2018, abgerufen am 04.02.2018
31. ↑ Ex-Staatsminister beeinflusste Kanzleramt im Auftrag von Daimler, spiegel.de vom 04.08.2017
32. ↑ Die dunkle Seite der Macht, Der Spiegel, 32/2017, S. 13 f.
33. ↑ Seite RoadSense, group-media.mercedes-benz.com vom 12.07.2010, abgerufen am 06.05. 2022
34. ↑ Seite Ravensburger Kinderwelt, Stand: 2.09.2013
35. ↑ Seite von Kooperationspartnern bei Daimler, Stand: 2.09.2013
36. ↑ drpr Ratsspruch 03/2011, abgerufen am 4.4.2017
37. ↑ bigbrotherawards.de Preisträger 2011, abgerufen am 09.05.2017
38. ↑ Adamek, Sascha/ Otto,Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch, S. 147ff
39. ↑ Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie auf die Frage nach dem Einsatz von Beschäftigten aus Unternehmen und Verbänden im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie von Lobbycontrol vom 21.11.2007, Stand: 01.11.2007
40. ↑ Adamek, Sascha/ Otto,Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch, S. 158
41. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Grünen-Faktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
42. ↑ Adamek, Sascha/Otto,Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch, S. 159 f.
43. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der FDP-Faktion zu "Monitor"-Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
44. ↑ Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie auf die Frage nach dem Einsatz von Beschäftigten aus Unternehmen und Verbänden im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vom 21.11.2007, Stand: 01.11.2007
45. ↑ Aktionäre der Mercedes-Benz Group AG im Überblick, group.mercedes-benz.com, abgerufen am 06.05.2022
46. ↑ Aus Daimler wird Mercedes-Benz Group, tagesschau.de vom 01.02.2022, abgerufen am 10.05.2022

BDI

Weiterleitung nach:

- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#)

E.ON

E.ON

E.ON ist Deutschlands größter Energiekonzern. Er ist im Jahr 2000 aus einer Fusion der Mischkonzerne Viag und VEBA entstanden. Der Unternehmenssitz ist Essen. Von allen deutschen Energiekonzernen betrieb E.ON die meisten Atomkraftwerke.^[1] 2014 gab der Konzern bekannt, sein Geschäft mit konventioneller Energieerzeugung abzugeben und sich stattdessen auf erneuerbare Energien zu konzentrieren.^[2] 2022 sind noch drei Atomkraftwerke am deutschen Netz, eines davon gehört E.ON.^[3]

2019/2020 fand ein Konzernumbau statt. E.ON und RWE vereinbarten, die frühere RWE-Tochter Innogy untereinander aufzuteilen. RWE erhält die erneuerbaren Energien sowohl von Innogy als auch von E.ON. E.ON behält die Sparten Netze und Vertrieb.^{[4][5]}

E.ON	
Rechtsform	Aktiengesellschaft (AG)
Tätigkeitsbereich	Energiebranche
Gründungsdatum	16. Juni 2000
Hauptsitz	Brüsseler Platz 1 45131 Essen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60 1000 Brüssel
Webadresse	eon.com

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsbereiche	45
2 Lobbystrategien und Einfluss	46
3 Kontakte zu Instituten	46
3.1 Forschungsinstitut für Energie	46
3.2 Energiewirtschaftliches Institut (EWI)	46
4 Fallbeispiele und Kritik	46
4.1 Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise	46
4.2 Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen	47
4.3 Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen	48
4.4 Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht	49
4.5 Bildungsinitiative 3malE	49
4.6 Lobbyisten in Ministerien	49
5 Organisationsstruktur und Personal	49
5.1 Der Vorstand	50
5.2 Lobbyisten	50
6 Weiterführende Informationen	50
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
8 Einelnachweise	50

Geschäftsbereiche

Das Kerngeschäft besteht aus den Geschäftsbereichen Energienetze und Kundenlösungen.

E.ON ist einer der größten europäischen Betreiber von Energienetzen und der größte Verteilnetzbetreiber in Deutschland.^[6] Welche Vorgaben bei Konzessionsverträgen für Strom und Gas in Deutschland zu beachten sind, ist dem [Gemeinsamen Leitfaden von Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur zur Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen und zum Wechsel des Konzessionsnehmers](#) zu entnehmen.

Der Geschäftsbereich Kundenlösungen umfasst die Versorgung der Kunden in Europa (ohne die Türkei) mit Strom, Gas und Wärme und bietet Produkte und Dienstleistungen, u.a. zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieautarkie an.^[7] Das „Energy Infrastructure Solutions“- Geschäft umfasst die Aktivitäten zur Dekarbonisierung von E.ONs Geschäfts- und Industrikunden, wie z.B. Projekte für Quartierslösungen und Fernwärme.

Lobbystrategien und Einfluss

Der Konzern kann auf gute Kontakte zur Politik bauen. Sowohl während der schwarz-gelben Bundesregierung von 2009-2013 als auch während der großen Koalition von 2013-2021 gehörte E.ON-Chef Johannes Teyssen zu den Personen, die sich am häufigsten mit Deutschen Spitzenpolitikern trafen.^{[8][9]}

Laut der freiwilligen Auskunft im [Lobbyregister der EU](#) hat E.ON im Geschäftsjahr 2021 zwischen 1.250.000 - bis 1.499.999 Euro für die Lobbyarbeit bei den EU-Organen ausgegeben und hält 2022 fünf Pässe zum EU-Parlament.^[10] Im deutschen Lobbyregister gibt E.ON an (Stand: 28.02.2022), im Jahr 2021 3.040.001 bis 3.050.000 Euro auszugeben und 11 bis 20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[11]

Kontakte zu Instituten

Forschungsinstitut für Energie

E.ON stiftete für das Forschungsinstitut für Energie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen 40 Millionen Euro und finanziert damit gleich fünf Professuren des Instituts. Einer davon ist [Bruno Thomauske](#), Professor für das Fach "Nuklearer Brennstoffkreislauf". Früher war er bei [Vattenfall](#) – später liefert er entscheidende Gutachten für die Bundesregierung über das Atomendlager Gorleben.^[12]

Energiewirtschaftliches Institut (EWI)

E.ON ist Mitglied des Fördervereins des [EWI](#), der einen einen wesentlichen Einfluss auf die Struktur und Ausrichtung des EWI hat.^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise

2023 hat das Bundeskartellamt Verfahren wegen des Verdachts überhöhter Fernwärmepreise gegen die sieben folgenden Versorgungsunternehmen eingeleitet: Dalkia GmbH, Hamburg; Danpower Energie Service GmbH, Potsdam; Energie SaarLor Lux AG, Saarbrücken; E.ON Hanse Wärme GmbH, Hamburg; RWE Energiedienstleistungen GmbH, Dortmund (früher: ExxonMobil/Favorit Fernwärme GmbH); Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig; Stadtwerke Rostock AG, Rostock.^[14]

Seitenwechsel und kritikwürdige Einflussnahme auf energiepolitische Entscheidungen

Walter Hohlefelder und Gerald Hennenhöfer

In den verschiedenen Debatten um die Zukunft der deutschen Atomkraft war E.ON stets an höchster Stelle beteiligt. Den rot-grünen „Atomausstieg“ verhandelten im Jahr 2000 für E.ON u.a. Walter Hohlefelder und **Gerald Hennenhöfer** - zwei Personen, die zuvor hintereinander die Abteilung „Reaktorsicherheit“ im Bundesumweltministerium geleitet hatten. Beide wechselten von der Position als "Deutschlands oberster Atomaufseher"^[15] in führende Posten der Vorgängerkonzerne von E.ON. Auf staatlicher Seite verhandelte Alfred Tacke, der wiederum später in die Energiewirtschaft wechselte (siehe unten). Das Ergebnis war ein Vertrag, der von Hohlefelder und Hennenhöfer federführend mitgeschrieben und von den Bundestagsabgeordneten nur noch abgenickt wurde.^[16]

Hennenhöfer wechselte 2009 unter viel Kritik abermals die Seiten und kehrte in das Umweltministerium unter Norbert Röttgen zurück. Die Deutsche Umwelthilfe sah darin einen Verstoß gegen beamtenrechtliche Vorschriften,^[17] da die Atomaufsicht nun von einem Atomlobbyisten geleitet wurde. Ein SPD-Politiker äußerte Befürchtungen, dass die Personalie eine "Entscheidung zur ungebremsten Laufzeitverlängerung für alte Atomkraftwerke" darstelle und die Stromkonzerne nun keine staatlichen Sicherheitsbedenken mehr zu fürchten hätten.^[18] Tatsächlich setzte der ehemalige E.ON-Manager den Weiterbetrieb des Kraftwerks in Grafenrheinfeld durch, obwohl dort Gefahr durch einen Riss an einem Druckbehälter drohte.^[19] Als die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeitverlängerung mit den Energiekonzernen aushandelte, war Hennenhöfer ohne das Wissen seines Ministers maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt. Im Ausschuss, der sich mit den Schadensersatzklagen im Zuge des Atomausstiegs beschäftigte, wurde Hennenhöfer vorgeworfen, absichtlich rechtsfehlerhafte Begründungen für die Abschaltung von Atomkraftwerken durchgesetzt zu haben. So ignorierte er einen detaillierten Entwurf und leitete nur eine kurze Begründung an die Bundesländer weiter, auf deren Grundlage die Konzerne später Klagen einreichten.^[20]

Werner Müller und Alfred Tacke

2002 strebte E.ON die Übernahme des größten deutschen Gaskonzerns Ruhrgas AG an. Zunächst hatten Bundeskartellamt und Monopolkommission die Übernahme untersagt – es wurde ein Monopol im Gasgeschäft befürchtet. Doch das Wirtschaftsministerium setzte sich per Ministererlaubnis darüber hinweg. Da Wirtschaftsminister Werner Müller sich für befangen erklärte – er hatte zuvor für die E.ON-Vorgängerin Veba gearbeitet – überließ er seinem Staatssekretär Alfred Tacke die Entscheidung.^[21] Trotz heftiger Kritik wurde die "Ministererlaubnis" daraufhin erteilt. Tacke wechselte kurz nach dem Vorfall zu Gunsten von E.ON in den Vorstand der STEAG, einer Tochter der RAG AG, deren größter Aktionär zum damaligen Zeitpunkt E.ON war. Müller erhielt Mitte 2003 den Vorstandsvorsitz der RAG. Außerdem wurde später bekannt, dass er schon während seiner Amtszeit Rentenbezüge von E.ON erhielt.^[22]

Manfred Overhaus

2004 holte Werner Müller den ehemaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Manfred Overhaus, als Berater für Subventionsfragen zur RAG AG. Über eine Tochtergesellschaft erhält das Unternehmen Milliarden an öffentlichen Hilfen vom Staat. Als Regierungsbeamter hatte sich Overhaus zuvor vehement gegen staatliche Subventionen eingesetzt.^[23]

Joachim Lang

Auch der Cheflobbyist der Berliner E.ON-Repräsentanz, Joachim Lang, kam aus der Politik, als er 2007 zu E.ON wechselte: Er arbeitete 2006/2007 als Referatsleiter im Bundeskanzleramt. Zuvor war er langjähriger Mitarbeiter von Norbert Röttgen, dem damaligen Parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion im Bundestag und späteren Umweltminister.^[24]

Lobbykampagne für Laufzeitverlängerungen

Wie die *Tageszeitung* aufdeckte, versuchte E.ON gemeinsam mit anderen Energiekonzernen ab 2008 mit einer massiven Lobbykampagne Stimmung gegen den rot-grünen Atomkonsens zu erzeugen. Das Deutsche Atomforum, ein Zusammenschluss der Betreiber der deutschen Atomkraftwerke RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON, hatte die Lobbyagentur *Deekeling Arndt Advisors* beauftragt, bis zur Bundestagswahl 2009 einen Meinungsumschwung für die Atomkraft in Deutschland zu erreichen. Unter dem Slogan "Energieverantwortung für Deutschland" sollte eine Grundstimmung gegen die Begrenzung von Laufzeiten für Atomkraftwerke aufgebaut werden.^{[25][26]}

Die gewählten Strategien beinhalteten unter anderem:

- *Medienoffensive*: Platzierung der Botschaften in den wichtigsten Tageszeitungen; Verhinderung atomkritischer Berichterstattung; Zielgruppengespräche mit und Pressereisen für Journalisten
- *Expertenmeinungen*: Pro-Kernkraft-Thesen sollten in Interviews von meinungsstarken Dritt-Akteuren vertreten werden. Der Historiker Arnulf Baring dozierte bei einer Atomveranstaltung als scheinbar unparteiischer Gastredner - obwohl er von DAD beauftragt und die Rede inhaltlich von der Agentur vorbereitet wurde. Sein Vortrag wurde anschließend in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* platziert. Weiterhin wurde versucht, auf Informationsveranstaltungen Einfluss auf Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und religiösen Gemeinschaften zu nehmen.
- *Studien*: Joachim Schwalbach, Ökonomie-Professor der Berliner Humboldt-Universität, wurde mit der Studie "Gesellschaftsrendite der Kernenergie" im Umfang von 135.000 € beauftragt. Diese sollte vor der Bundestagswahl öffentlichkeitswirksam in den Medien platziert werden. Laut Aussage Schwalbachs wurde diese jedoch nie veröffentlicht, da er "nicht bereit war, ein Gefälligkeitsgutachten zu schreiben."^[27]
- *Erschließung neuer Zielgruppen*: Besonders Frauen und die "Junge Avantgarde" sollten durch die Kampagne angesprochen werden. So wurde die Organisation *Women in Nuclear* unterstützt, vergeblich versucht, Anzeigen in Frauenzeitschriften zu platzieren und eine "Verjüngung" und "Modernisierung" der Debatte um Atomkraft angestrebt.

Im Sommer 2010 erhöhte die Lobby den Druck auf die Bundesregierung mit der Anzeigenkampagne "Energiepolitischer Appell".^[28] Unter Leitung des *BDI* unterschrieben zahlreiche Wirtschaftsführer, wie etwa E.ON-Chef Johannes Teyssen, einen Appell, der die Koalition aus Union und FDP von der Notwendigkeit der Atomenergie überzeugen sollte. Wegen der geplanten Einführung einer Brennelementesteuer drohten die Energiekonzerne sogar mit einer sofortigen Abschaltung der Kernreaktoren.^[29]

Ende 2010 beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung schließlich die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Die Verhandlungen wurden als undemokratisch kritisiert, da sie im Geheimen und nur mit den Vertretern der vier großen Energiekonzerne stattfanden.^[30] Erst nach massivem Druck bekam die

Öffentlichkeit das Ergebnis der Absprachen zu sehen. Erst dann wurde sichtbar, dass der Vertrag die Interessen der Atomkonzerne weitreichend schützte.^[31] Die Bewertung der Vor- und Nachteile längerer Atomlaufzeiten stützte sich auf eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie. Diese wurde von [Marc Oliver Bettzüge](#) durchgeführt, Inhaber einer Stiftungsprofessur an der Universität Köln. Finanziert wird seine Professur durch einen Verband der deutschen Energiekonzerne, dessen Vizepräsident, E.ON-Chef Johannes Teyssen, sich für längere Kernkraftlaufzeiten eingesetzt hatte.^[32]

Der massive Lobbyeinsatz zahlte sich am Ende für E.ON nicht aus. Die Atomkatastrophe von Fukushima und der nachfolgende öffentliche Druck führten im Sommer 2011 zum Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung. Mehrere Klagen der Atomkonzerne waren die Folge. E.ON-Chef Johannes Teyssen und RWE-Chef Peter Terium schlugen im Februar 2014 vor, die Atomkraftwerke gleich einer "Bad Bank" in eine öffentliche Stiftung zu überführen.^[33] Kritiker befürchteten, dass nach diesem Modell, das Werner Müller im Mai 2015 noch einmal zur Diskussion brachte,^[34] am Ende die Steuerzahler für die "Ewigkeitskosten" haften.

Klage gegen Spanien vor privatem Schiedsgericht

Im August 2015 verklagte E.ON das Königreich Spanien vor einem privaten Schiedsgericht.^[35] Die Eurokrise hatte Spanien zu massiven Haushaltseinsparungen gezwungen, infolge derer 2011 die Subventionen für Ökostrom gesenkt werden mussten. Obwohl sich E.ON bereits zuvor aus Spanien zurückgezogen hatte,^[36] sah sich der Konzern im Recht, Schadensersatz für die veränderten Investitionsrahmenbedingungen zu verlangen. [LobbyControl kritisiert](#) dieses Vorgehen, besonders vor dem Hintergrund einer möglichen Implementierung privater Schiedsgerichtsverfahren im geplanten [TTIP-Abkommen](#).

Bildungsinitiative 3maLE

[Lobbyismus an Schulen](#) zählt zu den Lobbystrategien zahlreicher Unternehmen und Verbände. Die [Westenergie AG](#), ein vollständiges Tochterunternehmen von E.ON, betreibt daher die Bildungsinitiative 3maLE („entdecken, erforschen und erleben“), welche unter dem Motto "Bildung mit Energie" allgemeine Informationen zum Thema Energie sowie Karriereoptionen im Energiebereich präsentiert.^[37] Dabei richtet sich die Bildungsinitiative an verschiedene Altersgruppen: Mit Spielen, Experimenten, Videos, Exkursionen und Lernmaterial adressiert 3maLE explizit Kinder; die Initiative gibt an, Kindergärten, Kitas und Schulen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.^[38] Zugleich werden mit Informationen zu Berufseinstieg, dualem Studium und Ausbildung bei der Tochterfirma [Westnetz](#) auch Jugendliche und junge Erwachsene in den Blick genommen.^[39]

Lobbyisten in Ministerien

- [Lobbyist im Auswärtigen Amt](#)

→ zur Übersicht [Lobbyisten in Ministerien](#)

Organisationsstruktur und Personal

Die Holding des Konzerns ist die E.ON SE (die E.ON AG ist am 15. November 2012 in die E.ON SE umgewandelt worden)

Der Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Leonhard Birnbaum (CEO), Vizepräsident im Präsidium des [Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW) und Vizepräsident der Vereinigung der europäischen Elektrizitätswirtschaft (Eurelectric) sowie stellvertretender Vorsitzender des World Energy Council, Mitglied des Aufsichtsrats der Nord Stream AG
- Thomas König (Chief Operating Officer - Networks), verantwortet den Geschäftsbereich Energienetze

Lobbyisten

- Cheflobbyist ist Alexander Stechert-Mayerhöfer, Senior Vice President Public Affairs & Communications bei der innogy se (E.ON Group)
- Leiterin des Brüsseler Büros (Head of EU Representative Office) ist Susanne Rompel

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Hintergrund: Die vier AKW-Betreiber in Deutschland](#) diepresse vom 30.05.2011, abgerufen am 13.10.2022
2. ↑ [Eon gibt Atomenergie, Kohle und Gas auf](#) Süddeutsche Zeitung vom 01.12.2014, abgerufen am 13.10.2022
3. ↑ [Atomkraftwerke in Deutschland](#) bmuv.de, vom 03.01.2022, abgerufen am 13.10.2022.
4. ↑ [EON im Fokus: Ein Übergangsjahr für Deutschlands größten Stromversorger](#), finanznachrichten.de vom 27.11.2019, abgerufen am 13.10.2022
5. ↑ [Geplante Übernahme von Innogy](#), Pressemitteilung vom 16.01.2020, abgerufen am 13.10.2022
6. ↑ [Unsere Verteilnetze](#), eon.com, abgerufen am 05.03.2023
7. ↑ [Geschäftsbericht 2021](#), archiv.geschaeftsberichte-downlaod.de, abgerufen am 05.03.2023
8. ↑ [Offene Türen für Kohlelobbyisten](#) Kontext vom 04.12.2013, abgerufen am 13.10.2022
9. ↑ [Offene Türen für Kohle-Fans](#) Die Tageszeitung vom 10.09.2014, abgerufen am 13.10.2022
10. ↑ [EU-Lobbyregister, E.ON SE](#), abgerufen am 13.10.2022
11. ↑ [E.ON SE, lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 30.07.2022
12. ↑ [Die Atomlobby unterwandert Universitäten](#) Frankfurter Rundschau vom 02.11.2011, archiviert bei archive.org, abgerufen am 13.10.2022
13. ↑ <https://www.ewi-future-energy.de> future energy business - researched by EW, ewi-future-energy.de, abgerufen am 04.03.2023
14. ↑ [Bundeskartellamt prüft überhöhte Fernwärmepreise](#), bundeskartellamt.de vom 07.03.20023, abgerufen am 24.03.2023

15. ↑ [Energie und Macht](#), Berliner Zeitung vom 03.07.2007, abgerufen am 13.10.2022
16. ↑ "Die Frage war: ich oder sie?", Deutschlandradio Kultur vom 10.06.2011, abgerufen am 13.10.2022
17. ↑ [Früherer E.on-Mann Hennenhöfer darf nicht als Atomaufseher des Bundes arbeiten](#), Deutsche Umwelthilfe Dezember 2009, abgerufen am 13.10.2022
18. ↑ "Den Bock zum Gärtner gemacht", Frankfurter Rundschau vom 01.12.2009, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
19. ↑ [Merkels Altlast](#), Frankfurter Rundschau vom 12.09.2012, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
20. ↑ [Kritische Beamte stillgelegt](#), Tageszeitung vom 08.03.2015, abgerufen am 14.10.2022
21. ↑ „Ich bin nicht befangen, aber...“, Focus Magazin vom 25.02.2002, abgerufen am 14.10.2022
22. ↑ Werner Müller bezog als Minister [Eon-Rente](#), Berliner Zeitung vom 18.01.2005, abgerufen am 14.10.2022
23. ↑ [Overhaus berät die RAG](#), Handelsblatt vom 25.10.2004, abgerufen am 14.08.2015
24. ↑ [Wer lenkt die Lobbyisten?](#), PR Magazin 07/2011, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
25. ↑ [Die Geheimpapiere der Atomlobby](#) Die Tageszeitung vom 28.10.2011, abgerufen am 14.10.2022
26. ↑ [Kernenergie: Wie die Atomlobby den Ausstieg vom Ausstieg vorbereiten ließ](#) Spiegel Online vom 29.10.2011, abgerufen am 14.10.2022
27. ↑ [Der ehrbare Professor](#), Die Tageszeitung vom 28.10.2011, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
28. ↑ "Energiepolitischer Appell": BDI verpasst Merkel den Denkzettel, Spiegel Online vom 20.08.2010, abgerufen am 14.10.2022
29. ↑ [Die Energieriesen wollen die Regierung erpressen](#), Die Welt vom 15.08.10, abgerufen am 14.10.2022
30. ↑ [Atomabkommen verärgert Korruptionswächter](#), Zeit Online vom 10.09.2010, abgerufen am 14.10.2022
31. ↑ [Revolution mit geheimen Absprachen](#), Zeit Online vom 09.09.2010, abgerufen am 14.10.2022
32. ↑ [Wichtige Energiestudie: Regierungsgutachter steht Stromkonzernen nahe](#) Spiegel Online vom 27.08.2010, abgerufen am 14.10.2022
33. ↑ [Kanzleramt weiß seit Februar vom Thema Atom-«Bad Bank»](#), Süddeutsche Zeitung vom 21.05.2014, archiviert auf archive.org, abgerufen am 14.10.2022
34. ↑ [Müller schlägt AKW-Stiftung für Entsorgung vor](#), WirtschaftsWoche vom 30.05.2015, abgerufen am 14.10.2022
35. ↑ [ICSID Case Details](#), zuletzt abgerufen am 14.10.2022
36. ↑ [Warum Eon nun seine Töchter verkauft](#) Handelsblatt vom 28.11.2014, abgerufen am 14.10.2022
37. ↑ [Was ist 3male?](#), zuletzt abgerufen am 29.07.2022
38. ↑ Ebd.
39. ↑ [Berufseinstieg](#), zuletzt abgerufen am 29.07.2022

Siemens

Siemens

Lobbyisten in Ministerien

SIEMENS

Rechtsfor Aktiengesellschaft (AG)



- Überblick A-Z
- Problembeschreibung

Die Siemens AG ist die Muttergesellschaft eines in nahezu allen Ländern der Welt aktiven Technologiekonzern mit Fokus auf den Feldern Industrie, Infrastruktur, Mobilität und Gesundheit. Sie ist Mehrheitsaktionär von [Siemens Healthineers](#), einem weltweit führenden Anbieter von Medizintechnik, und hält eine Minderheitsbeteiligung an [Siemens Energy](#), einem weltweit führenden Unternehmen in der Energieübertragung und -erzeugung. Der Konzern betätigt sich in den folgenden Bereichen: Industrielles Geschäft (Digital Industries, Smart Infrastructure, Mobility und Siemens Healthineers) und Services (Siemens Financial Services, Siemens Real Estate, Global Business Services). Der Konzern erzielte 2023 einen Umsatz in Höhe von knapp 20 Mrd. Euro und beschäftigte rund 320 Tsd. Mitarbeiter. [\[1\]](#)

Siemens

m

Tätigkeit Technologiekonzern (Industrie, Infrastruktur, Mobilität, Gesundheit)

Gründung 1847

Gründungsdatum

Hauptsitz München, Berlin

Lobbybüro

Ort

Lobbybüro Avenue des Arts 20, Brüssel

Ort EU

Webadresse www.Siemens.de

SSE

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	52
1.1 Siemens AG	52
1.2 Weitere Siemens-Unternehmen	53
2 Fallbeispiele und Kritik	53
2.1 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	53
3 Management und Aufsichtsrat	54
3.1 Vorstand	54
3.2 Aufsichtsrat	54
4 Mitgliedschaften (Auswahl)	54
5 Lobbyisten in Ministerien	54
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	55
7 Einelnachweise	55

Lobbystrategien und Einfluss

Siemens AG

Die Aktivitäten zur Interessenvertretung beziehen sich insbesondere auf die folgenden Themen und Politikbereiche: Cyber Security und Digitalisierung, Dekarbonisierung und Klimaschutz, Energie, Forschung und Entwicklung sowie Innovation, Handelspolitik, Mobilität für Schiene und Straße, vernetzt und automatisiert. [\[2\]](#) Die Gesamtverantwortung für Lobbyaktivitäten liegt beim Vorstand der Siemens AG, der die entsprechenden Aufgaben einer eigenen Abteilung „Government Affairs“ (GA) übertragen hat, die direkt an den Siemens Vorstandsvorsitzenden Roland Busch berichtet. Nach den Compliance-Grundsätzen und -verfahren müssen die Mitarbeiter stets die Gesetze und Vorschriften der Rechtssysteme einhalten, in denen sie tätig sind. Verwiesen wird auf die [Business Conduct Guidelines](#) und die Leitlinien für den [Wechsel von Mitarbeitern in und aus dem öffentlichen Dienst](#) - sogenannter „Drehtür-Effekt“.

Im deutschen Lobbyregister gibt Siemens an (Stand: 13.02.2024), im Geschäftsjahr 2021/2022 1.140.001 bis 1.150.000 Euro für Lobbytätigkeiten auszugeben und 11 -20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[3] Cheflobbyist ist Torsten Ende.

Laut [EU Transparenzregister](#) lagen die Lobbyausgaben der Siemens AG in Brüssel im Geschäftsjahr 2021 /2022 zwischen 2.750.000 - 2.999.999 Euro; 2023 wurden 13 Lobbist:innen (Vollzeitäquivalent: 7,8) beschäftigt. Benedikt Kuttenkeuler ist Head of EU Government Affairs.

Weitere Siemens-Unternehmen

Weitere Siemens-Unternehmen mit eigenen Lobby-Aktivitäten sind:

- [Siemens Healthineers AG](#), ein globales Medizintechnikunternehmen, an dem der Siemens-Konzern ca. 75 % der Anteile hält
- [Siemens Mobility GmbH](#), ein eigenständig geführtes Unternehmen der Siemens AG
- [Siemens Energy Global GmbH & Co. KG](#), an der die Siemens AG mit ca. 35 % beteiligt ist.^[4] Zu den Aufsichtsratsmitgliedern gehören: Joe Käser (Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens AG), Christine Bortenlänger (Geschäftsführende Vorständin des [Deutsches Aktieninstitut](#)), [Sigmar Gabriel](#) (ehem. SPD-Politiker, Bundesminister a.D.), [Hildegard Müller](#) (Präsidentin des [Verbands der Deutschen Automobilindustrie](#)), Veronika Grimm (Mitglied des [Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), Mitglied im Nationalen Wasserstoffrat der Bundesregierung). [LobbyControl](#) kritisiert Grimm für einen potentiellen Interessenkonflikt.^[5]

Fallbeispiele und Kritik

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[6]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Siemens damit rechnen müssen, jährlich 100 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Siemens stimmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[7][8]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Bayer](#), etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verließ.^[9]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[10][11][12][13][14]}

Management und Aufsichtsrat

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorstandsvorsitzender ist [Roland Busch](#)

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar. Aufsichtsratsvorsitzender ist [Jim Hagemann Snabe](#)

Mitgliedschaften (Auswahl)

Siemens ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Adlerkreis](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Association of the European Rail Supply Industry \(UNIFE\)](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.](#)
- [Businesseurope](#)
- [BITKOM](#)
- [Centre for European Policy Studies \(CEPS\)](#)
- [Collegium](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [European Round Table for Industry](#)
- [European Forum for Manufacturing](#)
- [European Policy Centre](#)
- [Energy Solutions](#)
- [EU40 Europe](#)
- [Friends of Europe](#)
- [Kerntechnik Deutschland](#)
- [Ostaußschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Transatlantic Business Initiative](#)
- [Verband der Automobilindustrie \(VDA\)](#)
- [VDMA](#)
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Verband der Elektro- und Digitalindustrie \(ZVEI\)](#)
- [Zentraler Immobilien Ausschuss \(ZIA\)](#)

Lobbyisten in Ministerien

Im Zuge des von der Rot-Grünen Bundesregierung initiierten Austauschprogramms "Seitenwechsel" waren Mitarbeiter von Siemens als "Externe" in Außenministerium und Entwicklungsmiesterium beschäftigt.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[15]
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	k.A.

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	Ein Jahr um 1998 ^[16]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterInn
Bearbeitete Themen	Einsatz in der (damaligen) Abteilung 3: Globale und sektorale Aufgaben; Europäische und multilaterale Entwicklungspolitik; Afrika; Naher Osten

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

- ↑ Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023, simens.com.de, abgerufen am 11.04.2024<
- ↑ Politisches Engagement bei Siemens, siemens.com, abgerufen am 12.04.2024
- ↑ Eintrag im Lobbyregister, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 12.03.2024
- ↑ Siemens Energy Aktionärsstruktur, finanzen.net, abgerufen am 13.03.2024
- ↑ Veronika Grimms Aufsichtsratsmandat bei Siemens Energy, lobbycontrol.de vom 21.02.2024, abgerufen am 21.02.2024
- ↑ Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer, eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
- ↑ Debatte um die Finanztransaktionssteuer, taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
- ↑ CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen, finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
- ↑ Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes. Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
- ↑ Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer, abgerufen am 16.11.2023
- ↑ Offener Brief führender Finanzexpert:innen, abgerufen am 16.11.2023
- ↑ Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, abgerufen am 16.11.2023
- ↑ "Die Finanztransaktionssteuer muss kommen", Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023

14. ↑ "Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten", Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
15. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
16. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011

BMW

Die Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft

(BMW AG) mit Sitz in München ist das Mutterunternehmen des BMW Konzerns (BMW Group). Im Konzern werden Autos (Marken: BMW, MINI und Rolls-Royce Motor Cars) sowie Motorräder produziert. Der weltweite Umsatz lag 2016 bei 94 Mrd. Euro; die Zahl der Mitarbeiter betrug ca. 124.000 [1]

Die BMW-Großaktionärsfamilie Quandt/Klatten gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Der BMW Konzern stellte bis 2013 über viele Jahre den Parteien regelmäßig Dienstwagen zur Verfügung, die als Parteispenden ausgewiesen wurden. Seit 2013 sponsert der Konzern einzelne Veranstaltungen, wie die Parteitage von CDU, CSU und SPD. Mit der Umstellung von [Parteispenden](#) auf [Parteisponsoring](#) werden die Spenden für die Öffentlichkeit undurchsichtiger.

BMW	
Branche	Automobilwirtschaft
Hauptsitz	München
Lobbybüro	Unter den Linden 42, 10117 Berlin
Deutschland	Boulevard de Waterloo 25, 1000 Brüssel
Lobbybüro EU	www.bmwgroup.com
Webadresse	

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbytätigkeit	57
1.1 Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel	57
1.2 Lobbyisten	57
1.3 Beziehungen zur CSU	58
1.4 Parteispenden	58
1.5 Parteisponsoring	58
2 Fallbeispiele und Kritik	59
2.1 Schwere Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz	59
2.2 Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung	59
2.3 Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor	60
2.4 Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer (CSU) zugunsten von BMW	60
3 Gesellschafterstruktur	60
4 Leitungsgremien	60
5 Mitgliedschaften	61
6 Stiftungen	61
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	61
8 Einelnachweise	61

Lobbytätigkeit

Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel

Die Autobauer nehmen über "Expertengruppen" und ihre Verbände direkten Einfluss auf die Gesetzgebung in Kommission und Parlament. [2] 2007 erhielt die VW-Tochter Porsche gemeinsam mit Daimler und BMW für eine gemeinsame Kampagne, deren Ziel die Verwässerung und Verzögerung von verpflichtenden CO2-Reduktionszielen war, den „Worst EU Lobbying“ Award. [3]

Lobbyausgaben, Lobbyist*innen und Zahl der Treffen mit der EU-Kommission

Unternehmen /Verband	Ausgaben für Lobbytätigkeit in Mio. Euro	Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen	Zahl der Lobbyist*innen (Vollzeitäquivalent)	Zahl der Treffen mit der EU-Kommission
Volkswagen AG	3,13	4	19,25	81
Daimler	2,13	5	8,5	44
BMW	1,38	0	4,5	63
Verband der Automobilindustrie (VDA)	1,63	0	13	50
Summe	8,27	9	45,25	238

Quellen: [4][5][6][7] (Stand der Angaben: 09/2021)

Anmerkungen:

(1) Ausgaben für Lobbytätigkeit: Bei von-bis-Angaben wird der Mittelwert genannt. Die Lobbyausgaben werden pro Jahr angegeben: Volkswagen AG (2019), Daimler (2020), BMW (2020), VDA (2019).
(2) Lobbyist*innen: Im EU Transparenz-Register wird die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen und die Zahl der Lobbyist*innen (absolut und umgerechnet auf Vollzeitstellen) veröffentlicht. Die Anzahl der akkreditierten Lobbyist*innen entspricht hierbei denen, die einen Ausweis und somit Zugang zum EU-Parlament haben. Laut Erläuterungen bei [LobbyFacts](#) ist die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen eine exakte Größe, die aus Unterlagen des EU-Parlaments ermittelt wird. In ihr sind jedoch die nicht-akkreditierten Lobbyist*innen nicht enthalten. Die Zahl der Lobbyist*innen wird aufgrund der Angaben der betreffenden Organisationen ermittelt und ist nicht durchgehend genau, weil die Zahl der an der Lobbyarbeit beteiligten Personen oft nach unterschiedlichen Kriterien berechnet wird. Die Zahl der Lobbyist*innen kann deshalb nur näherungsweise angegeben werden.

Entsprechende Angaben für Deutschland sind nicht zugänglich, weil es kein verpflichtendes [Lobbyregister](#) gibt. In den Koalitionsvertrag von Januar 2018 ist die Einrichtung eines Lobbyregister nicht auf Grund des Widerstands von CDU/CSU nicht eingegangen. Zur Bundestagswahl 2017 hatte LobbyControl eine Aktion gestartet: [Keine Regierung ohne Lobbyregulierung!](#).

Lobbyisten

- **Maximilian Schöberl** (CSU), Leiter Konzernkommunikation und Politik, ehem. Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der CSU in München [8]
- **Frank Beust**, Leiter Konzernrepräsentanz Brüssel

Beziehungen zur CSU

- Der Cheflobbyist **Maximilian Schöberl** (CSU) war Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Münchener CSU
- Das Vorstandsmitglied Milagros Caina-Andree ist Mitglied des Geschäftsführenden Präsidiums des **Wirtschaftsbeirat Bayern** (auch Wirtschaftsbeirat der Union genannt), dem Interessenverband CSU-nahe bayerischer Unternehmen^[9]

Parteispenden

BMW und die Eignerfamilie Quandt/Klatten gehören zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendeten der Konzern und die Eignerfamilie insgesamt 10.966.075,52 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Summe verteilte sich auf die Parteien wie folgt:

Empfänger	Betrag in Euro
CDU	5.025.345,54
CSU	1.899.269,23
FDP	2.198.786,42
SPD	1.347.213,55
Grüne	495.460,78

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Im Oktober 2013 spendete die Familie Quandt/Klatten insgesamt 690.000 Euro an die CDU und 210.000 Euro an die FDP.^[10] Obwohl die Spenden bereits im Frühjahr des Wahljahres 2013 versprochen worden waren, wurden sie erst nach der Bundestagswahl ausgezahlt - und damit auch erst nach der Wahl veröffentlicht.^[11] Eine öffentliche Diskussion über die Spenden während des Wahlkampfs wurde so vermieden. Die Spenden kamen fast gleichzeitig mit einer politischen Entscheidung über EU-Grenzwerte für den CO2-Ausstoß von Autos. In den beiden auf die Skandalspende folgenden Jahren verzichtete die Familie Quandt/Klatten auf Parteispenden; in den Jahren 2016-2018 spendete sie insgesamt 704.801 € an CDU und FDP.

BMW stellte CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zudem über viele Jahre einen Fuhrpark zur Verfügung. Dies geschah kostenlos und wurde jeweils als Parteispende ausgewiesen.^[12]

Parteisponsoring

Im Jahr 2013 änderte BMW sein Verfahren zur Parteienunterstützung und unterstützt seither „die gesellschaftspolitische Arbeit der Parteien durch einzelne themenbezogene Kooperationen“^[13]. So sponserte der Konzern 2014 u.a. die Parteitage von CDU, CSU und SPD, die Denkfabrik Sachsen (CDU), die Landesversammlung der CSU-Frauen-Union und der CSU-Mittelstands-Union sowie die Jubiläumsfeier "40 Jahre Seeheimer Kreis" (SPD). Da die Parteien weder die Herkunft noch die Höhe der Sponsoringausgaben in ihren Rechenschaftsberichten ausweisen müssen, wird die Höhe der Zuwendungen durch eine solche Umstellung von Parteispenden auf Parteisponsoring für die Öffentlichkeit undurchsichtig. Denn die Parteien müssen weder die Herkunft noch die genaue Höhe der Sponsoringausgaben in ihren Rechenschaftsberichten ausweisen.

Fallbeispiele und Kritik

Schwere Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz

BMW bezieht vom marokkanischen Rohstoffkonzern [Managem](#) Kobalt für seine Elektroautos. Es besteht der Verdacht, dass aus der Mine Bou Azzer (Marokko) große Mengen giftiges Arsen in die Umwelt gelangen. Dies ergaben Recherchen von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung gemeinsam mit [Reporterre](#) und [Hawamich \(Marokko\)](#). Außerdem soll der internationale Standard zum Schutz von Arbeitern nicht eingehalten und gegen kritische Gewerkschaften vorgegangen werden.

In Bou Azzer werden Erze gefördert, die neben Kobalt auch Arsenid enthalten. Kommt dieser Stoff mit Wasser in Kontakt, wird er zu hochgiftigem Arsen. Die Arsenkonzentration liegt in einem Flussbecken unterhalb der Mine bei 18 000 Mikrogramm/Liter, der Grenzwert der Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegt bei 10 Mikrogramm/Liter. Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung/Wasseranalytik in Magdeburg untersuchte Wasserproben, die zehn Kilometer von der Mine entfernt genommen wurden und noch eine um das 40-fache erhöhte Arsen-Konzentration aufwiesen, wie "Die Tagesschau" berichtete.^[14]

Sollten sich diese Vorwürfe bestätigen, gerät BMW mit dem Lieferkettengesetz in Konflikt. Auch der formulierte Nachhaltigkeitsanspruch würde sich als unglaublich erweisen. „Die BMW Group kauft Kobalt direkt bei Rohstoffproduzenten in Marokko und Australien ein (...). Somit stellen wir die Rückverfolgbarkeit (100 Prozent Mass Balance) des Kobalts sicher, und setzen uns bereits beim Abbau in der Mine für die Einhaltung von Umweltstandards und Menschenrechten ein.“^[15]

Des Weiteren wurden Verstöße gegen das Arbeitsrecht festgestellt.

- ungenügende Schutzausrüstungen
- keine Schulung oder Aufklärung über Risiken
- keine soziale Absicherung bei berufsbedingten Erkrankungen
- Verträge mit besonders kurzer Laufzeit

Der Zulieferer Managem weist für sich und seine Subunternehmen alle Vorwürfe, speziell auch die der Süddeutschen Zeitung, zurück.^[16]

Ein BMW-Sprecher erklärte lt. "Tagesschau"^[17], man nehme die Vorwürfe ernst und werde eine umfassende Prüfung vornehmen.

Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung

Einem Bericht des Thinktanks *InfluenceMap* zufolge, hat sich die deutsche Automobilindustrie mit Lobbyarbeit und „grünen“ PR-Kampagnen gegen Klimaregulierungen auf deutscher und europäischer Ebene eingesetzt. Den drei größten Autobauern, BMW, [Volkswagen](#) und [Daimler](#) sowie den Industrieverbänden, [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA) und [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA), stehe dabei ein jährliches Lobbybudget von 10 Millionen € zur Verfügung. Die Positionen von Unternehmen und Verbänden unterscheiden sich jedoch grundlegend, wie am Beispiel von VW deutlich wird. Während VW eine zunehmend aufgeschlossene Position im Bereich Klimaschutzregulierung vertrete, würden BMW, der VDA und der ACEA mit Lobbyarbeit versuchen, klimapolitisch wirksame Maßnahmen, wie Emissionsstandards oder einen Ausstieg des Verbrennungsmotors zu schwächen.^[18] So hatte sich etwa der BMW-

Vorstandsvorsitzende und gleichzeitiger Präsident des ACEA, **Oliver Zipse**, bei einem Treffen mit der EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean gegen Vorschriften zur Abschaffung des Verbrennungsmotors ausgesprochen. [19] Diese Haltung widerspreche dem Inhalt von PR-Kampagnen, in denen BMW mit „nachhaltiger Mobilität“ wirbt, so die Kritik in dem Bericht. Auch der VDA hatte sich in einem Schreiben an den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans, ausdrücklich gegen ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor positioniert. [20] Insgesamt könnten sich vereinzelt positive Anstrengungen der deutschen Autobauer im Bereich Klimaschutz nicht durchsetzen, wenn sich die Industrieverbände des VDA und des ACEA, welche die Interessen der deutschen Autokonzerne vertreten, diesen entgegenwirken. [21][22]

Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor

BMW war einer der Gründer des Lobbyvereins Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT), der fragwürdige Experimente in Auftrag gegeben hat, um die angebliche Unbedenklichkeit von Dieselabgasen zu beweisen. [23]

Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer (CSU) zugunsten von BMW

Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung intervenierten Horst Seehofer (CSU) und die bayerische Staatskanzlei nach dem Bekanntwerden der Abgasaffäre wiederholt beim Bundeskanzleramt mit dem Ziel, BMW und andere deutsche Autobauer vor strengen EU-Abgasregelungen zu schützen. [24] So habe die Staatskanzlei am 27. Oktober 2015 dem Kanzleramt ein Positionspapier mit der Bitte um „vertrauliche Behandlung“ geschickt, das unter Punkt drei „die wichtigsten Forderungen der BMW Group“ enthielt. Die EU-Staaten verständigten sich am 28. Oktober 2015 auf weniger strenge Abgasregeln als zuerst geplant. Was in Brüssel beschlossen wurde, entspricht laut SZ bis ins Detail dem, was BMW durchsetzen wollte. BMW erklärte gegenüber der SZ, nur das das verlangt zu haben, was die ganze Branche gewollt habe und was technisch möglich sei.

Gesellschafterstruktur

Großaktionäre von BMW sind nach dem Tod von Johanna Quandt am 3. August 2015 deren Kinder Stefan Quandt mit knapp 26 Prozent und Susanne Klatten mit knapp 21 Prozent. [25]

Leitungsgremien

Vorstand: Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender des Vorstands ist Harald Krüger. (Stand August 2017).

Aufsichtsrat: Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar. Mitglieder sind u.a.: **Norbert Reithofer** (Vorsitzender) sowie die Großaktionäre **Stefan Quandt** (Stellv. Vorsitzender) und **Susanne Klatten**.

Mitgliedschaften

BMW ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- Verband der Automobilindustrie (VDA)
- European Automobile Manufacturers Association (ACEA)
- Forum for the Automobile and Society

Stiftungen

Die folgenden Stiftungen sind mit BMW und der Familie Quandt/Klatten vernetzt:

- **BMW Stiftung Herbert Quandt** (Stifter: BMW; Mitglied des Kuratoriums ist u. a. Stefan Quandt)
- **Johanna-Quandt-Stiftung** (Stifterin: Johanna Quandt; Mitglieder des Kuratoriums sind u.a. Stefan Quandt und Roland Tichy, Vorsitzender des Vorstands der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und Kuratoriumsmitglied der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#))
- **Herbert Quandt-Stiftung** (Stifterinnen: Altana AG/Susanne Klatten; Mitglied des Stiftungsrats ist u. a. Susanne Klatten)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Die BMW GROUP in Zahlen](#), bmwgroup.com, abgerufen am 31.07.2017
2. ↑ [Die Macht der deutschen Autolobby in Brüssel](#), lobbycontrol.de vom 21.09.2015, abgerufen am 15.10.2015
3. ↑ [Die Gewinner der Worst Eu Lobbying Awards sind...](#), lobbycontrol.de vom 04.12.2007, abgerufen am 27.07.2017
4. ↑ [Volkswagen Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
5. ↑ [Daimler Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
6. ↑ [Bayerische Motorenwerke Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
7. ↑ [Verband der Automobilindustrie](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
8. ↑ [Personal Profile](#), bmw-stiftung.de, abgerufen am 31.07.2017
9. ↑ [Präsidium](#), wbu.de, abgerufen am 01.08.2017
10. ↑ [Deutscher Bundestag Parteispenden](#), abgerufen am 15.05.2017
11. ↑ „[BMW hat Merkel im Sack](#)“, Handelsblatt.de vom 15.10.2013, abgerufen am 15.05.2017
12. ↑ [Großzügige Autobauer](#) Süddeutsche.de vom 07.02.2011, abgerufen am 15.05.2017
13. ↑ [Rechenschaftsberichte: Wer finanzierte den Wahlkampf 2013?](#) lobbycontrol.de vom 29.03.2015, abgerufen am 13.02.2018
14. ↑ [Umweltstandards BMW Zulieferer](#) tagesschau.de vom 12.11.2023, abgerufen am 16.11.2023
15. ↑ [PDF Grundsatzklärung](#) bmwgroup.com , abgerufen am 06.12.2023

16. ↑ [News](#), managemgroup.com vom 19.11.2023, abgerufen am 06.12.2023>
17. ↑ [Umweltstandards BMW Zulieferer](#) tagesschau.de vom 12.11.2023, abgerufen am 16.11.2023
18. ↑ German Automakers and Climate Policy. German automakers dominate the fight to weaken climate regulation. An InfluenceMap Report, November 2021. S. 13f.
19. ↑ ebd., S. 4
20. ↑ ebd., S. 13
21. ↑ [Deutsche Autobauer dominieren den Kampf gegen nationale und europäische Klimaregulierung](#) influencemap.org, abgerufen am 18.11.2021
22. ↑ [Thinktank: Deutsche Autobauer bremsen Verkehrswende aus](#) n-tv.de, vom 11.11.2021, abgerufen am 18.11.2021
23. ↑ [Bundesregierung muß Autolobby endlich besser kontrollieren](#), lobbycontrol.de vom 29.01.2018, abgerufen am 04.02.2018
24. ↑ [Wie Seehofer geplante Abgasregelung torpedierte](#), sueddeutsche.de 23.09.2016, abgerufen am 15.05.2017
25. ↑ [BMW Quandt-Kinder erben Anteile gemeinsam](#), Wirtschaftswoche online vom 11. August 2015, abgerufen am 15.05.2017

BP Europa

Die BP Europa SE ist die Europäische Aktiengesellschaft des BP-Konzerns, die am 30. April 2010 durch die Verschmelzung der BP Landesgesellschaften in Belgien, den Niederlanden, Österreich und Polen mit der Deutschen BP AG gegründet wurde.^[1] Die Muttergesellschaft des international tätigen Energiekonzerns ist die BP p.l.c. mit Sitz in London. 2021 erwirtschaftete der Konzern, der 65.900 Personen beschäftigt, einen Umsatz in Höhe von ca. 158 Mrd. U.S. Dollar.^[2] Im gleichen Jahr erzielte BP in Deutschland einen Umsatz von 29 Mrd. Euro mit 9.414 Beschäftigten.^[3]

BP Europa SE

Rechtsfo	Europäische Aktiengesellschaft bzw.
rm	p.l.c. (Konzernmutter)
Tätigke	Energie mit Schwerpunkt Mineralöl
sbereich	
Gründun	1917
gsdatum	
Hauptsitz	London
Lobbybür	BP Europa SE, Pariser Platz 3, 10117
o	Berlin
Lobbybür	BP plc, Archimedes Building 11 Rond
o EU	Point R. Schuman 1040 Brüssel
Webadre	bp.com bzw. bp.com/de
	sse

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten in Deutschland	63
2 Lobbystrategien und Einfluss	63
2.1 Angaben in den Lobbyregistern	63
2.2 Greenwashing & Image Wandel	64
3 Fallbeispiele und Kritik	64
3.1 Riskante Suche nach Öl und Gas	64
3.2 Consumer Energy Alliance	64
3.3 Deep Water Horizon	65
3.4 Studie zu Bürgerprotesten	65
3.5 BP auf der COP 27 in Ägypten	66

3.6 Weiterführende Informationen	66
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	66
5 Einelnachweise	66

Aktivitäten in Deutschland

Die BP Europa SE hat ihren Sitz in Hamburg, Überseeallee 1, die Hauptverwaltung für Deutschland befindet sich in Bochum. Vorstandsvorsitzender von BP Europa ist Wolfgang Langhoff. Als Cheflobbyist in Berlin (Director External Affairs in Deutschland, Österreich, Schweiz und Luxemburg) betätigt sich Enno Harks.

BP betreibt in Deutschland zwei Raffinerien und stellt Kraftstoffe, Heizöl und Schmierstoffe her, die an Großhändler, Zwischenhändler und über Tankstellen an Endkunden verkauft werden, sowie Grundstoffe für die chemische Industrie. Die Marken sind BP, Aral und Castrol. Mit rund 2.400 Tankstellen ist Aral die Nr. 1 im deutschen Markt. Unter der Marke "Aral pulse" ist BP zunehmend in der Elektromobilität tätig und zählt mit Ultraschnell-Ladesäulen zu den führenden Anbietern in diesem Segment. Der Geschäftsbereich Air bp umfasst den Vertrieb von Turbinenkraftstoff (Jet A1) und Kolbenmotor-Flugbenzin an Flughäfen. In Hamburg plant BP, ein eigenes Offshore-Windbüro zu eröffnen, um den Eintritt in den deutschen Markt für Windenergie vorzubereiten.

Quellen: [\[4\]](#)[\[5\]](#)

Lobbystrategien und Einfluss

Angaben in den Lobbyregistern

Im EU Transparenzregister gibt BP p.l.c. an (Stand: 23.06.2022), im Jahr 2021 zwischen 2.250.000 und 2.499.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 12 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 5,7) zu beschäftigen.

[\[6\]](#) Im deutschen Lobbyregister gibt BP Europa an (Stand: 01.12.2022), im Jahr 2021 zwischen 940.001 bis 950.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 21 bis 30 Lobbyist:innen zu beschäftigen. [\[7\]](#)

Laut deutschem Lobbyregister ist BP Europa Mitglied in den folgenden Organisationen (Auswahl):

- [American Chamber of Commerce in Germany](#)
- [Deutsch-Aserbaidschanisches Forum](#)
- [Deutsches Verkehrsforum](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- [en2x - Wirtschaftsverband Fuels und Energie](#)
- [EFET Deutschland - Verband Deutscher Energiehändler](#)
- [Förderkreis der Deutschen Energie](#)
- [Forum für Zukunftsenergien](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Grüner Wirtschaftsdialog](#)
- [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verband der Schmierstoffindustrie](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Collegium](#)

- Power to X Alliance
- [Gaskoalition](#)
- Aireg - Aviation Initiative for Renewable Energy in Aviation
- Allianz Wasserstoffmotoren
- Erneuerbare Energien Hamburg Clusteragentur
- KlimaDiskurs.NRW
- H2GlobalStiftung
- Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore
- AquaVentus Förderverein

Greenwashing & Image Wandel

Ab 2000 begann der Imagewandel von BP [\[8\]](#). Der Konzern beauftragt die amerikanische PR-Firma Ogilvy & Mather für ein neues Image bei BP zu sorgen. Die PR-Firma veränderte den Name von „British Petroleum“ in „beyond petroleum“, was mit „weit mehr als Erdöl“ übersetzt werden kann. Außerdem wurde das Logo des Energie Konzernen verändert. Eine gelb-grüne-weiße Sonne soll das Umweltengagement und den Vorrang erneuerbarer Energien widerspiegeln.

Auch in Deutschland möchte BP als „grünes Unternehmen“ wahrgenommen werden. Um diese neue Außendarstellung zu stärken, bewarb BP mit mehreren Anzeigen und Kampagnen das neue Image. Außerdem wurde der Schulwettbewerb Klima&Co beworben, bei dem das Thema Energiereduzierung lautete.

Fallbeispiele und Kritik

Riskante Suche nach Öl und Gas

BP suchte immer riskanter nach neuen Ölquellen und Gasvorkommen. Für diese Suche benötigte BP die Zustimmung der Politik. Im Jahr 2009 waren die Lobbyausgaben von Erdöl- und Erdgasindustrie so hoch wie nie zuvor. Die Branche – darunter BP – gab im Jahr 2009 175 Millionen US-Dollar für Lobbying aus.

Consumer Energy Alliance

Im Jahr 2010 gelangte eine Powerpoint-Präsentation eines Treffen der US-amerikanischen Gasindustrie an die Öffentlichkeit [\[9\]](#). Diese stellte Lobbystrategien der Ölindustrien vor. So sollte mit einer Fünf-Jahres Kampagne lokale Gruppe als Unterstützer für Offshore-Bohrungen gewonnen werden. Explizit als Zielgruppe genannt wurden: Veteranenverbände, Verbraucher, Redaktion, Wissenschaftler, und Think Tanks. Dieser Vortrag wurde von der Front Group „Consumer Energy Alliance“, die von BP unterstützt wird, gehalten. Dies war eine gezielte BP-Kampagne, die um die Unterstützung für riskante Offshore-Bohrungen werben sollte.

Deep Water Horizon

Die immer riskantere Suche nach neuen Ölquellen und Gasvorkommen birgt die Gefahr von Unfällen. Bei Offshore-Bohrungen explodierte im April 2010 die Ölplattform „Deepwater Horizon“ [\[10\]](#). Eine Folge dieser Explosion war die Ölkatstrophe am Golf von Mexiko. Um Schaden von BP abzuwenden, versuchte das Unternehmen den Ausmaß des Unfalls zu vertuschen. So wurden während und nach der Ölkatstrophe Journalisten von BP an der Berichtserstattung vor Ort gestört, z.b. wurden Fotojournalisten daran gehindert, über den Golf von Mexiko zu fliegen, um das Ausmaß der Katastrophe zu dokumentieren [\[11\]](#). Nach der Katastrophe floss erneut viel Geld in PR-Maßnahmen: Im Jahr 2010 gab BP allein von April bis Ende Juli jede Woche fünf Millionen US-Dollar aus [\[12\]](#), um das Image nach der Öl-Katastrophe wieder herzustellen.

2015 haben sich BP und die USA zu einer Entschädigungszahlung von insgesamt 18,7 Milliarden US-Dollar geeinigt. Zu zahlen sind die 18,7 Milliarden Dollar, innerhalb den nächsten 18 Jahren. Insgesamt zahlte der britische Öl-Konzern mehr als 43 Milliarden Dollar seit 2010 für die Folgen und Beseitigungen der Katastrophe. Der Einigung ging ein 5 Jähriger Rechtsstreit voraus in dem BP die Schuld an der Katastrophe zunächst von sich wies. So beschuldigte BP, den Subunternehmer Transocean, da diese die geplatzten Rohre geliefert sowie eingebaut hatten. Das US-Justizministerium sieht die Schuld allerdings eindeutig bei BP. Das Ministerium erklärt das BP eindeutig vorsätzlich und fahrlässig gehandelt habe. [\[13\]](#)

Studie zu Bürgerprotesten

Im Januar 2013 gab BP beim Göttinger Institut für Demokratieforschung eine Studie zur Untersuchung von Bürgerprotesten in Deutschland in Auftrag. Nach Angaben des Energiekonzerns sollte diese dazu beitragen, die Dialogfähigkeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu erhöhen. Das konzerninterne Ziel der Studie aber war es, herauszufinden, welche Einstellungen Aktivisten gegenüber Unternehmen haben und mit welchen Strategien es dem Konzern gelingen kann, größerer Akzeptanz für umstrittene Projekte zu schaffen. Somit steht die Studie im Kontext einer breiten Diskussion innerhalb der Szene der Lobbyisten und Kommunikationsberater. [\[14\]](#)

Zwar betonte das Göttinger Institut, im Vertrag mit BP sei jeglicher Einfluss auf Methodik, Projektdesign oder die Interpretation der Ergebnisse ausgeschlossen worden. Dennoch gab es während des Verlaufs der Studie indirekten Kontakt mit BP über den Dienstleister kmw outrage management. Die Beratungsfirma bietet Unternehmen an, sie bei Kommunikationskrisen und dem Umgang mit öffentlichen Protesten zu unterstützen. Dazu gehört auch die Begleitung von Untersuchungen im Auftrag von Industriekunden. So wirbt kmw outrage management auf ihrer Website explizit mit der BP-Studie. Zudem haben zwei der drei Partner früher bei dem Energiekonzern gearbeitet. [\[15\]](#)

Des Weiteren ist problematisch, dass die Rolle von BP gegenüber den Befragten nicht von Anfang an offen gelegt wurde. Denn zwischen ihnen und dem Geldgeber herrschen zumindest teilweise Interessenkonflikte. Die Studienteilnehmer waren erst am Ende der Gespräche über die Finanzierung durch BP und das Erkenntnisinteresse des Ölkonzerns aufgeklärt worden und hatten somit keine Möglichkeit, eine Teilnahme aus diesen Gründen abzulehnen.

Mittlerweile hat das Göttinger Institut für Demokratieforschung eine weitere Studie im Auftrag von BP veröffentlicht. Diese ist eine Fortsetzung der Analyse gesellschaftlicher Akteure. Befragt wurden diesmal neben Gesellschaftern und Vorstände auch Geschäftsführer und Unternehmer zu deren Werten, Selbstwahrnehmung und ihren Blick auf Gesellschaft und Politik. Laut Auftraggeber BP sowie dem Göttinger Forschungsinstitut soll die neue Untersuchung einen Beitrag dazu leisten, „vorherrschende Einschätzungen über Unternehmer zu überprüfen, zu ergänzen und möglicherweise auch zu korrigieren.“^[16]

BP auf der COP 27 in Ägypten

Die 27. UN Climate Change Conference fand vom 6.-18. Nov. 2022 in Sharm El-Sheikh, Ägypten, statt. In diesem Jahr waren 636 Lobbyisten von Öl-, Gas- und Kohlekonzernen akkreditiert, laut [Global Witness](#) 100 mehr als im vergangenen Jahr.^[17]

Besondere Einblicke konnte sich Bernhard Looney, CEO von BP, verschaffen: Er war Mitglied der offiziellen Delegation von Mauretanien und hatte damit erweiterte Zutrittsrechte in die Konferenzbereiche für Regierungsdelegationen. Darüber hinaus waren noch vier weitere BP-Mitarbeiter:innen Teil des mauretanischen Teams.^[18] Parallel wurde eine Vereinbarung zwischen BP und der mauretanischen Regierung über die Produktion von grünem Wasserstoff getroffen.

Weiterführende Informationen

Machtspielchen - Der Podcast von LobbyControl zum Thema "Mineralölkonzerne: Fette Profite und die Übergewinnsteuer" vom 16.03.2023^[1]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Wer wir sind](#), bp.com/de, abgerufen am 09.12.2022
2. ↑ [Umsatz des Bp-Konzerns in den Jahren 2003 bis 2021](#), statista.com,abgerufen am 10.12.2022
3. ↑ [Zahlen & Daten](#), bpr.com/de, abgerufen am 09.12.2022
4. ↑ [BP Europa SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 09.12.2022
5. ↑ [Aufwind für erneuerbare energien](#), bp.com/de vom 26.12.2022, abgerufen am 09.12.2022
6. ↑ [BP p.l.c.](#), ec.europa.eu, abgerufen am 10.12.2022
7. ↑ [BP Europa](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.12.2022
8. ↑ [Greenwash von BP Klarsicht dank Ölteppich](#), taz.de vom 24. 5. 2010, abgerufen am 01.06.2015
9. ↑ [Sourcwatch: Consumer Energy Alliance](#) abgerufen am 01.06.2015
10. ↑ [Ölpest: Warum explodierte die "Deepwater Horizon"? vom 6. Mai 2010](#), abgerufen am 01.06.2015
11. ↑ [Ölpest im Golf: BP-Zensoren verschleiern die Umweltkatastrophe](#) vom 12.06.2010, abgerufen am 01.06.2015
12. ↑ [Dirty Money: Big Oil and corporate polluters spent over \\$500 million to kill climate bill, push offshore drilling](#) vom 27.11.2010

13. ↑ [<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/einigung-mit-us-justizministerium-die-strafe-sichert-der-golfregion-konstante-einkommen/12004658-2.html>] Einigung mit US-Justizministerium BP zahlt höchste Strafe der Wirtschaftsgeschichte] vom 02.07.2015, abgerufen am 03.07.2015
14. ↑ [LobbyControl: BP lässt Bürgerproteste Untersuchen - was steckt dahinter?](#), abgerufen am 17.11.2016
15. ↑ [kmw outrage management](#), abgerufen am 17.11.2016
16. ↑ [Zweite BP Gesellschaftsstudie](#), abgerufen am 17.11.2016
17. ↑ [636 fossil fuel lobbyists granted access to COP27](#) Global Witness 10. Nov. 2022, abgerufen am 8.12.2022
18. ↑ [COP27: BP chief listed as delegate for Mauritania](#) BBC vom 10. Nov. 2022, abgerufen am 8. Dez. 2022

European Policy Centre

Das **European Policy Centre** (EPC) ist eine Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zu EU-Institutionen. Mitglieder sind eine Reihe von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden. Das EPC kam 2010 in die Kritik, weil es in den 90er Jahren als Vorfeldorganisation einer von der Tabakindustrie angeführten Unternehmensallianz diente.

Strategische Partner sind die King Baudouin Foundation, die Mercator Stiftung und die Adessium Foundation. Zu den think tank Partnern gehört die [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), das [Centre for European Reform](#) und weitere nationale Denkfabriken [1]. Es ist weiterhin Teil des [Transatlantic Policy Network](#) (TPN).

European Policy Centre

Rechtsform	AISBL (nach belgischem Recht)
Tätigkeitsbereich	Denkfabrik
Gründungsdatum	1997
Hauptsitz	Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue du Trône, 14-16, 1000 Brussels
Webadresse	http://www.epc.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategie und Einfluss	68
2 Kurzdarstellung und Geschichte	68
3 Organisationsstruktur und Personal	69
3.1 Mitglieder	69
3.2 Präsidentin	69
3.3 Geschäftsführer	69
3.4 Verwaltungsrat	69
3.5 "General Assembly"	70
3.6 Beirat (Strategic Council)	70
4 Finanzen	72
5 Fallstudien und Kritik	72
5.1 Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie	72
6 Weiterführende Informationen	72
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	73
8 Einelnachweise	73

Lobbystrategie und Einfluss

Zu den Vorteilen einer Mitgliedschaft verweist das EPC u.a. auf den einzigartigen Zugang zu seinem Netzwerk von Organisationen sowie zu EU-Kommissar:innen, EU-Parlamentarier:innen, hochrangigen Vertreter:innen von EU-Institutionen und internationalen Organisationen, die regelmäßig bei den Veranstaltungen auftreten.^[2] Über seine Veranstaltungen und Publikationen nehme es Einfluss auf die Diskussionen zu Europa und die wichtigen Fragen, denen sich die EU konfrontiert sehe. Das EPC agiere als Katalysator für neues Denken und neue Lösungen. Viele Mitglieder des EPC sind Großunternehmen und einflussreiche Verbände, die über die genannten Kontaktmöglichkeiten ihre wirtschaftlichen Interessen bei der Ausgestaltung eines neuen Europa einbringen können. Zu den Großunternehmen gehören z.B. [BASF](#), [ExxonMobil](#), [Google](#) und [Siemens](#), zu den Verbänden [BusinessEurope](#), der [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(BDEW\)](#), [Cefic](#), [EuropaBio](#) und [DIGITALEUROPE](#).

Die Kontaktaufnahme zur EU wird auch dadurch erleichtert, dass ehemalige ranghohe Vertreter:innen von EU-Institutionen beim EPC mitwirken. So war der Präsident des EPC, Hermann Van Rompuy, Vorsitzender des Europäischen Rats. Fabio Colasanti, Mitglied der Generalversammlung, ist ein ehemaliger Generaldirektor der Europäischen Kommission. Joaquin Almunia, Mitglied des Beirats, als auch des Vorstandes, war EU-Wettbewerbskommissar. 2020 hat das EPC ca. 240 Veranstaltungen organisiert, von denen der Großteil öffentlich waren und die, aufgrund der Corona-Pandemie, hauptsächlich online stattfanden.^[3] Weiterhin erstellte das EPC 2020 101 Publikationen. Zudem haben sich Vertreter:innen des EPC insgesamt 57 Mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen.^[4]

Kurzdarstellung und Geschichte

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Das EPC wurde 1997 von Stanley Crossick, Max Kohnstamm und John Palmer gegründet. Gründungsvorsitzender war der Lobbyist Stanley Crossick, u.a. Gründer des Belmont European Community Office und des Belmont European Policy Centre sowie Senior Vice-Chairman der American Chamber of Commerce (EC Committee).^[5]

Das EPC analysiert Entwicklungen in der EU und erarbeitet Reformvorschläge, die sie Vertreter:innen der EU-Institutionen nahe bringt. Als Schwerpunktthemen werden genannt: „European Politics and Institutions“, „European Migration and Diversity“, „Europe in the World“, „Sustainable Prosperity for Europe“, Europe's Political Economy“ und „Social Europe & Well-being“.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Mitglieder: 340 (Stand: 02/2023), darunter

- 54 international tätige Großunternehmen
- 80 Verbände
- 61 Diplomatische Vertretungen
- 23 Stiftungen
- 6 Regierungsorganisationen
- 12 zwischenstaatliche Organisationen
- 51 Nichtregierungsorganisationen
- 34 regionale und lokale Regierungsorganisationen
- 6 religiöse Organisationen
- 3 Universitäten und
- das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- 8 Weitere

Quelle: [\[6\]](#)

Präsidentin

Präsidentin ist:

- Brigid Laffan, ehem. Direktorin des Robert Schumann Centre for Advanced Studies, European University Institute

Geschäftsführer

Geschäftsführer („Chief Executive“/„Secretary to the General Assembly“) ist:

- Fabian Zuleeg, Executive Board [Transparency International EU](#) [\[7\]](#)

Verwaltungsrat

Mitglieder sind:

- David O'Sullivan, ehem. EU-Botschafter in den Vereinigten Staaten
- Rachel Barlow, stellvertr. Direktorin der 'Public affairs Europe' von Oxford HR
- Jim Cloos, ehem. Generaldirektor für allgemeine und institutionelle Politik, Generalsekretariat des EU-Ministerrats
- Susan Danger, CEO der American Chamber of Commerce to the EU
- Stefan Schäfers, Leiter der Abteilung für Europäische Angelegenheiten der King Baudouin Stiftung
- Alexander Stubb, Direktor der School of transnational governance, European University Institute

- Nathalie Tocci, Direktorin des Istituto Affari Internazionali und Beraterin der ehem. Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini und Honorarprofessorin an der Universität Tübingen

Quelle: [\[8\]](#)

"General Assembly"

Mitglieder sind:

Zu den Mitgliedern gehören die sonstigen Mitglieder des Verwaltungsrats sowie fünf weitere Personen

- Poul Skytte Christoffersen, ehem. dänischer Botschafter in Belgien, ehem. Ständiger Vertreter Dänemarks bei der EU
- Jacki Davis, Senior Adviser für Kommunikationsstrategie
- Luc Tayart de Borms, Geschäftsführer der King Baudouin Stiftung
- Philippe de Buck, Senior Advisor, [Hill+Knowlton Strategies](#), Mitglied des **Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses**
- Andrew Duff, Präsident der **Spinelli Group**, Ehemaliger Abgeordneter des [[Europäisches Parlament|Europäischen Parlaments]] *George Pagoulatos, Professor für Europäische Politik an der Wirtschaftsuniversität Athen, Vizepräsident der Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP)

Quelle: [\[9\]](#)

Beirat (Strategic Council)

Mitglieder, u.

a.:

- Ehrenpräsident

Herman Van

- TomorrowLab, Vorsitzender des Beirats [\[10\]](#)

Rompuy

- bis 11/2014 Präsident des Europäischen Rats

- ehem. belgischer Premierminister

Joaquin Almunia

- Centre for European Policy Studies (CEPS), Mitglied des Verwaltungsrats („Board of Directors“)[\[11\]](#)

- Friends of Europe, Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“)[\[12\]](#)

- bis 2014 EU-Wettbewerbskommissar und Vizepräsident der EU-Kommission

Lord Kerr of
Kinlochard

- **Royal Dutch Shell**, 2005-2012 Stellv. Vorstandsvorsitzender
- ehem. Botschafter Großbritanniens bei der EU

Erika Mann

- seit 10/2011 Facebook, Leiterin des Brüsseler Lobbybüros *ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments für die SPD *Atlantic Council, Senior Fellow

a..

- | | |
|--|---|
| Jo Leinen | <ul style="list-style-type: none">• SPD, Mitglied des Europäischen Parlaments |
| Wolfgang Schüssel | <ul style="list-style-type: none">• Bertelsmann Stiftung, Mitglied des Kuratoriums *European Council on Foreign Relations (ECFR), Mitglied• ehem. österreichischer Bundeskanzler |
| Hendrik Bourgeois | <ul style="list-style-type: none">• Apple, Direktor für Strategie und Politik in Europa und Russland |
| Marta Dassù | <ul style="list-style-type: none">• Aspen Institute, Direktorin für Europangelegenheiten• Zeitschrift Aspenia, Chefredakteurin |
| Catherine Day | <ul style="list-style-type: none">• EU-Kommission, ehem. Generalsekretärin |
| Jean Claude Juncker | <ul style="list-style-type: none">• ehemaliger Präsident der EU-Kommission |
| Brigide Laffan
(Präsidentin) | <ul style="list-style-type: none">• Robert Schumann Centre for Advanced Studies (European University Institute), ehem. Direktorin |
| Antonio Missiroli | <ul style="list-style-type: none">• NATO, Stellvertretender Generalsekretär für aufkommende Sicherheitspolitische Herausforderungen |
| Federica Mogherini | <ul style="list-style-type: none">• ehem. Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik |
| Kristina Persson | <ul style="list-style-type: none">• Denkfabrik Global Challenge, Gründerin• ehem. Schwedische Ministerin• ehem. Mitglied des EU-Parlaments |
| Jean-Claude Piris | <ul style="list-style-type: none">• ehem. Generaldirektor des Juristischen Dienstes der Europäischen Union |
| Janez Potočnik | <ul style="list-style-type: none">• ehem. Europäischer Kommissar für Umwelt |
| Mario João Rodrigues | <ul style="list-style-type: none">• Ehem. Mitglied des EU-Parlaments• Professorin für Wirtschaft an der Universität Lissabon |
| Peter Semneby | <ul style="list-style-type: none">• ehem. EU-Sonderbeauftragter für den Südkaufkasus |
| Rita Süßmuth | <ul style="list-style-type: none">• ehem. Präsidentin des Deutschen Bundestages |

Mitglieder, u.

a.:

- Zeger • Johnson&Johnson , Vize-Präsident für Regierungsangelegenheiten und Politik im Raum Europa

(Stand: Februar 2023) Quelle: [\[13\]](#)

Finanzen

Das Budget lag im Jahr 2021 bei 3,5 Mio Euro. Die größten Beiträge kamen von der King Baudouin Stiftung, der Stiftung Mercator, dem europäischen Förderprogramm „Europe for Citizens“ und der Adessium Stiftung. Eine Liste der Förderer, die 2019 5000 Euro oder mehr gespendet haben, findet sich hier. [\[14\]](#) Die Lobbyausgaben lagen im Jahr 2020 zwischen 2,5 bis 2,75 Mio Euro. [\[15\]](#)

Quelle: [\[16\]](#)

Fallstudien und Kritik

Das EPC als Vorfeldorganisation für die Tabakindustrie

Eine Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden setzte in den 1990er Jahren durch, dass europäische Gesetze vorab auf ihre ökonomischen Kosten untersucht und dabei vor allem die betroffenen Branchen gehört werden sollten. Damit sollte der Ablauf des europäischen Gesetzgebungsverfahrens prinzipiell so gestaltet werden, dass die eigenen Interessen möglichst gut zur Geltung kommen. Die strategische Allianz von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden wurde von dem Lucky Strike-Hersteller **British American Tobacco** (BAT) ins Leben gerufen.

Um die Glaubwürdigkeit der Lobbykampagne zu erhöhen, sollte nicht BAT selber, sondern eine möglichst renommierte „Frontorganisation“ die Initiative ergreifen. Ausgewählt hierfür wurde das European Policy Centre (EPC) als Brüsseler Denkfabrik mit exzellenten Verbindungen zur EU-Administration. EPC wiederum gründete im Auftrag von BAT das „risk assessment forum“, das als Plattform für Unternehmen gedacht war, die von staatlicher Regulierung besonders betroffen sind. Dieses Vorgehen wurde durch eine Studie in der Medizinzeitschrift "Public Library of Science" im Januar 2010 bekannt. EPC sagte nach dem Erscheinen, das EPC habe sich seitdem grundlegend umstrukturiert. [\[17\]](#)

Weiterführende Informationen

- [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.03.2010 zu der Studie über EPCs Tätigkeit als Frontgruppe der Tabakindustrie in den 90er Jahren

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [think-tank-partners](#), epc.eu, abgerufen am 21.01.2022
2. ↑ [EPC's international membership](#), epc.eu, abgerufen am 24.01.2022
3. ↑ [EU-Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 24.01.2022
4. ↑ [EU-Transparenzregister](#), europa.eu, abgerufen am 24.01.2022
5. ↑ [Corporate Europe Observer Part One: The European Policy Centre](#), archive.corporateeurope.org 23.10.1998, abgerufen am 27.01.2022
6. ↑ [Jahresbericht EPC 2021](#), abgerufen am 06.02.2023
7. ↑ [Transparency International EU](#), abgerufen am 27.01.2022
8. ↑ [Governing Board](#), epc.eu, abgerufen am 06.02.2023
9. ↑ [Generalversammlung](#), epc.eu, abgerufen am 06.02.2023
10. ↑ [Management Advisory Board](#), tomorrowlab.com, abgerufen am 27.01.2022
11. ↑ [CEPS Board of Directors](#), ceps.eu, abgerufen am 28.01.2022
12. ↑ [Board of Trustees](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 27.01.2022
13. ↑ [Strategic Council](#) Webseite EPC, abgerufen am 06.02.2023
14. ↑ [Contributions](#) Webseite EPC, abgerufen am 01.02.2022
15. ↑ [Lobbying Costs](#) Lobbyfacts EU, abgerufen am 03.02.2022
16. ↑ [Financing](#) Webseite EPC, abgerufen am 01.02.2022
17. ↑ [Immer erst die Industrie fragen](#), LobbyControl-Blog vom 23.3.2010, abgerufen am 01.02.2022

Transatlantic Business Dialogue

Der **Trans-Atlantic Business Dialogue** (TABD), der sich 2013 mit dem European-American Business Council (EABC) zum [Trans-Atlantic Business Council](#) (TABC) zusammengeschlossen hat, war eine Lobbyplattform für Vorstandschefs europäischer und US-amerikanischer Großunternehmen. Seit 1995 war der TABD die treibende Kraft hinter transatlantischer Handelskooperation. Er war maßgeblich an der Vorbereitung der Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen [TTIP](#) beteiligt. Die offizielle Einbindung in die Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA verschaffte den Mitgliedsunternehmen des TABD einen privilegierten Zugang zu EU- und US-Beamten auf höchster Ebene.

Trans-Atlantic Business Dialogue

Rechtsform

Tätigkeitsbe Transatlantische

reich Wirtschaftszusammenarbeit

Gründungsda 1995

atum

Hauptsitz Washington DC / Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro Brüssel

EU

Webadresse [transatlanticbusiness.org](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Der TABD	74
1.1 Organisationsstruktur des TABD	74
1.2 Aktivitäten des TABD in den Jahren 2013 - 2015	75
1.3 Geschichte, Selbstverständnis, Club-Character des TABD	75
1.4 Interessen von Regierungen und EU-Kommission am TABD	76
1.5 Das Verhältnis des TABD zu anderen Lobbygruppen	77
2 Fallbeispiele und Kritik zum TABD	77
2.1 Fallkritik: Die Dominanz der Unternehmenslobby in der transatlantischen Zusammenarbeit	77
2.2 Fallkritik: Der TABD und TTIP	79
2.3 Fallkritik: Regulatorische Zusammenarbeit und Senkung von Standards	79
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	79
4 Einelnachweise	80

Der TABD

Der TABD war eine im Jahr 1995 auf Initiative des US-Handelsministeriums und der Europäischen Kommission gegründete Lobbyplattform mit zwei grundlegenden Funktionen. Einerseits war der TABD eine Art Club für Vorstandschefs transnationaler Unternehmen und damit eine eigenständige Lobbyorganisation. Andererseits ist er ein Austauschforum zwischen Industrievertretern und hochrangigen Beamten: Im TABD trafen sich die Vorstandschefs von transnationalen europäischen und US-amerikanischen Unternehmen mit Vertretern der EU-Kommission und der US-Regierung, um gemeinsam politische Initiativen zu entwickeln. [\[1\]](#) [\[2\]](#)

Dieses "quadrilaterale Verhandlungsforum"[\[3\]](#) zwischen Regierungen und Vorstandschefs aus EU und USA führte in den 90er Jahren zu einigen Erfolgen in der transatlantischen (und globalen) regulatorischen Zusammenarbeit (z.B. mit sog. Mutual Recognition Agreements, MRAs). Auch wenn die Initiative ursprünglich von den Regierungen kam, so entwickelte sich der TABD schnell zu einem vor allem von Vorstandschefs angetriebenen Prozess und eigenständigen politischen Akteur.[\[4\]](#) Aus Sicht der Vorstandschefs bot der TABD einen entscheidenden Vorteil: Ineffiziente, langwierige zwischenstaatliche Verhandlungen konnten in diesem relativ kleinen Club aus Vorstandschefs und Handelsbürokraten umgangen werden.[\[5\]](#) "It's now industry led and industry driven ... US Government and Commission participate, but mainly as respondents" (Mitglied der EU-Kommission). [\[6\]](#)

Das Gründungsmotiv des TABD war 1995 die Schaffung eines transatlantischen Marktes - ein Ziel, dem die Organisation im Jahr 2013 mit der Aufnahme der TTIP-Verhandlungen einen großen Schritt näher gekommen ist.

Organisationsstruktur des TABD

Mitglieder: Die 17 Mitglieder waren international tätige Großunternehmen. Deutsche Mitglieder waren: [Audi](#), [BASF](#), [Deutsche Bank](#), [Merck & Co.](#) [\[7\]](#)

Direktoren

- José Manuel González-Páramo (zuständig für Europa): Cheflobbyist für BBVA (die zweitgrößte spanische Bank Banco Bilbao Vizcaya Argentaria). Ehemals im Executive Board der EZB und Mitglied der Governing Council der Bank of Spain uvm. [8]
- Dave Ricks (zuständig für die USA): Präsident von Lilly Bio-Medicines. [9]

Aktivitäten des TABD in den Jahren 2013 - 2015

• 2013 - Aktivitäten des TABD:

- Mehrere Treffen mit Regierungsmitgliedern. [10]
- 25.01.2013 Erstes jährliches Treffen auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: mit Michael Froman (inzwischen US-Handelsbeauftragter und Chefunterhändler für TTIP), Jean-Luc Demarty (Generaldirektor für Handel der EU-Kommission), einem Vertreter des ERT, American Chamber of Commerce und anderen. Aus dem Meeting-Report geht hervor: Der TABD erfährt Details über den Vorbereitungsprozess für TTIP. Außerdem bespricht der TABD seine politische Strategie, die Parlamente und US-Medien zu beeinflussen. [11] Des Weiteren loben die Regierung die gute Zusammenarbeit: "In conclusion the government guests welcomed the active role of the TABC/TABD in the process to launch negotiations. It is crucial that business holds government accountable and pushes for progress. A transatlantic trade deal will be a game changer in the global economy, particularly with its impact vis-à-vis third countries. In this context the EU in particular has shown willingness to be flexible and is ready to move ahead". [12]

• 2014 - Aktivitäten des TABD

- Viele Treffen, vor allem mit Regierungsmitgliedern und Beamten, aber auch anderen Wirtschaftsverbänden und weiteren Stakeholdern (Parlamentarier, Gewerkschaften, Konsumentengruppen, Wissenschaftlern). [13]
- 24.01.2014: Zweites jährliches Treffen in Davos. Interne Besprechung des TABD und "The TABD members met with the U.S. Trade Representative Ambassador Michael Froman and EU Trade Commissioner Karel De Gucht to discuss T-TIP and the priorities and action items for business". [14] Wieder nahm unter anderem ein Vertreter des ERT und der American Chamber of Commerce teil.

• 2015 - Aktivitäten des TABD

- Viele Treffen, vor allem mit Regierungsmitgliedern, aber auch anderen Wirtschaftsverbänden und weiteren Stakeholdern (Medien Parlamentarier, Gewerkschaften, Konsumentengruppen, Wissenschaftlern). [15]
- 23.01.2015: Drittes jährliches Treffen in Davos. Interne Besprechung des TABD und "Within the meeting was a business-to-government discussion with EU Trade Commissioner Cecilia Malmström, U. S. Trade Representative Ambassador Michael Froman, and European Parliament President Martin Schulz". [16]

Geschichte, Selbstverständnis, Club-Character des TABD

Der Charakter des TABD wird insbesondere in einer internen Studie deutlich, die die EU-Kommission im Jahr 2003 zur Evaluation des TABD in Auftrag gab. [17] Mit dem Ziel herauszufinden, "if the transatlantic [business] dialogue is effective in addressing the needs and objectives of the transatlantic business

community to governments on both sides of the Atlantic" [18], wurden dutzende Interviews mit Beteiligten durchgeführt und weitere Evaluationsmethoden verwendet. Auslöser für diese Studie war eine Krisenphase des TABD ab dem Jahr 2000, die zu einem grundlegenden Neustart vom "alten" zum "neuen TABD" führen sollte. [19] Der "alte TABD" wurde im Lauf der Zeit mit zu vielen Mitgliedern, Themen und Arbeitsgruppen überladen, was das effiziente und ergebnisorientierte Arbeiten behinderte. [20]

Die Lösung durch den "neuen TABD" war eine thematische und personelle Verschlankung, die auf Kosten der (sektoralen) Repräsentativität den effizienten Club-Charakter wieder herstellen sollte. "As the relaunched TABD is made up of a small group of top level CEOs, and in order to maintain a tight focus, the involvement of business organisations into the relaunched TABD (beyond observer status) may not be advisable at this stage". [21] Als weitere Ursache für die Krise des alten TABD wird die Frustration der CEOs (Vorstandschefs) gegenüber den Regierungen genannt, dass die Vereinbarungen nicht konsequent genug umgesetzt wurden. [22]

Auch wenn dem TABD von der US-Regierung (vor allem dem Secretary of Commerce) und der Kommission (vor allem DG Trade und DG Enterprise) hohe Priorität zugeschrieben wird, scheint die administrative und politische Realität nicht immer mit den hohen Erwartungen der Vorstandschefs mitzuhalten.

Nichtsdestotrotz (bzw. deswegen) ging die Reforminitiative des TABD 2003 von der Kommission und der US-Regierung aus und wurde von führenden Vorstandschefs lobend aufgenommen wurde. [23] Die Regierungen hatten strategisches und ökonomisches Interesse daran, die transatlantischen Unternehmen als politische Partner zu gewinnen und trugen deswegen aktiv zu ihrer politischen Organisation bei.

Interessen von Regierungen und EU-Kommission am TABD

Warum regten die US-Regierung und die EU-Kommission die Gründung des TABD an? Welches Interesse haben sie an dieser tiefen Einbindung von Managern transnationaler Unternehmen?

- Die US-Regierung erhoffte sich mit der politischen Organisierung transatlantischer Unternehmen einen starken strategischen Partner bei multilateralen Verhandlungen zur Handelsliberalisierung im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). [24] Die US-Regierung war entsprechend ihres neoliberalen Überzeugungssystems davon überzeugt, "that international business was at least four to five years ahead of governments in its thinking on trade liberalization". [25] Während der WTO Uruguay-Runde Anfang der 90er Jahre arbeiteten US-Unternehmen und die US-Regierung eng zusammen, um ihre Verhandlungsposition zu stärken. Im Gegensatz dazu waren europäische Unternehmen bei den Verhandlungen weitestgehend abwesend. Jaques Delors (EG-Kommissionspräsident) beschwerte sich damals öffentlich über den Mangel an Unterstützung durch in der EU ansässige Unternehmen. [26]
- Auf der europäischen Seite ließ sich die EU-Kommission aus mehreren Gründen vom Nutzen des TABD überzeugen: [27][28] Erstens fürchtete die Kommission, dass das strategische Interesse der USA an der EU mit dem Ende des Kalten Krieges nachlassen könnte. Sie wollte einer strategischen Ausrichtung in Richtung Asien zuvorkommen und sah sich mit konkurrierenden Freihandelsabkommen wie dem North Atlantic Free Trade Agreement (NAFTA, 01.01.1994 gegründet) in dieser Furcht bestätigt. Eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte deswegen die schwächelnde militärische Bindung kompensieren. Heute nutzt die US-Regierung das pazifische Freihandelsabkommen TPP, um die europäischen Regierungen während der TTIP-Verhandlungen unter Druck zu setzen. Zweitens hatte die EU-Kommission

historisch sehr gute Erfahrungen in der politischen Zusammenarbeit mit dem Unternehmer-Club [ERT](#) gemacht - eine politische Koalition, die sie nun mit dem TABD auf die atlantische Ebene ausweiten wollte. Diese Zusammenarbeit auf transatlantischer Ebene konnte sie dann zur weiteren wirtschaftlichen EU-Integration und als politisches Druckmittel gegenüber den EU-Mitgliedsstaaten nutzen. Die gleiche Strategie hatte sie schon zur Schaffung des europäischen Binnenmarktes gemeinsam mit dem [ERT](#) angewendet.

Es wäre jedoch unvollständig, die Zusammenarbeit zwischen US-Regierung, EU-Kommission und transnationalen Unternehmen nur als politische Kooperation eigenständiger Akteure zu bezeichnen. Aus der wissenschaftlichen Literatur geht hervor, dass die Behörden selbst aktiv auf die politische Organisation der Unternehmen hinwirkte ("community building"^[29] vgl. auch^[30]). Die Transatlantische Unternehmenslobby ist also auch ein Produkt der Initiative von US-Regierung und EU-Kommission.

Das Verhältnis des TABD zu anderen Lobbygruppen

Nicht nur zu Regierungen, sondern auch zu den klassischen Unternehmerverbänden steht der von Vorstandschefs angetriebene TABD in einem speziellen Verhältnis. Der TABD wollte sich explizit von schwerfälligen Unternehmerverbänden wie [BusinessEurope](#) abgrenzen (damals UNICE genannt, der größte Unternehmerverband auf EU-Ebene). "A businessperson involved in TABD acknowledged that there was 'a certain tension with associations like UNICE. We want to benefit from their knowledge, but we don't want to be held up by their democratic process' ".^[31]

Mit dem TABD wird ein politisches Lobbymodell fortgeführt, das bereits von US-amerikanischer und europäischer Ebene bekannt ist: Eine avantgardistische Gruppe von Vorstandschefs (CEOs) schließt sich in einem Club zusammen, um grundlegende politisch-ökonomische Reformen in enger Zusammenarbeit mit der Politik voranzutreiben. In den USA wurde 1972 der Business Round Table ([BRT](#)) von Vorstandschefs der größten US-Unternehmen gegründet, der enormen politischen Einfluss gewann und deren Mitgliedsunternehmen heute „more than a quarter of the total value of the U.S. stock market“^[32] repräsentieren (vgl. wissenschaftliche Literatur zum BRT: [\[33\]](#)[\[34\]](#)[\[35\]](#))

Auf europäischer Ebene organisierte sich Anfang der 1980er Jahre der European Roundtable of Industrialists [ERT](#), ebenfalls ein äußerst einflussreicher Club von Vorstandschefs, der sich erfolgreich für die Schaffung der europäischen Binnenmarktes einsetzte.^[36] Mit dem TABD wurde 1995 ein weiterer Club von Vorstandschefs geschaffen, nur diesmal eine Ebene höher, auf transatlantischer Ebene. Während der ERT sich erfolgreich für die Schaffung des europäischen Marktes einsetzte, übernimmt nun der TABD dieselbe Aufgabe für einen transatlantischen Markt. Die enge politische Kooperation der Vorstands-Clubs wird in ihren eigenen Dokumenten deutlich: Der ERT schreibt selbst, dass ohne seine Unterstützung der TABD nicht entstanden wäre.^[37]

Fallbeispiele und Kritik zum TABD

Fallkritik: Die Dominanz der Unternehmenslobby in der transatlantischen Zusammenarbeit

Als zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften in den 1990er Jahren merkten, dass sich auf transatlantischer Ebene eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen Regierungen und transatlantischen Unternehmen entwickelte, versuchten auch sie sich auf transatlantischer Ebene politisch zu organisieren. So wurden als Gegengewicht zum einflussreichen Unternehmertag TABD auch weitere Dialoge gegründet:

Der Transatlantic Consumer Dialogue (TACD, Konsumentendialog gegründet 1998), der Transatlantic Labor Dialogue (TALD, Gewerkschaftsdialog, gegründet 1998, bald danach aufgelöst), der Transatlantic Legislator's Dialogue (TLD, Parlamentarierdialog, gegründet 1999), der Transatlantic Environmental Dialogue (TAED, Umweltdialog, gegründet 1999, aufgelöst 2000). Die Literatur zu diesen zusätzlichen Dialogen spricht jedoch eine eindeutige Sprache: Im Vergleich zum TABD spielen sie eine sehr geringe Rolle. Den anderen Dialogen wird von EU-Kommission und US-Seite eine weit geringere Priorität zugesprochen, ihnen wird weit weniger Zugang zu Entscheidungsträgern und dem Policy-Prozess gewährt und sie erhalten unzureichende finanzielle und organisatorische Unterstützung.. [\[38\]](#)[\[39\]](#)

• **Der Verbraucherdialog TACD**

Der TACD (Transatlantic Consumers Dialogue) besteht aus einer Vielzahl an Verbraucherverbänden von beiden Seiten des Atlantiks und ist der wahrscheinlich noch am besten funktionierende Dialog neben dem TABD (TACD 2015). Trotzdem wurde ihm in der Anfangsphase kein oder nur eingeschränkter formeller Zugang zu Entscheidungsträgern während intergouvernementaler Verhandlungen gewährt. [\[40\]](#) Heute ist der TACD der einzige Dialog neben dem TABD mit aktivem Internetauftritt und einer institutionellen Position zu TTIP - wobei er sich kritisch, aber nicht ablehnend äußert. [\[41\]](#)

• **Der Gewerkschaftsdialog TALD**

Der TALD (Transatlantic Labor Dialogue) bestand aus der American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO) und der European Trade Union Council (ETUC), den jeweils führenden Arbeitnehmerverbänden, und öffnete sich auch für weitere Arbeitnehmerorganisationen. [\[42\]](#) Einer kurzen Phase des Enthusiasmus bei der Gründung 1998 folgte schnell Resignation. Die Gewerkschaften merkten bald, dass die NTA, in die der TALD eingebettet war, nicht als ernsthafter Versuch gemeint war, Arbeitnehmerinteressen auf transatlantischer Ebene zu integrieren. Es herrschte der Eindruck, dass Dialoge wie der TALD vor allem dem Zweck eines legitimierenden Feigenblattes für die Regierungen dienten, um ihr neoliberales Projekt der Marktintegration und -öffnung durchzusetzen. [\[43\]](#) Als formelle Institution ist der TALD deswegen relativ schnell nach der Gründung wieder gestorben. [\[44\]](#) Heute äußern sich AFL-CIO und ETUC zwar noch gemeinsam zum Thema TTIP, arbeiten aber nicht über die Struktur des TALD. [\[45\]](#)[\[46\]](#)

• **Der Parlamentarierdialog TLD**

Der TLD (Transatlantic Legislators Dialogue) - ein halbjähriges Treffen zwischen US- und EU-Parlamentariern - litt in der Vergangenheit vor allem am Desinteresse (bzw. anderen Prioritäten) der Parlamentarier und einer mangelhaften institutionellen Konstruktion. "There is widespread and deeply held consensus amongst our interlocutors that the TLD is now 'dysfunctional' " (im Jahr 2004 [\[47\]](#)). Im Bezug auf TTIP finden heute Treffen im Rahmen des TLD statt. Bezeichnenderweise kritisierten dabei viele MEPs im Juli 2014 den mangelnden Einfluss der Parlamente auf die Verhandlungen und einige sprachen sich für die Etablierung eines strukturierteren Dialoges aus. [\[48\]](#)

• **Der Umweltdialog TAED**

Am drastischsten ist das Beispiel des TAED (Transatlantic Environmental Dialogue). Der Umweltdialog wurde von den Regierungen systematisch als zweitrangiger Dialog vernachlässigt. [\[49\]](#) und im Jahr 2000 (ein Jahr nach der Gründung) wieder aufgelöst, als die US-Regierung mangels Interesse an Umweltverbänden schlichtweg die Finanzierung einstellte. [\[50\]](#)

• **Schlussfolgerung**

Umwelt- und Arbeitnehmerinteressen spielen in der transatlantischen Zusammenarbeit keine formelle Rolle. Als "die drei existierenden Dialoge", die den Transatlantic Economic Council ([TEC](#), Institution aus der TTIP hervorging) offiziell beraten, werden heute nur noch die Dialoge der Unternehmen, Konsumentenverbände und Parlamentarier genannt. [\[51\]](#) Die transatlantische Zusammenarbeit ist also schon seit Jahrzehnten von einem starken Machtungleichgewicht zugunsten der Unternehmenslobby geprägt.

Fallkritik: Der TABD und TTIP

Der TABD ist die zentrale Lobbyorganisation, die sich seit 1995 mit den oben beschriebenen Mitteln für einen transatlantischen Markt einsetzt und mit TTIP kurz vor der Verwirklichung dieses Projekts steht. Nach zunächst eher kleineren Fortschritten der regulatorischen Zusammenarbeit und phasenweiser Stagnation des TABD wurde 2007 der nächste große Schritt genommen: der [Transatlantic Economic Council](#) (TEC) zur engeren regulatorischen Zusammenarbeit wurde auf Initiative der Bundesregierung, die unter Angela Merkel die EU-Ratspräsidentschaft inne hatte, gegründet. [\[52\]](#) Die US-Regierung unter Bush war zunächst skeptisch, da protektionistische Länder wie Frankreich frühere Initiativen gebremst hatten (u.a. zum Schutz der Agrarwirtschaft), ließ sich jedoch letztendlich (vor allem von Deutschland) von der Ernsthaftigkeit des europäischen Vorschlags überzeugen (ebd.).

Transatlantische Dialogforen der Großunternehmen (TABD), der Konsumentenverbände (TACD) und der Parlamente (TLD) wurden zu offiziellen Beratern des TEC. Anfang 2013 ging letztendlich die Initiative für TTIP aus dem TEC (bzw. der zugehörigen High Level Working Group on Jobs and Growth, HLWG) hervor. Von allen transatlantischen Dialogen war es also allein der TABD, dessen zentrales politisches Projekt – ein transatlantischer Markt - von den Regierungen übernommen wurde. Die Kritik an TTIP lässt sich heute nur vor dem Hintergrund der oben beschriebenen starken Machtungleichgewichts zwischen den verschiedenen Interessengruppen verstehen. Das Desinteresse an Umwelt- und Gewerkschaftsinteressen während Freihandelsverhandlungen erschütterte das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern auf beiden Seiten des Atlantiks in ihre jeweiligen Regierungen und sorgt für zunehmende Kritik.

Fallkritik: Regulatorische Zusammenarbeit und Senkung von Standards

Der TABD ist außerdem ein wichtiges Forum für die sogenannte regulatorische Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU. Eine Studie [\[53\]](#) von LobbyControl und Corporate Europe Observatory zeigt an mehreren historischen Fallbeispielen, dass der TABD auf die Senkung von Standards hingewirkt hat und systematisch als Beratungsorgan von US- und EU Handelsbürokraten einbezogen wurde. In der Studie herausgestellte Beispiele sind u.a. die Verwässerung des EU-Vorhabens zur Regulierung von giftigem Elektroschrott und der mit dem Safe-Harbor-Abkommen ausgestellte Freifahrtschein für US-Unternehmen, der ihnen die Umgehung von Datenschutzbestimmungen ermöglichte.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ Coen, David; Grant, Wyn (2005), Business and Government in International Policymaking: The Transatlantic Business Dialogue as An Emerging Business Style?: S. 55, In: Kelly, Dominic; Grant, Wyn (Hrsg.), The Politics of International Trade in the Twenty-First Century. Actors, Issues and Regional Dynamics, Palgrave Macmillan, New York, S. 47 – 70
2. ↑ Cowles, Maria Green (2001), The Transatlantic Business Dialogue: Transforming the New Transatlantic Dialogue: S. 214, In: Pollack, Mark A.; Shaffer, Gregory C. (Hrsg.), Transatlantic Governance in the Global Economy, Rowman & Littlefield Publishers, Maryland, S. 213 - 234
3. ↑ Cowles, Maria Green (2001), The Transatlantic Business Dialogue and Domestic Business-Government Relations: S. 160 f., In: Cowles, Maria Green; Caporaso, James; Risse, Thomas (Hrsg.), Transforming Europe, Cornell University Press, New York, S. 159 – 179
4. ↑ Cowles, Maria Green (2001), The Transatlantic Business Dialogue: Transforming the New Transatlantic Dialogue: S. 214, In: Pollack, Mark A.; Shaffer, Gregory C. (Hrsg.), Transatlantic Governance in the Global Economy, Rowman & Littlefield Publishers, Maryland, S. 213 - 234
5. ↑ Coen, David; Grant, Wyn (2001), Corporate Political strategy and global policy: A case study of the Transatlantic Business Dialogue: S. 37, European Business Journal, 13: 1, S. 37 – 44
6. ↑ Mitglied der EU-Kommission, zitiert nach Coen, David; Grant, Wyn (2005), Business and Government in International Policymaking: The Transatlantic Business Dialogue as An Emerging Business Style?: S. 53, In: Kelly, Dominic; Grant, Wyn (Hrsg.), The Politics of International Trade in the Twenty-First Century. Actors, Issues and Regional Dynamics, Palgrave Macmillan, New York, S. 47 – 70
7. ↑ TABD Member Companies, transatlanticbusiness.org, abgerufen am 14.01.2016
8. ↑ TABD Vorsitzende, transatlanticbusiness.org, abgerufen am 18.01.2016
9. ↑ TABD Vorsitzende, transatlanticbusiness.org, abgerufen am 18.01.2016
10. ↑ 2013 TABD Aktivitäten, transatlanticbusiness.org, abgerufen am 18.01.2016
11. ↑ Meeting-Report TABD 2013 PDF S. 1 und 5 f., vom 25.01.2013, abgerufen am 18.01.16
12. ↑ Meeting-Report TABD 2013, PDF S. 4, vom 25.01.2013, abgerufen am 18.01.16
13. ↑ 2014 TABD Aktivitäten, transatlanticbusiness.org, abgerufen am 18.01.2016
14. ↑ 2014 TABD Aktivitäten, transatlanticbusiness.org, abgerufen am 18.01.2016
15. ↑ TABC Eventss.org, abgerufen am 18.01.2016
16. ↑ 2015 TABD Aktivitäten, transatlanticbusiness.org, abgerufen am 18.01.2016
17. ↑ The European Evaluation Consortium (2004), Evaluation of the Transatlantic Business Dialogue - Executive Summary, im Auftrag der Europäischen Kommission, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter http://ec.europa.eu/enterprise/dg/files/evaluation/2004_executive_summary_en.pdf (Kurzfassung). Die komplette Studie ist einsehbar unter <http://ec.europa.eu/smart-regulation/evaluation/search/download.do;jsessionid=kNvqAubTXIBM4SnLOUiVBugjlutilcvhIIRFHMxCuxLjvDaotyPIO!-639955766?documentId=2183>
18. ↑ The European Evaluation Consortium (2004), Evaluation of the Transatlantic Business Dialogue - Executive Summary: S. 7, im Auftrag der Europäischen Kommission, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter http://ec.europa.eu/enterprise/dg/files/evaluation/2004_executive_summary_en.pdf. Die komplette Studie ist einsehbar unter <http://ec.europa.eu/smart-regulation/evaluation/search/download.do;jsessionid=kNvqAubTXIBM4SnLOUiVBugjlutilcvhIIRFHMxCuxLjvDaotyPIO!-639955766?documentId=2183>

19. ↑ The European Evaluation Consortium (2004), Evaluation of the Transatlantic Business Dialogue - Executive Summary: S. 3, im Auftrag der Europäischen Kommission, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter http://ec.europa.eu/enterprise/dg/files/evaluation/2004_executive_summary_en.pdf. Die komplette Studie ist einsehbar unter <http://ec.europa.eu/smart-regulation/evaluation/search/download.do;jsessionid=kNvqAubTXIBM4SnLOUiVBugjlutilcvhIIRFHM CuxLjvDaotyPIO!-639955766?documentId=2183>
20. ↑ Peterson, John (Leiter Projektteam)(2004), Review of the Framework for Relations between the European Union and the United States: S. 53, im Auftrag der Europäischen Kommission, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter http://www.gla.ac.uk/media/media_36177_en.pdf
21. ↑ The European Evaluation Consortium (2004), Evaluation of the Transatlantic Business Dialogue - Executive Summary: S. 10, im Auftrag der Europäischen Kommission, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter http://ec.europa.eu/enterprise/dg/files/evaluation/2004_executive_summary_en.pdf. Die komplette Studie ist einsehbar unter <http://ec.europa.eu/smart-regulation/evaluation/search/download.do;jsessionid=kNvqAubTXIBM4SnLOUiVBugjlutilcvhIIRFHM CuxLjvDaotyPIO!-639955766?documentId=2183>
22. ↑ van Scherpenberg, Jens (2006), Die Integration des Atlantischen Wirtschaftsraums, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, S. 11 ff., online einsehbar unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2006_S24_spb_ks.pdf
23. ↑ The European Evaluation Consortium (2004), Evaluation of the Transatlantic Business Dialogue - Executive Summary: S. 5, im Auftrag der Europäischen Kommission, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter http://ec.europa.eu/enterprise/dg/files/evaluation/2004_executive_summary_en.pdf. Die komplette Studie ist einsehbar unter <http://ec.europa.eu/smart-regulation/evaluation/search/download.do;jsessionid=kNvqAubTXIBM4SnLOUiVBugjlutilcvhIIRFHM CuxLjvDaotyPIO!-639955766?documentId=2183>
24. ↑ Woll, Cornelia (2009), Trade Policy Lobbying in the European Union: Who Captures Whom?: S. 281, In: Coen, David; Rich-ardson, Jeremy (Hrsg), Lobbying in the European Union: Institutions, Actors and Issues, Oxford University Press, New York, S. 277 – 297
25. ↑ Cowles, Maria Green (2001), The Transatlantic Business Dialogue: Transforming the New Transatlantic Dialogue, S. 218, In: Pollack, Mark A.; Shaffer, Gregory C. (Hrsg.), Transatlantic Governance in the Global Economy, Rowman & Littlefield Publishers, Maryland, S. 213 – 234
26. ↑ Woll, Cornelia (2009), Trade Policy Lobbying in the European Union: Who Captures Whom?: S. 281, In: Coen, David; Rich-ardson, Jeremy (Hrsg), Lobbying in the European Union: Institutions, Actors and Issues, Oxford University Press, New York, S. 277 – 297
27. ↑ Cowles, Maria Green (2001), The Transatlantic Business Dialogue and Domestic Business-Government Relations, S. 168, In: Cowles, Maria Green; Caporaso, James; Risse, Thomas (Hrsg), Transforming Europe, Cornell University Press, New York, S. 159 – 179
28. ↑ Coen, David; Grant, Wyn (2005), Business and Government in International Policymaking: The Transatlantic Business Dialogue as An Emerging Business Style?: S. 54, In: Kelly, Dominic; Grant, Wyn (Hrsg.), The Politics of International Trade in the Twenty-First Century. Actors, Issues and Regional Dynamics, Palgrave Macmillan, New York, S. 47 – 70
29. ↑ Coen, David (1998), The European Business Interest and the Nation State: Large-firm Lobbying in the European Union and Member States: S. 98 und 79, Journal of Public Policy, 18: 1, S. 75-100
30. ↑ Woll, Cornelia (2009), Trade Policy Lobbying in the European Union: Who Captures Whom?: S. 281, In: Coen, David; Rich-ardson, Jeremy (Hrsg), Lobbying in the European Union: Institutions, Actors and Issues, Oxford University Press, New York, S. 277 – 297

31. ↑ Coen, David; Grant, Wyn (2005), Business and Government in International Policymaking: The Transatlantic Business Dialogue as An Emerging Business Style?: S. 57, In: Kelly, Dominic; Grant, Wyn (Hrsg.), The Politics of International Trade in the Twenty-First Century. Actors, Issues and Regional Dynamics, Palgrave Macmillan, New York, S. 47 – 70
32. ↑ [Business Round Table, About](#), businessroundtable.org, abgerufen am 18.01.2016
33. ↑ Walker, Edward T.; Rea, Christopher M. (2014), The Political Mobilization of Firms and Industries: S. 291, In: Annual Review of Sociologie, 40: S. 281–304
34. ↑ Edsall, Thomas Byrne (1984), The New Politics of Inequality: S. 121 f., W.W. Norton & Company, New York
35. ↑ Harvey, David (2007), Kleine Geschichte des Neoliberalismus: S. 58, Rotpunktverlag, Zürich
36. ↑ Cowles, Maria Green (1995), Setting the Agenda for a New Europe: The ERT and EC 1992, In: Journal of Common Market Studies, 33: 4
37. ↑ European Round Table of Industrialists, ERT (2010), ERT Highlights: S. 52 und 68, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter http://www.ert.eu/sites/ert/files/2010_october_-_ert_highlights.pdf
38. ↑ Bignami, Francesca; Charnovitz, Steve (2001), Transatlantic Civil Society Diablogues, In: Pollack A. Mark, Shaffer C. Gregory (Hrsg), Transatlantic Governance in the Global Economy, Rowman & Littlefield Publishers, Inc., Maryland, S. 255 – 268
39. ↑ Peterson, John (Leiter Projektteam)(2004), Review of the Framework for Relations between the European Union and the United States: S. 55 ff., im Auftrag der Europäischen Kommission, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter http://www.gla.ac.uk/media/media_36177_en.pdf
40. ↑ Bignami, Francesca; Charnovitz, Steve (2001), Transatlantic Civil Society Diablogues: S. 268, In: Pollack A. Mark, Shaffer C. Gregory (Hrsg), Transatlantic Governance in the Global Economy, Rowman & Littlefield Publishers, Inc., Maryland, S. 255 – 268
41. ↑ Transatlantic Consumer Dialogue, TACD (2015), About TACD, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter <http://tacd.org/about-tacd/>
42. ↑ Knauss, Jody; Trubek, David (2001), The Transatlantic Labor Dialogue: Minimal Action in a Weak Structure: S. 235 f., In: Pollack A. Mark, Shaffer C. Gregory (Hrsg), Transatlantic Governance in the Global Economy, Rowman & Littlefield Publishers Inc., Maryland, S. 235 – 254
43. ↑ Knauss, Jody; Trubek, David (2001), The Transatlantic Labor Dialogue: Minimal Action in a Weak Structure: S. 237, In: Pollack A. Mark, Shaffer C. Gregory (Hrsg), Transatlantic Governance in the Global Economy, Rowman & Littlefield Publishers Inc., Maryland, S. 235 – 254
44. ↑ Barber, Stephen; Meyer, Henning (2011), Making transatlantic economic relations work: S. 108, Global policy, 2: 1, zuletzt ab-gerufen am 29.06.15 unter <http://eprints.lse.ac.uk/37779/>
45. ↑ AFL-CIO (2014), AFL-CIO and ETUC Release Joint Principles for TransAtlantic Trade and Investment Partnership, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter <http://www.aflcio.org/Press-Room/Press-Releases/AFL-CIO-and-ETUC-Release-Joint-Principles-for-Trans-Atlantic-Trade-and-Investment-Partnership>
46. ↑ ETUC.org (2014), Declaration of Joint Principles ETUC/AFL-CIO - TTIP must work for the people, or it won't work at all, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter http://www.etuc.org/documents/declaration-joint-principles-etucafl-cio-ttip-must-work-peopleor-it-wont-work-all#.VSMex5O_bWs
47. ↑ Peterson, John (Leiter Projektteam)(2004), Review of the Framework for Relations between the European Union and the United States: S. 58, im Auftrag der Europäischen Kommission, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter http://www.gla.ac.uk/media/media_36177_en.pdf
48. ↑ Arc2020.eu (2014), Transatlantic Dialogue between legislators on TTIP in European Parliament, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter <http://www.arc2020.eu/front/2014/07/transatlantic-dialogue-between-legislators-on-ttip-in-the-european-parliament/>
49. ↑ Bignami, Francesca; Charnovitz, Steve (2001), Transatlantic Civil Society Diablogues: S. 273, In: Pollack A. Mark, Shaffer C. Gregory (Hrsg), Transatlantic Governance in the Global Economy, Rowman & Littlefield Publishers, Inc., Maryland, S. 255 – 268

50. ↑ EurActiv (2000), Transatlantic Environment Dialogue suspended, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter <http://www.euractiv.com/climate-environment/transatlantic-environment-dialogue-suspended/article-115699>
51. ↑ Directorate General Enterprise (o.J. a), EU-USA- Transatlantic Economic Council, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter http://ec.europa.eu/enterprise/policies/international/cooperating-governments/usa/transatlantic-economic-council/index_en.htm
52. ↑ Financial Times (2007), US cautiously welcomes Berlin trade plan, zuletzt abgerufen am 28.06.15 unter <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/be78d762-9b98-11db-aa70-0000779e2340.html?siteedition=uk>
53. ↑ Ein gefährliches regulatorisches Duett - Wie Bürokraten und Großunternehmen durch die transatlantische Regulatorische Kooperation bei TTIP dem Gemeinwohl schaden könnten, LobbyControl.de, abgerufen am 20.01.2016

Transatlantic Policy Network

Transatlantic Policy Network (TPN)

Das **Transatlantic Policy Network (TPN)** ist eine Organisation großer europäischer und US-amerikanischer Unternehmen sowie wirtschaftsnaher Netzwerke, die durch die Einbindung von europäischen und US-amerikanischen Politikern die transatlantische Politik im Sinne ihrer wirtschaftlichen Interessen beeinflusst. Das TPN setzte sich insbesondere für das geplante US-EU-Freihandelsabkommen **TTIP** ein.



Rechtsform	Nichtregierungsorganisation
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	1992
Hauptsitz	Brüssel und Washington
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue Froissart 115, 1040 Brüssel
Webadresse	www.tpnonline.org

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	84
2 Organisationsstruktur und Personal	84
2.1 Vorstand ("Board of Directors")	84
2.2 Lenkungsausschuss ("Steering Committee")	84
2.3 Beratender politischer Ausschuss ("Advisory Political Committee")	84
2.4 Beratender Unternehmensausschuss ("Advisory Business Committee")	84
2.5 Ehrenpräsidenten	85
2.6 Mitglieder	85
2.7 Kooperierende Organisationen ("Cooperating Institution")	85
3 Finanzen	85
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	85
5 Einelnachweise	85

Aktivitäten

Das TPN dient der Interessenkoordinierung und Vernetzung von Unternehmen, Verbänden, Parlamentariern und Regierungsvertretern aus den USA und der EU. Die Positionen des TNP sind der Initiative [Strengthening and renewing the transatlantic agenda](#) und [The TPN PAPERS: TOWARDS TRANSATLANTIC PARTNERSHIP 2030](#) zu entnehmen. Die Interessenkoordinierung findet insbesondere in den Lenkungsausschüssen („Steering Committees“) statt. Außerdem gibt es fünf Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen: Political Dimension, Security and Defence, Sustainable Development, Digital transformation sowie Trade and investment.

Als weitere Aktivitäten werden genannt:

- „Transatlantic Week“. Diese mehrtägige Konferenz findet jährlich statt. Teilnehmer sind Abgeordnete, Mitglieder der US Administration, Beamte der EU-Institutionen, Vertreter der Wirtschaft und der Verbände
- „Outreach Roundtables“ sind Informelle Gesprächsrunden
- „Political and Educational Exchanges“. Es handelt sich um einen Meinungsaustausch mit Mitgliedern des US-Kongresses und des Europäischen Parlaments. Über langfristige Kontakte wird auch der Austausch von Mitarbeitern erleichtert, der von kooperierenden Organisationen ("cooperating institutions") organisiert wird.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand ("Board of Directors")

Mitglieder des fünfköpfigen [Board of Directors](#) sind u.a.:

- James Ellis, Vorsitzender, bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments (Großbritannien/Konservative Partei), Mitgründer und Mitglied des Lenkungsausschusses („Steering Committee“) des [European Internet Forum](#) (EIF)
- Thierry de l'Escaille, Generalsekretär der European Landowner's Association

Lenkungsausschuss ("Steering Committee")

- Vorsitzende des EU-Lenkungsausschusses ist Danuta Hübner, Mitglied des Europäischen Parlaments (Polen/EPP), dort Mitglied im „Ausschuss für internationalen Handel“ und „Ausschuss für Wirtschaft und Währung“) sowie Mitglied von: [European Parliamentary Financial Services Forum](#), [Knowledge4Innovation](#) und [European Internet Forum](#)
- Vorsitzender des US-Lenkungsausschusses ist Jim Costa, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (Demokrat)

Beratender politischer Ausschuss ("Advisory Political Committee")

Vorsitzende ist Kati Piri, Mitglied des Europäischen Parlaments (Niederlande/S&D), dort Mitglied im Ausschuss für internationale Handel

Beratender Unternehmensausschuss ("Advisory Business Committee")

- Vorsitzender auf EU-Seite: [Burkhard Ober](#), Associate Partner bei der Hume Brophy Consultancy mit Zuständigkeit für Lobbyismus, Vorsitzender des [Wirtschaftsrat Brüssel](#), bis 08/2020 Head of Global Public Policy bei der [Allianz SE](#)

- Vorsitzender auf US-Seite: [Lisa Schroeter](#), Global Director, Trade and Investment Policy bei Dow Chemical, ehem. Direktorin des [Transatlantic Business Dialogue \(TABD\)](#) und Mitglied einer Vielzahl wirtschaftsnaher Organisationen

Ehrenpräsidenten

- Ehrenpräsident auf EU-Seite: [Elmar Brok](#)
- Ehrenpräsident auf US-Seite: John Boehner

Mitglieder

- [Mitglieder des Europäischen Parlaments](#) sind u.a.: Reinhard Bütikofer (Deutschland/EFA), Constanze Angelika Krehl (Deutschland/S&D), Sergey Lagodinsky (Deutschland/EFA), [Andreas Schwab](#) (Deutschland /EPP), Daniel Caspary (Deutschland/EPP), Michael Gahler (Deutschland/EPP), Jan-Christian Ehler (Deutschland/EPP), [Markus Ferber](#) (Deutschland/EPP), David McAllister (Deutschland/EPP), Sven Schulze (Deutschland/EPP) und Axel Voss (Deutschland/EPP)
- [Mitglieder des US-Kongresses](#) sind Senator Roger Wick und 10 Mitglieder des Repräsentantenhauses
- [Business Members](#) sind u.a.: [Allianz](#), Siemens, [BASF](#), Daimler, Facebook, Microsoft, Apple, Bertelsmann, Dow Chemical, [Google](#) und UPS

Kooperierende Organisationen ("Cooperating Institution")

Zu den [kooperierende Organisationen](#) gehören: [AmCham EU](#), [BusinessEurope](#), [European Policy Centre \(EPC\)](#), European-American Business Council, [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik \(DAPG\)](#), [European Roundtable of Industrialists \(ERT\)](#)

Finanzen

Laut [EU Transparenz-Register](#) finanziert das TPN sich ausschließlich über Mitgliedsbeiträge. Das Budget belief sich im Jahr 2020 auf ca. 487 Tsd. Euro.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

Transparenzregister EU

Weiterleitung nach:

- [Lobbyregister EU](#)

BusinessEurope

BusinessEurope ist der Dachverband europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände mit Sitz in Brüssel. 2021 hatte er 40 Mitgliedsverbände aus 35 europäischen Ländern. Deutsche Mitglieder sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#). In der EU zählt der Verband zu den größten und einflussreichsten Lobbyorganisationen mit besten Kontakten zur EU-Kommission, dem EU-Parlament, dem Europäischen Rat und den Mitgliedstaaten. Für das Geschäftsjahr 2021 gab BusinessEurope an, sich 402 mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen zu haben [1], womit der Verband nach Angaben von [lobbyfacts.eu](#) den ersten Platz unter den gelisteten Organisationen belegte. Der große Einfluss, den BusinessEurope in den [Arbeitsgruppen des Europäischen Rats](#), hat, ist von Corporate Europe eingehend untersucht worden. [2] Von besonderer Bedeutung ist danach die Mitwirkung in der [Working Party on Competitiveness and Growth](#).

BusinessEurope betreibt intensive Lobbyarbeit, unter anderem bei der Aufweichung konkreter EU Klimaziele. Die Denkfabrik Influence Map kommt in einer Bewertung der Lobbyaktivitäten zur EU-Klimapolitik zu folgendem Ergebnis: BusinessEurope hat die Klimapolitik-Bestrebungen der EU seit 2015 überwiegend abgelehnt und scheint - trotz einer zunehmend positiven Kommunikation des „energy mix“ 2020-21 - weiterhin gegen verschiedene Aspekte der anspruchsvolleren Klimapolitik zu lobbyieren, die als „EU Green Deal“ und „Fit for 55 package“ vorgeschlagen wird. [3] Ein weiterer Schwerpunkt der Lobbyaktivitäten besteht in der Durchsetzung regulatorischer Kooperation in der Handelspolitik.

BusinessEurope

Rechtsf orm	internationaler gemeinnütziger Verein nach belgischem Recht (a.i.s.b.l.)
Tätigke ch	Interessenvertretung der europäischen Wirtschaft
Gründu m März 1958, 2007 umbenannt in	ngsdat BusinessEurope, the confederation of
um tz	European business
Hauptsi tz	Av. de Cortenbergh 168, 1000 Brüssel
Lobbyb üro	
Lobbyb üro EU	
Webad resse	businesseurope.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	87
2 Lobbystrategien und Einfluss	87
2.1 Lobbyisten	88
2.2 EU-Expertengruppen	88
2.3 Seitenwechsel	88
2.4 European Business Summit	88
2.5 BusinessEurope Day	89

3 Fallstudien und Kritik	90
3.1 2023/2024 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC	90
3.2 2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz	91
3.3 2013-2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA	92
3.4 2012-2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP	93
3.5 2010-2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik	94
3.6 2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister	94
3.7 2009-2018: Better Regulation	95
4 Organisationsstruktur und Personal	96
4.1 Verbindungen	96
5 Finanzen	96
6 Geschichte	97
7 Weiterführende Informationen	97
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	97
9 Einelnachweise	97

Aktivitäten

Laut Selbstdarstellung repräsentiert BusinessEurope in Brüssel die politischen Interessen von 20 Millionen Mitgliedsunternehmen aus 35 Staaten. Als Hauptaufgabe versteht BusinessEurope die Verteidigung dieser Interessen gegenüber den europäischen Institutionen, und als Hauptziel die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen im internationalen Vergleich.^[4] Dies soll vor allem durch eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung in den Bereichen Arbeit und Soziales sowie Umwelt und Klima erfolgen. Auch die Außen- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer sind von zentraler Bedeutung. Übergeordnetes Ziel der Arbeit von BusinessEurope ist ein beständiges ökonomisches Wachstum innerhalb der EU.

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

BusinessEurope pflegt auf höchster Ebene Kontakte zu Institutionen, die in der EU an der Ausarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung von Gesetzen, Richtlinien, und anderen Regularien beteiligt sind, insbesondere zur EU-Kommission.^[5] Während des Gesetzgebungsprozesses nehmen LobbyistInnen von BusinessEurope sowohl auf die strategische Ausrichtung als auch auf die konkrete Ausgestaltung durch persönliche Treffen und Policy Papers Einfluss. Weil letztere in regelmäßigen Abständen in sehr ähnlich klingende, offizielle EU-Positionen münden, gilt Business Europe als eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen in Brüssel^[6]

Ein 2018 geleaktes internes Dokument von BusinessEurope zeigt, mit welchen fragwürdigen Methoden der Verband gegen eine Verschärfung der Klimaziele der EU vorgehen wollte.^[7] Option 1: Positives Verhalten, so lange das Vorhaben keinerlei Auswirkungen auf die Industrie hat. Option 2: Man könne sich gegen den Vorschlag stellen, „unter Gebrauch der üblichen Argumente eines globalen Spielfelds, wir können nicht für andere kompensieren etc.“ Option 3: „challenge the process“: Die Industrie könnte den Prozess infrage stellen, etwa indem sie anzweifelt, dass die Klimaziele fair und transparent berechnet wurden. Oder sie könnte fragen, ob die Folgen ausreichend abgeschätzt wurden oder neue Risiken drohen.

Lobbyisten

Im [Transparenzregister EU](#) hat BusinessEurope 30 Vollzeit-Lobbyisten registriert, von denen 25 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des [EU-Parlaments](#) akkreditiert sind.^[8] (Stand: Juli 2023)

EU-Expertengruppen

BusinessEurope gehört 39 [Expertengruppen der EU-Kommission](#) an. Unter anderem ist der Dachverband in der "Commission's Expert Group on Sustainable Consumption and Production" und der "Consumer Policy Advisory Group" vertreten.^[8]

Seitenwechsel

- [Marten Westrup](#) arbeitete bis September 2010 für die *Generaldirektion Unternehmen und Industrie* in der [EU-Kommission](#) und nahm anschließend einen Beraterjob bei BusinessEurope an, um den Arbeitgeberverband in Klimafragen zu beraten. 2011 wechselte er zurück in die EU-Kommission zur *Generaldirektion Energie*. Die Kommission erteilte für diesen Wechsel eine Ausnahmegenehmigung.
- [Eoin O'Malley](#) arbeitete vier Jahre lang als "Senior Advisor on International Relations" für BusinessEurope. Im Juni 2010 wechselte er zur EU-Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und später zur EU-Generaldirektion Handel, wo er Teil des Strategie-Teams ist. Die Kommission weigerte sich erarbeitete Dokumente oder Reden von O'Malley zu veröffentlichen. Nach einer Konferenz im März 2015 zu den Auswirkungen von TTIP auf Malta wurde er auf Twitter zitiert: "Die EU-Kommission braucht Input und Teilnahme der Unternehmen in der Debatte. Die Menschen müssen wissen, was die ökonomischen Vorteile sind." (Übersetzung des Verfassers) ^[9]

European Business Summit

[European Business Summit](#) (EBS) ist eine Organisation, die Konferenzen ausrichtet, bei denen UnternehmensvertreterInnen auf hochrangige EU-Politiker treffen. Hauptveranstaltung ist das gleichnamige, jährlich stattfindende Gipfeltreffen. BusinessEurope und die [Federation of Enterprises in Belgium](#) (FEB) sind die Initiatoren. Die Veranstaltung steht außerdem unter der Schirmherrschaft des belgischen Königs.^[10] Zu

den SprecherInnen im Jahre 2018 gehörten beispielsweise Frans Timmermanns (Kommissionsvizepräsident) und Cecilia Malmström (EU-Handelskommissarin) sowie zahlreiche VertreterInnen von Unternehmen (u.a. Coca-Cola, Statoil, BASF) und Verbänden (u.a. BusinessEurope selbst, FuelsEurope, [European Chemical Industry Council](#)). Der European Business Summit vermittelt zwar das Bild eines Kongresses, in dem sich zwei Welten begegnen – Politik und Wirtschaft. In der Realität sind die Beziehungen zwischen den Akteuren allerdings weitaus verschwommener. Häufig sind die UnternehmensvertreterInnen schon zuvor als politische Einflussnehmer in Erscheinung getreten [\[11\]](#). Neben dem Jahrestreffen organisiert EBS noch weitere spezifische Netzwerkveranstaltungen, bei denen EU- und RegierungsvertreterInnen auf IndustrievertreterInnen treffen – so zum Beispiel der European Defence Industry Summit, eine Konferenz zur Rüstungsindustrie oder Think Digital, eine Plattform zum digitalen Binnenmarkt. Dazu kommt die ebenfalls jährliche, exklusive Nachfolgeveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum Back From Davos [\[12\]](#).

BusinessEurope Day

Der [BusinessEurope Day](#) findet seit 2014 jährlich statt. Das selbsterklärte Ziel besteht darin, eine ausgesuchte Gruppe an Führungspersonen aus Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern zusammenzubringen, um über bestimmte, die Wirtschaft betreffende Politikfelder zu diskutieren. 2014 stand die Frage nach der Bedeutung der Industrie in Fokus, 2015 der neue Investitionsplan der EU, 2016 die Leistungsfähigkeit Europas, 2018 die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft. Am 5. März 2020 fand der BusinessEurope Day zum fünften Mal statt mit dem Themenschwerpunkt "Prosperity, People, Planet". Zu den Sprechern aus der Politik gehörten unter anderem:

- Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission
- Valdis Dombrovskis, Geschäftsführender Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für Handel
- Maros Sefcovic, Vizepräsident der EU-Kommission EU-Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau
- Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt
- Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft
- Kadrid Simson, EU-Kommissarin für Energie
- Dita Charanzova, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments [\[13\]](#)

Fallstudien und Kritik

2023/2024 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom ERT, von Business Europe und CEFIC, dem Verband der europäischen Chemieindustrie. Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.
- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggf. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industrielobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. ^[9] Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzentstehungsprozess ggf. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament.^{[32][30]} In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a “Clean, Just and Competitive Transition” wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen.^[33]

2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz

Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte BusinessEurope vielschichtige Lobbyarbeit gegen weitreichende gesetzliche Maßnahmen betrieben. Wie der Bericht „Fein Raus“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe und der European Coalition for Corporate Justice zeigt, war BusinessEurope von Beginn an ein prominenter Gegner des Lieferkettengesetzes.^[14]

Ihre ablehnende Haltung machten sie in Schreiben an für das Gesetz zentrale europäische Institutionen und Personen, aber auch in direkten Treffen mit Politiker:innen deutlich. In einem Treffen mit der zuständigen Generaldirektion für Justiz forderte der Verband z.B. dass die Anforderungen an eine Erfüllung der Sorgfaltspflicht „auf die Mittel beschränkt sein und sich nicht auf die Resultate erstrecken sollten“^[14] Das bedeutete, die Unternehmen sollten lediglich auf einen Prozess der Sorgfalsprüfung verpflichtet werden, unabhängig davon ob dadurch schädliche Folgen verhindert würden. Dieses Vorhaben wurde von Menschenrechtsorganisationen klar zurückgewiesen. ^[14] Knapp vor der Abstimmung des Berichtsentwurfs im Europäischen Parlament schrieb der Verband an den zuständigen Rechtsausschuss, dass die geplanten Maßnahmen „haltlosen Vorwürfen und missbräuchlichen Klagen Tür und Tor öffnen“ würden.^[15]

Anlässlich der französischen Ratspräsidentschaft 2021 schrieb der BusinessEurope wiederum an den französischen Präsidenten **Macron**. Der Verband forderte Macron auf, die Führungsrolle Frankreichs im Rat der europäischen Union zu nutzen, um unternehmerfreundliche Politik zu machen. Im Kontext des geplanten Lieferkettengesetzes, bedeutete dies weniger strenge Regularien festzulegen.^[16]

Ein Jahr später, kurz vor der Veröffentlichung des Gesetzesaufschlags der Europäischen Kommission zu einem Lieferkettengesetz (Ende Februar 2022) hatte sich der Verband in einem direkten Brief an Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** gewandt. In diesem Schreiben forderte er einen Ansatz, der weniger weitreichend als die zuvor vom Europäischen Parlament geforderten Maßnahmen ginge. So warnte der Verband, dass zu strenge Regularien überbordende Aufgaben an Unternehmen stellen würden und somit den Wirtschaftsstandort Europa gefährden würden.^[17]

Laut dem Bericht „Fein Raus“ habe es weitere Schreiben dieser Art, oft kurz vor kritischen Entscheidungen gegeben, z.B. an den zuständigen Kommissar Reynders oder die Vizepräsidentin der EU-Kommission Jourová. Der Verband setzte also an zentralen Schlüsselstellen des Gesetzes an, um gezielte Botschaften zu senden. Die dabei verwendeten Narrative stellten das Gesetz stets in ein wirtschaftsfeindliches und nicht zielführendes Licht.^[14]

Wie ein weiterer Bericht von Corporate Europe Observatory (CEO), Friends of the Earth Europe (FoEE) und dem BUND mit dem Titel „Inside Job“^[18] zeigt, hatte auch der Dänische Industrieverband auf BusinessEurope gesetzt um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Insbesondere als Bestrebungen die damals noch zuständige Generaldirektion Justiz zu beeinflussen, zu scheitern drohten, bemühte man sich „Leute in der Kommission zu aktivieren, die auf dem Gebiet der ‚Besseren Rechtssetzung‘ arbeiten, ‘vorzugsweise über BusinessEurope, da dies ,ein stärkeres Signal aussenden würde‘“.³ Das Gremium zu „besseren Rechtssetzung“, meint dabei das **Regulatory Scrutiny Board (RSB)**, welches daraufhin zwei

Gesetzesvorschläge der Kommission blockiert hatte und somit für eine Verzögerung und „Verwässerung“^[18] des Gesetzes gesorgt hätte. Das RSB gilt als industrienah und steht den inhaltlichen Forderungen von Business Europe nahe: Seit Gründung des Ausschusses 2015 hatte sich der Vorstand des RSB 23 mal mit Interessensvertretern zur Beratung getroffen, „90 Prozent der Treffen entfielen [...] auf Wirtschaftsinteressen und diese unterstützende Denkfabriken, darunter drei Treffen mit BusinessEurope.“^[18]

2013-2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA

Das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan – Japan-EU Free Trade Agreement (JEFTA) – wurde am 06.07.2018 vom Rat der EU ratifiziert, nachdem die Verhandlungspartner im Vorjahr eine Grundeinigung erzielt hatten. Aus einer Recherche der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) geht hervor, dass BusinessEurope diejenige Konzernlobbygruppe ist, die zwischen 2014 und 2017 am häufigsten Kontakt mit der Generaldirektion Handel bezüglich JEFTA hatte^[19]

Bereits 2013 hatte BusinessEurope in einem offenen Brief an den damaligen Präsidenten der EU Kommission José Manuel Barroso große Bereitschaft signalisiert, der EU-Kommission während allen Verhandlungsphasen „detaillierten Input“ zu bieten, um jegliche Barrieren in den Handelsbeziehungen mit Japan beseitigen zu können.^[20] BusinessEurope setzte sich vor allem für eine Abschaffung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse im Rahmen von JEFTA ein. In einem Statement, das sie gemeinsam mit dem Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen Keidanren 2016 veröffentlichten forderten beide Verbände, dass nicht-tarifäre Handelshemmnisse und deren Abschaffung durch regulatorische Kooperation ein zentrales Thema bleiben müssen.^[21]

In der Praxis brachte BusinessEurope bereits Unternehmensverbände beider Seiten zusammen: Seit 2012 organisiert BusinessEurope gemeinsam mit Keidanren sogenannte Sector-to-Sector Meetings entlang der JEFTA-Verhandlungen. Teilnehmer sind europäische und japanische Industrieverbände, zu den regelmäßigen Teilnehmern gehören die Automobilverbände JAMA und ACEA^[22]. Beim sechsten Treffen am 13. Juni 2017 waren Vertreter aus dem Automobil-, Chemie-, Eisenbahn- und Digitalsektor vor Ort, außerdem der EU-Kommissar Antti Peltomäki (Generaldirektor des Fachbereichs Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) sowie Kazuo Kodama, der Botschafter der japanischen Vertretung bei der EU^[23]. Ziel der Veranstaltungen ist vor allem der Austausch über nichttarifäre Maßnahmen und regulatorische Kooperation im Kontext der JEFTA-Verhandlungen^[24]. In einer gemeinsamen Veröffentlichung bekräftigten die Teilnehmer die Forderung nach regulatorischer Kooperation erneut.

Während BusinessEurope die regulatorische Kooperation, also die gegenseitige Anpassung von Gesetzen und Standards, als einen Mechanismus zur Harmonisierung der Handelsbeziehungen beschreibt, bringt jene jedoch auch erhebliche Nachteile mit sich. Wie schon bei TTIP ist bedenklich, dass die regulatorische Kooperation es ermöglicht, voneinander abweichende Standards auf das Niveau des jeweils niedrigeren anzugeleichen. Standards zu Verbraucher- und Umweltschutz können somit gesenkt werden, indem sie als „Handelshemmnisse“ dargestellt werden. Ferner ist regulatorische Kooperation problematisch, da sie Unternehmen über internationale Beratergremien einen erheblichen Einfluss auf Formulierung und Änderung von Gesetzen einräumt.^[25]

2012–2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Einer Auswertung der vonCEO zufolge hatte BusinessEurope (gemeinsam mit dem [European Services Forum](#)) von allen Lobbyorganisationen den meisten Kontakt mit der EU-Generaldirektion Handel zum Thema **TTIP**. In den ersten 2 Jahren der Vorbereitungen und Verhandlungen zum Abkommen nahm BusinessEurope an 15 Treffen teil. [\[26\]](#)

Ende 2013 wurde ein Papier der **EU-Kommission** zu regulatorischer Kooperation geleakt. Durch das Prinzip der regulatorischen Kooperation sollen Handelshemmnisse zwischen den Vertragspartnern nach Abschluss des Abkommens abgebaut und somit eine Angleichung der Standards ermöglicht werden. Kritisch ist dies, da die amerikanischen bzw. kanadischen Standards in vielen Punkten stark von den europäischen abweichen. Besonders im Bereich des Umweltschutzes, der Chemikalienzulassung oder der Fahrzeugsicherheit sind sie sogar deutlich niedriger und deshalb kostengünstiger für Konzerne. Zentral bei der regulatorischen Kooperation ist hierbei die Einführung von Prozessen, die Unternehmen und US-Regierung früh und vor den Parlamenten in die Gesetzgebung einbinden soll. Sie erhalten dadurch eine enorme Gestaltungsmacht. Aus diesem Grund bezeichnet die [US-Handelskammer](#), die amerikanische Arbeitgeber-Lobby, die regulatorische Kooperation als "Geschenk, das immer weiter schenkt" (Übersetzung des Verfassers). [\[27\]](#)

BusinessEurope forderte bereits im Herbst 2012 eine „formale und vorrangige Beraterrolle“ für Unternehmen ein. Vertraglich muss die EU-Kommission einen ausgewogenen Dialog mit verschiedenen Interessenvertretern führen. Dennoch stellte sie klar, dass eine Beraterrolle und somit eine Institutionalisierung des privilegierten Zugangs zu Gesetzgebungsprozessen in einer branchenspezifischen regulatorischen Kooperation möglich sei. Die branchenspezifische regulatorische Kooperation bezieht sich auf 9 Industriesektoren; unter anderem geht es hierbei um die Regulierung von Arzneimitteln, Chemikalien und Pestiziden. Dazu wurden bisher keine Vertragsentwürfe veröffentlicht, sodass der Einfluss von Unternehmen auf diese stark zu vermuten, jedoch nicht überprüfbar ist. [\[28\]](#)

Vergleicht man die Vorschläge der beiden Arbeitgeberverbände BusinessEurope und der [US-Handelskammer](#) aus den Jahren 2012 [\[29\]](#) und 2014 [\[30\]](#) mit den Verhandlungspositionen der EU-Kommission im Jahr 2016 [\[31\]](#) erkennt man eine erstaunliche Ähnlichkeit. Obgleich sie nicht explizit zeigen, dass die Arbeitgeber-Lobby TTIP mitschrieben, beinhalten die vorgeschlagenen Alternativen der EU-Kommission Formulierungen, die eben jene Ziele der Verbände letztendlich doch ermöglichen könnten.

Im November 2015 wurde bekannt, dass die EU-Kommission der Erdöllobby besonders guten Zugang zu den Verhandlungen zu TTIP verschaffte. Vertreter von BusinessEurope trafen mit US-Verhandlern aus dem Außen- und Energieministerium zusammen, um über das Energiekapitel des Abkommens zu beraten. [\[32\]](#)

Am 11. Juli 2016 veröffentlichte BusinessEurope unter anderen gemeinsam mit [AmCham EU](#), [European Services Forum](#) und [Trans-Atlantic Business Council](#), der sogenannten "Business Alliance for TTIP", ein Statement, in welchem die hohen Erwartungen an die 14. Verhandlungsrunde zu TTIP betont werden. Die Allianz übte Druck aus, um vor dem Ende der Obama-Administration einem Abschluss des TTIP-Abkommens näherzukommen. Es braucht "konstruktive und kreative Ansätze" und einen "substanzuellen Fortschritt" in den Verhandlungen. [\[33\]](#)

Nachdem die TTIP-Verhandlungen ab Januar 2017 auf Eis lagen, gab die Europäische Kommission am 11. September 2018 eine Wiederaufnahme der Handelsgespräche mit den USA bekannt. [\[34\]](#) Da große Differenzen in Bereichen wie der Automobil- und der Agrarindustrie zunehmend deutlich wurden, gaben die Handlungspartner bei diesem Anlauf zunächst an, sich auf die Einigungen in weniger bedeutsamen

Bereichen zu fokussieren. Luisa Santos, Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen bei BusinessEurope, hieß diese Verhandlungsstrategie grundsätzlich gut, da sie ein „positives Ergebnis in einer relativ kurzen Zeitspanne“ ermögliche. Sie betonte allerdings auch, dass Unternehmen ein ambitionierteres Abkommen begrüßen würden.^[35] Regulierungsbehörden beider Seiten sollen folglich dazu bewegt werden, ins Gespräch zu kommen, „um zu sehen, ob es Bereiche gibt, in denen wir die Regulierungen verbessern können“.^[36] Im November 2018 wurde allerdings durch den Leak eines Dokuments öffentlich, dass die Automobil- und Agrarindustrie sehr wohl Teil dieser Gespräche waren^[37]

2010-2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik

Für die aktive und aggressive Rolle, die Mitarbeiter von BusinessEurope bei der Verwässerung der EU-Klimaziele spielten, wurde der mächtige Arbeitgeberverband im Jahr 2010 in der Kategorie Worst Climate Lobbying für die **Worst EU Lobbying Awards** nominiert. Offiziell unterstützte BusinessEurope damals die Notwendigkeit, den vom Menschen verursachten Klimawandel zu stoppen. Tatsächlich jedoch wurden bestehende EU-Pläne zur Verminderung von CO2-Emissionen aktiv untergraben. Während die Industrielobbyisten vorgaben, im Interesse aller europäischen Unternehmen zu handeln, haben sie tatsächlich in erster Linie für die energieintensivsten Unternehmen der Öl-, Stahl- und Chemieindustrie Lobbyarbeit betrieben – und letztendlich eine effektive Klimapolitik auf EU-Level verhindert.^[38] Im Laufe der Jahre geriet BusinessEurope immer wieder für seine klimapolitische Position in die Kritik. Als der Konsumgüterkonzern Unilever 2014 seine Mitgliedschaft bei BusinessEurope beendete, nachdem der Verband im Vorjahr die EU-Kommission dazu aufgerufen hatte, sich in den Jahren nach 2020 auf lediglich ein umweltpolitisches Ziel im Energiebereich zu beschränken.^[39], wurde die Annahme laut, dass BusinessEurope mit seiner umweltpolitischen Ausrichtung auch verbandsintern auf Ablehnung gestoßen war^[40] 2015 forderten Investoren Firmen sogar dazu auf, aus „klimaunfreundlichen EU-Lobbygruppen“ auszutreten, BusinessEurope wurde als Beispiel für eine solche Lobbygruppe angeführt.^[41] Anhand eines internen Dokuments von BusinessEurope, das im September 2018 geleakt wurde, zeigt sich deutlich, dass der Verband noch immer aktive Lobbyarbeit gegen die EU-Klimaziele betreibt. In diesem Papier vom 13. September 2018 schlägt BusinessEurope seinen Mitgliedern verschiedene Strategien vor, um eine von der EU-Kommission angedachte Verschärfung der Klimaziele zu verhindern.^[42] Das Dokument wurde von verschiedenen Medien und Nichtregierungsorganisationen scharf kritisiert, so sagte zum Beispiel Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace: „Business Europe sabotiert selbst den zaghaftesten Versuch der EU, ihren Rückstand beim Klimaschutz aufzuholen.“^[43]

2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister

Nach der Einführung des gemeinsamen **Europäischen Transparenzregisters** von Parlament und Kommission 2011, trat im Januar 2015 eine überarbeitete Fassung inkraft. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurde zur Verbesserung des bestehenden Lobbyregisters ein Konsultationsprozess eingeleitet, in dem Organisationen und selbstständige Einzelpersonen Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen konnten. Am 28.09.2016 stellte Frans Timmermans, damals Vizepräsident der Kommission, einen Vorschlag für ein neues Transparenzregister vor^[44]. In der Folge konnte ein erster Teilerfolg schon im Dezember desselben Jahres errungen werden: Das EU-Parlament stimmte für die no registration, no meeting – Regel, die besagt, dass nur registrierte Lobbyisten sich mit Kommissaren und Kommissarinnen treffen können.

BusinessEurope vertrat gegenüber dem neuen Transparenzregister von 2016 eine skeptische Haltung. In einem Brief an Frans Timmermanns vom 06.12.2016, der durch eine Anfrage unter dem Informationsfreiheitsgesetz ans Licht kam, stellt BusinessEurope's Generaldirektor Beyrer insgesamt zehn Forderungen [45]. Beyrer positioniert sich klar gegen die no registration, no meeting Regel und gegen ein rechtlich bindendes Lobbyregister. Darüber hinaus kritisiert er den Vorschlag, dass Non-Profit-Organisationen (wie BusinessEurope selbst) ihre Hauptgeldgeber offen legen sollen. [46].

2009-2018: Better Regulation

Im Rahmen der „Better Regulation“ - zu Deutsch: bessere Rechtssetzung - strebt die EU-Kommission nach eigener Aussage eine gezielte Regulierung aller Policy-Bereiche an, „die nicht weiter geht, als nötig, um Ziele zu erreichen und Vorteile bei minimalen Kosten zu erzielen“. [47] So initiiert die aktuelle EU-Kommission nur noch 25 neue Gesetze jährlich, bei der Vorgängerkommission waren es noch 150. [48]

Anhand offizieller Stellungnahmen, Pressestatements und offener Briefe lässt sich nachvollziehen, dass BusinessEurope sich seit 2009 aktiv für die „Better Regulation“ einsetzt, welche sie als unabdingbar für eine international wettbewerbsfähige EU bezeichnet. Die Argumentation: Durch eine „clevere“ Gesetzgebung würden Investoren angelockt und das Wachstum somit gefördert. [49] KritikerInnen hingegen betonen, dass die Mehrheit der EU-Gesetze Bürgerrechte und Umwelt schütze. Sie äußerten vermehrt die Befürchtung, dass die Europäische Kommission im Rahmen der „Better Regulation“-Agenda das Allgemeinwohl hinter die Interessen von Unternehmen zurückstellen könnte. [50][51]

Wie also funktioniert die „bessere Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue ExpertInnengremien geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. In der Theorie können über die REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Auch ein Vertreter von BusinessEurope sitzt im REFIT-Gremium [52]. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen. [53] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten, [54] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie BusinessEurope zu Gute.

Organisationsstruktur und Personal

BusinessEurope gehören 40 Mitgliedsverbände aus 35 Ländern an. Mitgliedsverbände aus Deutschland sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#). Präsident von BusinessEurope ist [Fredrik Persson](#), welcher zuvor Präsident des [Confederation of Swedish Enterprise](#) war, das ebenfalls Mitglied von BusinessEurope ist. Generaldirektor ist [Markus J. Beyerer](#), ehemaliger Generalsekretär der Vereinigung der Österreichischen Industrie (IV).^[8] (Stand: Juli 2023). Die Gesamtzahl der Beschäftigten liegt bei knapp 50.^[55]

BusinessEurope hat 7 politische Ausschüsse mit insgesamt 60 Arbeitsgruppen gebildet, deren Aufgabe es ist, die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben der EU auf die Wirtschaft zu untersuchen und zu bewerten. Die Stellungnahmen der Arbeitsgruppen werden als „position papers“ veröffentlicht. Die Mitarbeiter von BusinessEurope sollen dafür sorgen, dass die Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Auf der Webseite des Verbands sind die folgenden Publikationen abrufbar: Reports and studies, Postion papers, Public letters, Facts and figures, Speeches, Press releases.

Neben den nationalen Verbänden, die BusinessEurope mit Ressourcen und Infrastruktur unterstützen, besteht noch eine sogenannte 'Corporate Advisory and Support Group'. Deren 69 Mitglieder, allesamt multinationale Konzerne von beachtlicher Größe, genießen innerhalb der Organisation einen besonderen Stellenwert. Ihre Mitglieder pflegen nicht nur intensive politische Kontakte auf höchster Ebene, sondern sind auch an allen 60 Arbeitsgruppen beteiligt, welche gemeinsame Positionen erarbeiten und erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der gesamten EU ausüben.

Verbindungen

BusinessEurope ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [Centre for European Policy Studies \(CEPS\)](#)
- [Alliance for a Competitive European Industry](#), die 2004 von 11 einflussreichen europäischen Industrieverbänden gegründet wurde und sich für arbeitgeberfreundliche Sozialgesetzgebung einsetzt^[56]
- [Alliance for CSR](#), einer im Jahr 2006 von der EU Kommission ins Leben gerufenen informellen Arbeitsgruppe, die sich mit der Weiterentwicklung von Themen im Bereich [Corporate Social Responsibility](#) beschäftigt^[57]
- [European Services Forum \(ESF\)](#), einer Lobbyorganisation großer europäischer Dienstleister und ihrer Verbände
- [Kangaroo Group](#)

Finanzen

BusinessEurope legt seine Finanzierung nicht offen. Laut [EU-Transparenzregister](#) liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2021 zwischen 4 und rund 4,49 Millionen Euro.^[8]

Geschichte

Eine Reihe nationaler Arbeitgeberverbände gründete 1949 den europäischen Dachverband Conseil des Fédérations Industrielles d'Europe (CIFE). Innerhalb dieses Rahmenvertrags schlossen sich im selben Jahr die nationalen Industrieverbände aus den 6 Mitgliedsstaaten der späteren Montanunion (EGKS) zusammen. Aus dieser ging im März 1958 die "Union des industries de la communauté européenne" (UNICE) hervor, die am 23. Januar 2007 in BusinessEurope umbenannt wurde. [58]

Weiterführende Informationen

- BusinessEurope Eintrag auf [lobbyfacts.eu](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [BusinessEurope auf lobbyfacts.eu](#) lobbyfacts.eu, abgerufen am 11.07.2023
2. ↑ [Business lobbies dominate secret channel to influence Council](#), corporateeurooe.org vom 13.07.2021, abgerufen am 16.11.2021
3. ↑ [BusinessEurope](#), influence.map, ,abgerufen am 15.11.2021
4. ↑ [Mission and Priorities](#), businesseurope.com, abgerufen am 02.09.2016
5. ↑ [Commission Meetings](#), integritywatch.eu, abgerufen am 15.11.2021
6. ↑ [Brussels' most powerful lobbyist? Step forward BusinessEurope](#) corporateeurope.org am 21.11.17, abgerufen am 20.11.18
7. ↑ [So wollen Lobbyisten strengere Klimaziele verhindern](#), sueddeutsche.de vom 19.09.2018, abgerufen am 15.11.2021
8. ↑ [8,08,18,28,3 BUSINESSEUROPE](#), ec.europa.eu, abgerufen am 14.11.2021
9. ↑ [The revolving door: greasing the wheels of the TTIP lobby](#), abgerufen am 19.09.2016
10. ↑ [European Business Summit](#) abgerufen am 13.11.18
11. ↑ [European Business Summit: Consolidating Corporate Power](#), Corporate Europe Observer im Oktober 2017, abgerufen am 20.11.18
12. ↑ [European Business Summit Events](#) abgerufen am 14.11.18
13. ↑ [Speakers](#), businesseuropeday.eu, abgerufen am 17.11.2021
14. ↑ [14,014,114,214,3 Fein Raus](#) corporatejustice.org vom Juni 2022, abgerufen am 06.12.2022
15. ↑ Schreiben von BusinessEurope an das Legal Affairs Committee vom 21.01.2021, abrufbar [hier](#)
16. ↑ Brief von BusinessEurope an Macron vom 24.01.2021 abrufbar [hier](#)
17. ↑ Schreiben von BusinessEurope an von der Leyen vom 01.02.2022, abrufbar [hier](#)
18. ↑ [18,018,118,2 Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 03.11.2022
19. ↑ [JEFTA: Ein exklusiver Handel zwischen EU-Unterhändlern und Großkonzernen](#), Corporate Europe Observatory am 29.05.2018, abgerufen a, 08.10.2018

20. ↑ EU-Japan summit on 25 March 2013 – Letter from Markus J. Beyer to José Manuel Barroso, BusinessEurope, abgerufen am 08.10.2018
21. ↑ Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation, BusinessEurope, abgerufen am 09.10.2018
22. ↑ Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation, BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
23. ↑ BusinessEurope and Keidanren hold the 6th sector-to-sector meeting, BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
24. ↑ Joint Release – EU-Japan: Sixth sector-to-sector meeting held in Brussels, BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
25. ↑ JEFTA-Analyse: Konzernlobbyisten bekommen Einfluss auf Gesetze, LobbyControl, abgerufen am 10.10.2018
26. ↑ Who lobbies most on TTIP?, Artikel vom 8. Juli 2014, Webseite coporateeurope, abgerufen am 12.08.2014
27. ↑ TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang, Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
28. ↑ European Commission, BE-Chamber paper on a Regulatory cooperation component to an EU-US economic agreement (TRADE internal assessment of relevance for EU-US Trade negotiations), 12 November 2012, abgerufen am 20.09.2016
29. ↑ US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Letter to Daniel Mullaney, Re: Docket USTR-2012-0001, US Chamber of - BusinessEurope submission to the Federal Register Notice on the US-EU High-Level Working Group on Jobs and Growth, 2 February 2012, abgerufen am 20.09.2016
30. ↑ US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), 2014, abgerufen am 20.09.2016
31. ↑ European Commission, TTIP – EU proposal, abgerufen am 20.09.2016
32. ↑ TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang, Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
33. ↑ Joint Statement: High expectations for 14th round – EU and US must deliver now on TTIP, abgerufen am 08.08.2016
34. ↑ Handelsgespräche aufgenommen, Bundesregierung am 11. September, abgerufen am 26.09.2018
35. ↑ [<https://www.politico.eu/article/donald-trump-eu-eye-trade-low-hanging-fruit/> A new approach to EU-US trade: Less is more], Politico am 19.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
36. ↑ [<https://www.politico.com/newsletters/morning-trade/2018/09/11/us-eu-playing-the-short-medium-and-long-game-on-trade-335952> U.S., EU playing the short, medium and long game on trade], Politico am 11.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
37. ↑ Proposals for EU-US-regulatory cooperation, fooeeurope.org, abgerufen am 20.11.18
38. ↑ BusinessEurope: Worst Climate Lobbying, worstlobby.eu, abgerufen am 31.05.2012
39. ↑ Es geht nicht nur um Klimaschutz! Der Vorschlag von BusinessEurope für die europäische Energie- und Umweltpolitik im Jahr 2030 greift zu kurz, Umweltforsch vom 1.Juli 2013, abgerufen am 25.9.2018
40. ↑ Unilever quits BusinessEurope following tensions over lobby group's stance on environment & climate change, Business Humanrights am 26.08.2014, abgerufen am 25.09.2018
41. ↑ Investors urge businesses to quit climate-unfriendly EU lobby groups, Climate Home News vom 02.09.2015, abgerufen am 25.09.2018
42. ↑ BusinessEurope memo on EU climate ambition, BusinessEurope am 13.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
43. ↑ Greenpeace: Industrie-Lobby will strengere EU-Klimaziele torpedieren, Greenpeace vom 19.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
44. ↑ [1], Europäische Kommission, abgerufen am 12.11.18
45. ↑ Briefwechsel Timmermanns Beyer, asktheeu.org, abgerufen am 12.11.18

46. ↑ Secrecy and privileged access on the menu for annual gathering of commissioners and Big Business , Alter-EU, abgerufen am 12.11.18
47. ↑ Better Regulation: Why and How, Europäische Kommission, abgerufen am 28.09.2018
48. ↑ Die selbstverordnete Bürokratie-Entschlackungskur, deutschlandfunk am 12.06.2018, abgerufen am 28.09.2018
49. ↑ Better Regulation, BusinessEurope, abgerufen am 28.09.2018
50. ↑ Better Regulation Watchdog Better Regulation Watchdog, abgerufen am 01.10.2018
51. ↑ How the European Union is doing the job of big businesses, Corporate Europe im Februar 2016, abgerufen am 01.10.2018
52. ↑ Mitglieder der REFIT-Plattform – Gruppe der Interessenträger, Europäische Kommission, abgerufen am 09.11.18
53. ↑ TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung, LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
54. ↑ Better Regulation: Why and How, Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
55. ↑ History, businesseurope.eu, abgerufen am 11.07.2023
56. ↑ Alliance for a Competitive European Industry, businesseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
57. ↑ Alliance for CSR, businesseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
58. ↑ BusinessEurope, PowerBase, abgerufen am 31.05.2012

CEFIC

Weiterleitung nach:

- European Chemical Industry Council